

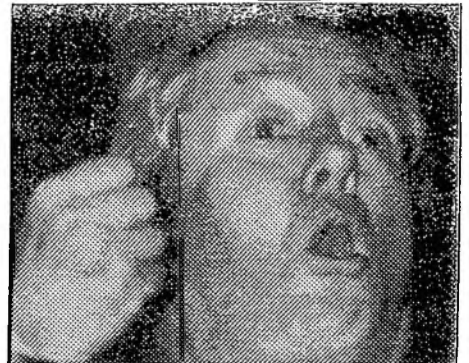
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



9. Februar 1985
Jg. 6 Nr. 3

G 7756 D Preis:
2,50



Europäische Einigung: Faschisten
kämpfen für Großeuropa – Habs-
burg immer noch dabei Seite 11



Sowjetunion: Zur Wiederaufnahme
Molotows in die KPdSU Seite 31



Politische Gefangene/Gautinger
Attentat: Gesetzesinitiativen der
Grünen zum Verbot unmenschli-
cher Haftbedingungen Seite 35

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BRD-Expansionismus: Kohls Kriegszieldebatte: Anhaltspunkte für eine energische Gegenwehr gibt's schon!..... 4

Arbeitszeitgesetz: Normalarbeitszeit vor der Liquidierung..... 7

BRD-Heeresplanung: Ausbau von Infanterie und Reserven..... 7

"Ein Tag für Afrika": 100 Millionen DM "Hilfe" — die Banken kassierten..... 8
Unterstützung für die Arbeiterbewegung in Südafrika/Azania..... 9

Wohneigentum: Materielle, politische und ideologische Vorteile für das Finanzkapital..... 10
CDU-Wohneigentums-Förderung..... 10

Europäische Einigung: Faschisten kämpfen für Großeuropa — Habsburg immer noch dabei..... 11
"Fraktion der Europäischen Rechten" — Anträge im Europäischen Parlament..... 12

Auslandsberichterstattung

Großbritannien: Niederlage des Streiks der Bergleute droht..... 14
"Bergleute und Arbeitslosigkeit"..... 15

Papua-Neuguinea: Ok Tedi-Mine verstaatlicht?..... 15

Republik Kanaky/Frankreich: Ausbau des Militärs — Sicherung der Rohstoffe..... 16

Palästina: Gemeinsame Front oder Befriedung..... 16

Bolivien: Heftige Kämpfe der Arbeiterbewegung..... 17

VR China: Jetzt das große Bauernlegen?..... 17

Internationale Meldungen..... 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten — Aktionen zum 30. Januar..... 20

Neofaschismus/Ausländerhetze: Zwei Versuche in Kiel, der "Rassenfrage" eine Massenbasis zu schaffen..... 21

VON WEIZSÄCKER AM SUEZ: NUR "SYMBOLISCH"?

Nur "Symbolkraft, auf die er sich zwangsläufig beschränken muß", habe der Besuch von Weizsäckers in Jordanien und Ägypten, behauptete am 4. Februar die "FAZ", um den Einfluß der BRD-Imperialisten in beiden Ländern herunterzuspielen. Die westdeutschen Imperialisten sind nach den USA die zweitgrößten Kreditgeber Jordaniens. In Ägypten haben westdeutsche Kapitalisten 600 Mio. DM Kapital angelegt. Ende der 70er Jahre übernahm der frühere SPD-Finanzminister Alex Möller auf Bitten Helmut Schmidts die "persönliche Beratung" von Präsident Anwar as-Sadat, um im Auftrag des IWF ein unter den imperialistischen Gläubigern ausgehandeltes "Sanierungsprogramm" durchzusetzen und das Land für imperialistische Kapitalanlagen zu öffnen. Von bloß "symbolischem" Einfluß des BRD-Imperialismus in den beiden Ländern kann also keine Rede sein. Der Besuch von Weizsäckers ist der erste Besuch eines westdeutschen Staatsoberhauptes im Nahen Osten. Die ägyptische Regierung plant, in den nächsten 20 Jahren acht Kernkraftwerke zu errichten. Der KWU bzw. Siemens einen bedeutenden Anteil an diesem Geschäft zu sichern, ist deshalb einer der Gründe für die Nahostreise von Weizsäckers. In Jordanien, das als wichtiges Durchgangsland für den Nachschub des Irak im Golfkrieg gilt, ließ sich von Weizsäcker über die augenblickliche Kriegslage unterrichten und betonte das Interesse der BRD an der weiteren Unterdrückung des palä-

stinensischen Volkes. Er habe das Recht Israels auf "sichere Grenzen" vertreten, verkündete er im Fernsehen. Auch bei der praktischen Durchsetzung dieser Unterdrückung sind die BRD-Imperialisten beteiligt: Seit Jahren werden jordanische Offiziere von Bundeswehroffizieren auf Grundlage eines "Ausbildungshilfeabkommens" militärisch ausgebildet.— (rül)

OLG FRANKFURT ERLAUBT TÜRKENHETZE

Ein vor einer Gastwirtschaft angebrachtes Schild mit der Aufschrift "Türken ist der Zutritt verboten" stellt keinen "Angriff auf die Menschenwürde" der Türken dar und ist deshalb auch nicht strafbar. Das hat Anfang Februar der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt festgestellt. Der Ausspruch des Wirtes, "Nur ein toter Türke ist ein guter Türke" sei dagegen mit 2700.- DM Geldstrafe zu ahnden. Begründung des Oberlandesgerichts für sein Urteil: Durch das Aufhängen von Schildern wie dem oben erwähnten würden Türken nicht "im Kernbereich ihrer Persönlichkeit getroffen", folglich stelle dies auch keine Volksverhetzung dar. In der vorherigen Instanz hatte das Landgericht Darmstadt schon die gegen den Wirt verhängte Strafe von sechs Monaten Haft auf Bewährung in eine Geldstrafe von 4500.- DM umgewandelt und betont, bei der Beurteilung "derart sensibler Straftatbestände" wie der Ausländerhetze müßten sich die Gerichte hüten, "zu überziehen, um nicht das Gegenteil des Wünschenswerten zu erreichen". Das OLG Frankfurt hat diese Legalisierung von Ausländerhetze nun fortgeführt.— (rül)

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG (NHT), KPD, PA

*

Mitteilung

Diskussionsergebnis zum Thema "Revisionistische Länder/Sozialismus"

Die Vollversammlung der Leitungen von AAU (vormals AFSB), BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG (NHT), KPD und PA beschließt weitere Untersuchungen und Diskussionen auf folgende Fragestellungen zu konzentrieren:

1. Inwiefern stellt sich im Verhältnis von herrschender Klasse und Arbeiterklasse in den osteuropäischen Staaten/der UdSSR das alte Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat in den kapitalistischen/imperialistischen Staaten des Westens wieder her? Inwiefern liegen Unterschiede vor?

1a. Rolle des Privateigentums in die-

sen Staaten; der Begriff des Privateigentums und der Vergesellschaftung in der Theorie der proletarischen Revolution;

- 1 b. Der Gegensatz von Handarbeit und Kopfarbeit; Der Widerspruch von Markt und Plan;
- 1 c. Ausbeutung in Planwirtschaften;
- 1 d. Die DDR — ein sozialistischer Staat oder was?
- 1 e. Der Begriff der neuen Bourgeoisie in den Schriften von Lenin, Mao Tse-Tung u. a.;

2. Worin liegen nach dem Stattfinden antikapitalistischer/antiimperialistischer Revolutionen die Ausgangspunkte und die Erscheinungsformen des erneuten Entstehens einer Klassengesellschaft, in der die Arbeiterklasse unterdrückt wird?

- 2 a. Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen in den betreffenden Staaten;
- 2 b. Die Auseinandersetzung um die Theorie der Produktivkräfte;
- 2 c. Der Leistungsbegriff und das Leistungsprinzip: von den sozialistischen Klassikern bis zur heutigen Diskussion.
- 2 d. Rolle des Zentralismus/Fragen des Staates.

3. Die internationale Rolle der SU und der proletarische Internationalismus.

Die revolutionären Sozialisten und der 8. Mai 1985

1. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um den 8. Mai als Datum, das für die Befreiung vom Faschismus steht oder als Datum, das für die "vielleicht größte Katastrophe" (Dregger) für die Deutschen steht, ist kein Streit von "bloß" historischer, sondern von aktueller politischer Bedeutung. Die an der gemeinsamen Vollversammlung am 2./3. Februar beteiligten Organisationen – AAU BWK, FAU-HD (A), FAU/R, KG (NHT), KPD und PA – betrachten es als ihre Aufgabe, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus zu verteidigen und dafür zu kämpfen, daß es dem deutschen Imperialismus nie wieder gelingt, Faschismus zu errichten und Kriege zu beginnen.

Nieder wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir es für nötig, uns für folgende Forderungen einzusetzen:

- Verbot der SS-Nachfolgeorganisationen, der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen;
- Kampf der wachsenden Ausländerfeindlichkeit; wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer; gegen die Pläne der Bundesregierung, die Ausländergesetze weiter zu verschärfen; Annullierung des Ausländergesetzes;
- Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa; Annullierung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz und aller diesem Ziel dienenden Maßnahmen, Institutionen usw.
- Stop der personellen und waffenmäßigen Verstärkung der Bundeswehr; Senkung des Rüstungshaushalts; Weg mit dem geplanten Zivilschutzgesetz;
- Weg mit den Mittelstreckenraketen; BRD raus aus der NATO!

In diesem Sinn werden sich die oben genannten Organisationen an den antifaschistischen Aktivitäten zum 8. Mai 1985 beteiligen.

2. Anfang Mai führen die westlichen imperialistischen Staaten in Bonn ihren Weltwirtschaftsgipfel durch.

Wir empfehlen den Leitungen unserer Organisationen, anlässlich dieses Treffens der imperialistischen Staatschefs zu deren expansionistischer Wirtschaftspolitik gemeinsame örtliche Veranstaltungen Ende April/Anfang Mai durchzuführen.

3. Auf Drängen der Bundesregierung wurde in der Öffentlichkeit wochenlang das diesjährige Motto des Schlesiertreffens diskutiert. Die Bundesregierung ergriff die Gelegenheit, ihre revanchistischen Ziele zu bekräftigen und zu popularisieren. Das neue Motto des Schlesiertreffens "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker" umschreibt die revanchistischen Ziele jetzt noch viel genauer als das erste Motto.

Wir begrüßen die Initiative des Arbeitskongresses der "Volksfront" vom November letzten Jahres, der beschlossen hatte, verstärkt den faschistischen Kräften entgegenzutreten und Aktionen gegen die nationale und chauvinistische Mobilisierung und Kriegshetze zum nächsten 17. Juni durchzuführen.

Zur Unterstützung solcher Aktivitäten werden wir ein gemeinsames Flugblatt gegen die revanchistische Politik des BRD-Imperialismus herausgeben.

Unterstützung von Forderungen der Politischen Gefangenen

Am 3. Februar erörterten die Leitungen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, KG (NHT), KPD und PA die Lage im Hungerstreik von Politischen Gefangenen. Sie stellen fest:

1. Die Ablehnung der Forderungen der Gefangenen nach

"Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestbedingungen gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

– Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen

– Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle

– Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information." ist reaktionär und zielt auf Vernichtung.

2. Die GRÜNEN haben einen Gesetzentwurf gegen "unmenschliche Haftbedingungen" in den Bundestag eingebracht. Die Leitungen sehen in der Unterstützung eines Gesetzes gegen Folter in der BRD ein Mittel, gegen Isolations- und Vernichtungshaft tätig zu werden.

Smog-Alarm NRW: Hauptsache, die Verursacher des Drecks werden nicht angetastet 22

Autonomes Zentrum: AZ brennt, BZ hetzt 22

Mayer-Vorfelder: Neuer Vorstoß für Deputatserhöhung 23

Druckindustrie: Klage der IG DruPa abgewiesen 23

Manteltarif Einzelhandel: Auf was die HBV für 38,5 Stunden alles verzichten soll 24

Fernfahrerstreik: Prozeß gegen IGM-Bevollmächtigten 25

Ausländerbeiräte: Arbeitsgemeinschaft gegründet 25

Kommunalpolitik: Versuch eines Oppositionsbündnisses "Kommunalpolitisches Forum" 26
Dokumentation 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Aktionen gegen Beziehungen zu Südafrika: CDU Lüneburg will weiter Rassisten empfangen.. 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Fernseh- und Kinofilme:

"Ghostbuster" 30
"Das Erbe von Jalta" 30
"Die Rosen von Danzig" 30
"8. Mai – (K)ein Grund zum Feiern?" 31

Sowjetunion: Zur Wiederaufnahme Molotows in die KPdSU.... 31

Spezialberichte

Politische Gefangene/Gautinger Attentat: Gesetzesinitiative der GRÜNEN zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen. 35
24-Punkte-Haftstatut. 34
Dokumentiert: Begründung des Gesetzentwurfs der GRÜNEN 37
Gesetzentwurf der GRÜNEN. 39

Das für dieses Heft angekündigte Projekt zur Politik Albrechts gegenüber den Lohnabhängigen erscheint in der nächsten Ausgabe.

Titelbild: Mietwohnungen in der Kölner Innenstadt, Foto, güv

BRD-Expansionismus

KOHL'S KRIEGSZIELDEBATTE: ANHALTSPUNKTE FÜR EINE ENERGISCHE GEGENWEHR GIBT'S SCHON!

Wem gehört Schlesien? Wem soll es gehören? Kohl hat's geschafft: Intensiv wie schon seit Jahren nicht mehr wird diese Frage in der bürgerlichen Presse gewälzt. Das Schlesiertreffen im Juni, bei dem mit Kohl zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder ein amtierender Bundeskanzler auftreten wird, wird so propagandistisch vorbereitet wie schon lange kein Vertriebenentreffen mehr. Die Mobilisierung der Reaktionskräfte läuft auf Hochtouren. Das neue Motto "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker" präzisiert zudem die alte Angriffslosung "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" und gibt ihr den von der Regierung gewünschten Rahmen: die "Lösung der deutschen Frage" im Rahmen der "Neuordnung Europas". Zudem: Das neue Motto ist nicht mehr nur ein Motto der Schlesier. Es ist jetzt auch Regierungslosung.

Dennoch: Die bürgerliche Presse erweckt den Eindruck, als zeige "Schlesierlosung", "Schlesiertreffen" und nun auch der "Schlesierartikel" vor allem den "Dilettantismus" der Regierung Kohl. Wieso "dilettantisch"? Das beabsichtigte Ergebnis ist doch erreicht! Beide Regierungsparteien sind nach rechts gerückt und zu aggressiveren Lösungen übergegangen.

Bemerkenswert sind auch die zahlreichen "Kritiker" Kohls und Hupkas, die nun in der FDP, aber auch aus den Unionsparteien vortreten. Keiner von ihnen hat auch nur mit einem Wort die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze verlangt.

Die SPD reagiert auf diese aggressive und expansionistische Kampagne von Regierung und Vertriebenenverbänden mit einer Mischung aus gespielter Ahnungslosigkeit und dreistem Nationalismus. Johannes Rau etwa, stellvertretender SPD-Vorsitzender, sah Kohl "unprofessionell verstrickt" in fremde Absichten. In der "Allgemeinen Zeitung" in Mainz erklärte er am 26.1.: "Einige Diskussions- und Streitpunkte gibt es in letzter Zeit in unserem Land, über die ich nur den Kopf schütteln kann. Da wird ernsthaft behauptet, daß 'Schlesien unser' sei – als ob nicht jeder wüßte, auch jeder der Vertriebenen in unseren Reihen, daß Schlesien durch Hitlers verbrecherischen Krieg vor vier Jahrzehnten verspielt wurde. Da verstrickt sich der Kanzler unprofessionell in die Absichten einiger Vertriebenenfunktionäre ... Umgekehrt gibt es aus dem Osten Kampagnen gegen den angeblichen deutschen Revanchismus, den ich ebenfalls nicht erkennen kann ... Funktionäre ..., die heute ernsthaft Ansprüche auf Schlesien erheben, geraten zwangsläufig in den Verdacht, die Grenzen infrage stellen zu wollen."

BRD-"Vertriebenenengesetze": ein Eroberungsprogramm

Gegenüber dieser von Vertretern des SPD-Parteivorstands zur Schau gestellten Ahnungslosigkeit ist es nützlich, einige Gesetze in Erinnerung zu rufen, an deren Verabschiedung auch die SPD beteiligt war und die bis heute in Kraft sind. Zum Beispiel das

Lastenausgleichsgesetz. Dieses 1952 verabschiedete Gesetz regelt die Frage, wem Schlesien gehört, eindeutig. In einer "Präambel" zu diesem Gesetz ist festgehalten, daß sämtliche "Lastenausgleichszahlungen" "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt (erfolgen), daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet" (1). Auf Grundlage dieser Präambel sind bei Hunderten von Gerichten und Ämtern seit 1952 die "Vermögen" von "Vertriebenen", die diese in den "Vertreibungsgebieten" zurückließen, sorgfältig aufgezeichnet und niedergelegt, werden vererbt usw. Teilweise sind diese "Vermögensansprüche" überhaupt erst im Zuge des "Lastenausgleichsverfahrens" festgestellt worden, wurden fehlende Urkunden durch Bescheide der Lastenausgleichsämter ersetzt usw. Wem Schlesien gehört? Fragen Sie das Bundesausgleichsamt! Wer sitzt im Verwaltungsrat des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg? Dr. Herbert Czaja, CDU-MdB und Vorsitzender des "Bund der Vertriebenen"!

Gesetz Nr. 2: Das "Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenen-gesetz)" von 1953. Nach § 7 dieses Gesetzes gelten auch die Kinder, Kinderkinder usw. von "Vertriebenen" als "Vertriebene". Ein "Aussterben" von "Vertriebenen" ist so ausgeschlossen. Als "Vertreibungsgebiete" gelten laut § 1 bis § 3: "die zur Zeit unter fremder

LANDESREGIERUNG GEGEN VOLKSBEGEHREN

Am 28.1. hat der Innenminister des Landes Baden-Württemberg den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens gegen die Raketenstationierung in Baden-Württemberg abgelehnt mit der Begründung, die Gesetzesvorlage widerspreche dem Grundgesetz und der Landesverfassung. Die Landesregierung stützt sich dabei auf die Argumentation zweier Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 1958, die Volksbefragungen über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in Hamburg, Bremen und hessischen Gemeinden verboten. Eckpfeiler der Argumentation sind die "ausschließliche Bundeskompetenz in Verteidigungsfragen" und die "Pflicht der Länder zu bundestreuem Verhalten". Die Initiative hat auf ihrer Landesvollversammlung am 3.2. in Stuttgart beschlossen, gegen diese politisch ein-

deutige, juristisch aber nach Meinung mehrerer Rechtsanwälte durchaus fragwürdige Ablehnung ihres Antrags Klage vor dem Staatsgerichtshof Baden-Württemberg zu erheben. In einer ersten Stellungnahme hatte MdL Weichert von den Grünen die Ablehnung als "rechtlich nicht haltbar" bezeichnet. – (baf)

UHLE-WETTLER BLEIBT

Der griechische Ministerpräsident Papandreou hat Ende Januar bekanntgegeben, daß sich griechische Offiziere und Diplomaten künftig nicht mehr an Arbeiten der NATO-Militärakademie in Rom beteiligen werden. Er hatte vier Offiziere zurückbeordert, nachdem die Akademie unter Leitung des Bundeswehrgenerals Uhle-Wettler ein Planspiel vorgelegt hatte, wonach in Griechenland einen Tag nach dem Wahlsieg linker Kräfte ein Putsch unter Einsatz von Agenten inszeniert

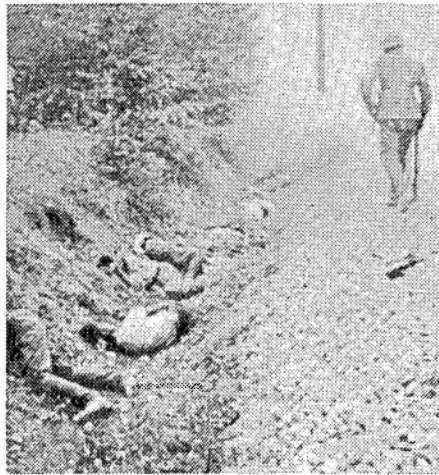
werden sollte. Griechenland zog damit Konsequenzen aus der gegen seine Souveränität gerichteten Politik des Instituts, das zum siebtenmal derartige Aggressionspläne ausarbeitet. Die griechische Regierung erklärte erneut, daß sie nicht an Manövern im Mittelmeer teilnimmt. Sie wird kein NATO-Hauptquartier in Larissa einrichten. Die Forderung eines SPD-Abgeordneten, Uhle-Wettler abzuberufen, lehnte das westdeutsche Verteidigungsministerium ab. – (anl)

ZWANGSARBEIT DURCH GERICHTSURTEIL

Die Bundesregierung plant in einem jüngst eingebrachten Gesetzentwurf: Gefangene, die bis zu zwei Jahren Haft verurteilt sind, können nach halber Zeit unter Bewährung und Bewährungsaufsicht entlassen werden. Gefangene, die außer zu lebenslanger Haft noch zu weiteren Strafen verurteilt wurden, sollen einer lebensläng-

Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete", die DDR sowie "die Gesamtheit der Gebiete, die zum 1. Januar 1914 zum Deutschen Reich oder zu einem späteren Zeitpunkt zu Polen, zu Estland, zu Lettland oder zu Litauen gehört haben". Als "Vertriebener" gilt weiterhin, wer irgendwann die "deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien oder Albanien verlassen hat oder verläßt, es sei denn, daß er erst nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesem Gebiet begründet hat". In § 13 ist festgelegt, daß alle Ansprüche als "Vertriebener" verfallen, "wenn ein Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling in die in § 1 Abs. 1 und § 3 genannten Gebiete nicht zurückkehrt, obwohl ihm die Rückkehr dorthin möglich und zumutbar ist" – d.h. wenn er nach der neuerlicher Eroberung dieser Gebiete durch westdeutsche Truppen seiner Siedlerpflicht nicht mehr nachkommen sollte.

Beide Gesetze sind grundlegend für die westdeutsche Vertriebenenpolitik seit 1949 und bilden zusammen mit dem Verfassungsanspruch der BRD auf "Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" die gesicherte und dutzendfach durch Gerichte festgezurte Rechtsgrundlage, von der aus Kohl, die Regierungsparteien und die Vertriebenenverbände jetzt ihre aggressive Propaganda entfalten. Aufgemuntert durch diese aggressive Hetze treten jetzt auch offene kriegshetzerische und faschistische Kräfte deutlich frecher auf. Der Artikel im "Schlesier" von Ende Januar, der den "freiwilligen Anschluß" Österreichs an die BRD und sodann den militärischen Überfall auf die DDR, die VR Polen, die CSSR und die UdSSR



Deutsche "Ostsiedler" heute und ihre blutigen Vorgänger: von deutschen Besatzungstruppen kurz nach dem Einmarsch in Polen 1939 erschossene Zivilisten (links), Windeln auf dem "Schlesiertreffen" 1984 in Essen



propagiert (auch das "Memelland" und "Ostpreußen" sollen auf diese Weise "befreit" werden), ist dafür das bislang bekannteste Beispiel. Der Verfasser, ein gewisser Thomas Finke, war langjähriges Bundesvorstandsmitglied der "Schlesischen Jugend in der DJO – Deutsche Jugend in Europa", zuerst als Leiter des "Arbeitskreis Presse und Öffentlichkeitsarbeit", seit September 1984 als Bundeschriftführer. Außerdem gehörte Finke dem Kreisverband Goslar der Jungen Union an, einem Kreisverband, dessen Verbindungen zu neofaschistischen Kreisen bekannt sind (2). Von einem einzelgängerischen "Wirrkopf", wie ihn die Unionsparteien und die Schlesier nach Veröffentlichung seines Artikels bezeichnen, kann also keine Rede sein. Der Mann ist echte Unions- und Vertriebenenbrut.

Anhaltspunkte für die politische Opposition

Trotz der beeindruckenden Entschie-

denheit, mit der Kohl, die Unionsparteien, die FDP und die Vertriebenenverbände ihre revanchistische und expansionistische Kampagne entwickeln: Die politische Opposition gegen diese Kriegszielpropaganda ist nicht einfach schwach, und nützliche Vorschläge und Vorstöße gegen diese Kampagne der Reaktion gibt es inzwischen auch. Über den Antrag der DKP im Stadtrat von Hannover gegen das Schlesiertreffen haben wir schon in der letzten Ausgabe berichtet. Die DKP Recklinghausen (in Recklinghausen erscheint die Zeitung "Der Schlesier") hat auf den Artikel im "Schlesier" mit einer Anzeige gegen den verantwortlichen Redakteur und den Verlag der Zeitung wegen "Aufstacheln zum Angriffskrieg" (Verstoß gegen Art. 26 Grundgesetz und § 80a Strafgesetzbuch) reagiert. Inzwischen liegt die Klage bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Dortmund (Staatschutzkammer). Eine öffentliche Unterstützung dieser Klage würde die

lichen Gesamtstrafe unterworfen werden. Zu Geldstrafen Verurteilte sollen bei Zahlungsunfähigkeit nicht ins Gefängnis, sondern die Ersatzstrafe in "freier Arbeit" u.a. bei Kommunen abarbeiten. (BT-Drucksache 10/2720 – uld)

DIE SEEGRENZEN DER DDR: VÖLKERRECHTLICH GÜLTIG

Zum 1. Januar 1985 unternahm die DDR einen Schritt, den vor ihr zahlreiche andere Staaten getan haben: Sie dehnte die Hoheitsgewässer vor ihrer Seeküste in der Ostsee auf zwölf Seemeilen aus, unter Berücksichtigung der völkerrechtlich bekannten Beschränkungen, wie sie für Meeresengen und internationale Schifffahrtswegen gelten. Die Bundesregierung erhob zunächst keinen Protest. Am 11.1. teilte Regierungssprecher Boenisch mit, die Regierung werde mit der DDR verhandeln, um freie Fahrt für westdeutsche Fischer- und Sportboote

durch DDR-Hoheitsgewässer zu erreichen. Am 21.1. forderte in der "Frankfurter Allgemeinen" der Völkerrechtler Dr. Dr. Dolzer die Bundesregierung auf, die Anerkennung der neuen Seegrenzen der DDR "nachdrücklich" zu verweigern. In einer Fragestunde des Bundestages am 23.1. erklärte Hennig, Staatssekretär für "Innerdeutsches", dann, das Vorgehen der DDR verstoße gegen den Grundlagenvertrag und die Bundesregierung beabsichtige, "nachdrücklich" mit der DDR zu sprechen. Will die Bundesregierung auch diese Grenze nicht anerkennen? – (uld)

GEHEIMDIENSTE: GRÜNE WEITER AUSGESCHALTET

Am 24.1. hat der Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der SPD einen neuen Ausschuß mit den Abgeordneten Carstens (CDU), Dr. Riedl (CSU), Hoppe (FDP), Walther und Kühbacher (beide SPD) gewählt,

der künftig die Haushaltsmittel für die Geheimdienste kontrollieren soll. 1984 stehen dem Bundesnachrichtendienst, dem MAD und dem Bundesamt für Verfassungsschutz über 400 Mio. DM zur Verfügung. Der Beschluß der Regierungsparteien und der SPD bedeutet, daß die GRÜNEN auch künftig von jeder Kontrolle über das Treiben westdeutscher Geheimdienste ausgeschaltet bleiben. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Regierungsparteien und die SPD die GRÜNEN von dieser Kontrolle ausgeschlossen, indem sie jede Beratung über die Geheimdienstetats in dem dafür vorgesehenen Haushaltsausschuß verhinderten. Mit dem neuen Ausschuß sind die GRÜNEN nun generell von der Kontrolle der Geheimdienst-Etats ausgeschaltet. SPD-Sprecher Kühbacher sprach den GRÜNEN höhnisch jede Fähigkeit zur Kontrolle ab – sie sollten erst einmal lernen, sich "in die Materie einzuarbeiten." – (rül)

absehbaren Versuche, das Verfahren einzustellen, sicher erschweren! Auch von anderer Seite hat die politische Opposition gegen den Revanchismus und Expansionismus der BRD Unterstützung bekommen. Die SED hat im "Neuen Deutschland" am 30.1. einen Artikel veröffentlicht, in dem sie die "Geraer Forderungen" der DDR ausdrücklich bekräftigt und sie zudem erstmals seit langem mit dem Hinweis auf völkerrechtswidrige Verfassungsartikel und Gesetze der BRD verbindet. Zu diesen völkerrechtswidrigen Verfassungsartikeln und Gesetzen rechnet sie – zu Recht – u.a.: Artikel 116, Absatz 1, des Grundgesetzes der BRD sowie das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913, wonach auch alle Bürger der DDR als "Deutsche Staatsangehörige" betrachtet werden. Sodann zahlreiche Einzelgesetze, in denen dieser Staatsangehörigenanspruch der BRD fortgeführt wird, so das Bundeswahlgesetz vom 1.9.1975, das Europawahlgesetz vom 21.6.1978, das Wehrpflichtgesetz vom 7.11.1977, die "Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen" vom 16.4.1975, nach der "Staatsangehörigkeitsausweise" der BRD jederzeit auch für Staatsangehörige der DDR ausgestellt werden können, die "unzulässige Ausdehnung der Justizhoheit auf Bürger der DDR" durch die "Zentrale Erfassungsstelle" in Salzgitter usw. Die Hoffnungen der Bundesregierung, die DDR zu einer Aufweichung ihrer Geraer Forderungen zwingen zu können, haben sich so zerschlagen.

Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Waltraud Schoppe, hat aus Anlaß eines Besuches in der DDR in einem Interview im "Deutschlandfunk" erklärt, "daß zwei deutsche Staaten existieren, die auch anerkannt werden müssen. Und wenn es um die Grenz-

fragen zum Osten geht, dann ist in Übereinstimmung, das kann man wohl sagen, festgestellt worden, daß solche Äußerungen aus der Bundesrepublik (gemeint ist das Schlesiermotto, d. Verf.) natürlich entgegenstehen dem, was wir wollen, nämlich Frieden bewahren und Abrüstung haben" (3). Das sind vernünftige Grundsätze, auf die sich hoffentlich auch örtliche GRÜNE in den Aktionseinheitsverhandlungen gegen die Revanchistenaufräumarße am 8. Mai und 17. Juni festlegen werden. Die Bundestagsfraktion der

ihrer Parteivorstandes gegenüber der revanchistischen Kampagne der Bundesregierung einverstanden sind. Gerade auch in den Gewerkschaften sollte es möglich sein, die "Schlesierdebatte" zum Anlaß für eine Überprüfung auch der gewerkschaftlichen Beschlußfassung zur Deutschlandpolitik und Ostpolitik zu nehmen. Gewerkschaftliche Beschlüsse, in denen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze und die ersatzlose Aufhebung



Völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der sowjetischen und polnischen Grenzen – wichtige Forderungen gegen die revanchistische Kampagne der Reaktion

GRÜNEN hat erklärt, daß sie an der Bundestagsfeier zum 8. Mai nicht teilnehmen wird. Nützlich und nachahmenswert ist schließlich auch ein Beschluß des Kreisverbandes der GRÜNEN in Herford (NRW). Dieser lautet: Bedingung jeder Koalition mit der SPD in der Kommunalpolitik ist die ersatzlose Streichung aller kommunalen Zuschüsse an die Vertriebenenverbände. Zum Schluß: Es kann einfach nicht sein, daß alle Sozialdemokraten mit der gespielten Ahnungslosigkeit

von Gesetzen wie dem Vertriebenen-gesetz bzw. von Bestimmungen wie der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes verlangt werden, würden die politische Opposition stärken und ermutigen.

(1) Bundesgesetzblatt, 1965, Teil I, Seite 1947; (2) siehe Politische Berichte 21/84, S. 36f.; (3) zitiert nach UZ, Zeitung der DKP, 26.1.85; weitere Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger, 20.1. bis 1.2.85; Bild, 31.1.85; Neues Deutschland, 30.1.85 – (rül)

MEHR VORRUHESTAND? MEHR RISIKOKAPITAL!

Die Kapitalisten nutzen das Vorruhestandsgesetz, um in großem Umfang steuerfreie Reserven anzulegen. Das teilte Staatssekretär Häfele vom Finanzministerium am 20.1. mit. Die Steuereinnahmen von Bund und Gemeinden, so Häfele, würden 1985 um 2,2 Mrd. DM geringer sein als ursprünglich angenommen. Ursache seien steuerfreie Rücklagen von ca. 3,5 Mrd. DM, die die Kapitalisten für 50000 "Vorruheständler" bilden könnten. Dies führe zu Steuerausfällen von 2 Mrd. DM bei der Körperschaftssteuer und von 0,2 Mrd. DM bei der (kommunalen) Gewerbesteuer. 1985 rechnet die Regierung damit, daß 100000 Lohnabhängige in den "Vorruhestand" müssen und wegen ihrer niedrigeren Rentenansprüche bald darauf Blüms Rentenkasse entlasten. Für die Kapitalisten ist dieser Coup von Blüm so-

gar gleich dreifach ertragreich: erstens können sie 100000 ältere Lohnabhängige entlassen und jüngere Lohnabhängige zu niedrigerem Lohn anstellen. Zweitens sparen sie Sozialplankosten bzw. teure Abfindungen. Drittens können sie ihr "Risikokapital" neuerlich vermehren, ohne für diese Gewinne auch nur einen Pfennig Steuern zu zahlen. – (rül)

BRD: KEINE BESCHRÄNKUNG VON BILLIGFLAGGEN

Am 28.1. haben in Genf neue Verhandlungen über die imperialistischen "Billigflaggenflotten" begonnen. Die Staaten der Dritten Welt und die Gewerkschaften der Seeleute, darunter die ÖTV und die Internationale Transportarbeiterföderation ITF, wollen eine Beschränkung dieser Flotten erreichen, die durch furchtbare Schinderei der Seeleute und Bezahlung von Hungerlöhnen berichtigt sind. Die neue Konferenz soll bis zum

14.4. dauern. Ob dann Ergebnisse vorliegen werden, ist zweifelhaft. Die Bundesregierung will keine Einschränkung der Billigflaggenschiffahrt, an der fast jeder größere BRD-Reeder beteiligt ist, zulassen. Am 17.1. teilte der SPD-Abgeordnete Hettling im Bundestag unwidersprochen mit, schon auf der letzten Konferenz im Sommer 1984 sei jeder Versuch der Begrenzung dieser Flotten insbesondere an der Delegation der Bundesregierung gescheitert. – (rül)

SPD: PROGRAMMDEBATTE, NRW-WAHLVORBEREITUNG

Die SPD will ihre Programmdiskussion bis nach den NRW-Wahlen vorstandsintern halten. Erste Positionen werden jedoch, in Form einer Abgrenzungsdiskussion gegenüber den Grünen, kenntlich. Frau Renger sieht da z.B., "daß die Sozialdemokratie aus erlebter und langer Erfahrung diesen Staat, den sie aus ihren geschichtlich

Arbeitszeitgesetz**NORMALARBEITSTAG
VOR DER LIQUIDIERUNG**

Zwei alternative Gesetzentwürfe zur Arbeitszeit standen am 25.1.1985 im Bundestag zur ersten Beratung. Der des Bundesarbeitsministeriums mit aller Aussicht, Gesetz zu werden, und der der Grünen, der nicht Gesetz werden wird.

Der Regierungsentwurf geht in seiner Zielsetzung, den Normalarbeitstag gesetzlich zu zertrümmern, noch über seine erste Fassung hinaus. Er läßt nicht nur selber einen weiten Raum zur Verlängerung der Arbeitszeit (6-Tage- und 48-Stunden-Woche), sondern erlaubt in vielen Punkten weitere tarifliche, betriebsvereinbarungsmäßige oder einzelvertragliche Verschlechterungen. An bis zu 60 Tagen im Jahr sollen die Kapitalisten eine bis zu zehnstündige Arbeitszeit anordnen können. In Saison- und Kampagnebetrieben (dem Fremdenverkehrswesen z.B.), für Contis- und Montagebetriebe und Montagearbeiten sollen die zuständigen Länderbehörden eine noch längere Arbeitszeit anordnen können, eine Obergrenze wäre im Gesetz nicht festgelegt. Die Ruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen, nach der AZO schon bisher nur garantierte elf Stunden, die auch auf zehn reduziert werden konnten, soll bei Verkehrsbetrieben, Theatern und Orchestern auf neun Stunden verringert werden. Nacharbeit für Arbeiterinnen soll bis um 22 Uhr möglich werden (AZO: 20 Uhr).

Der Angriff auf den arbeitsfreien Sonn- und Feiertag hätte im Gesetz selber seine Anhaltspunkte: Der Ausnahmekatalog vom Verbot umfaßt 19 Punkte, darunter die folgende Gene-

ralermächtigung: "19. bei Arbeiten, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern". Gewiß sind die Gutachten schon haufenweise in Auftrag gegeben, mit denen die Kapitalisten bei den Aufsichtsbehörden die Sonntagsarbeit als Sachzwang der Produktion selber beantragen werden.

Die vom Bundesrat verlangte offizielle Zulassung der Sonntagsarbeit an hochmechanisierten Anlagen hat die Bundesregierung nach dem Protest u.a. der katholischen Bischöfe zwar nicht aufgenommen. Die Redner der Koalitionsfraktionen, Pohlmann für die Union, Adam-Schwaetzer für die FDP, kündigten aber die Prüfung des Vorhabens im Zug der weiteren parlamentarischen Beratungen an.

Die Bundestagsopposition, die SPD und die Grünen, vermittelten vor allem den Eindruck: Wirklich ernst ist ihnen das Anliegen, der Bundesregierung in absehbarer Zeit eine Niederlage in der Arbeitszeitpolitik beizubringen, nicht. Willi Hoss, der den Gesetzentwurf der Grünen begründete, fiel am Schluß lediglich der Appell ein: "Ich kann nur empfehlen, diesen Gesetzentwurf zu einem Arbeitszeitgesetz mit der gebührenden Aufmerksamkeit zu studieren". Einen Hinweis, daß die GRÜNEN etwa eine Abstimmung ihres Gesetzentwurfs mit entsprechenden Vorstellungen in der SPD-Fraktion anstreben würden, gab es nicht.

Bei der SPD-Fraktion nicht besser. Zwar bescheinigte ihr Redner Lutz: "Die GRÜNEN gehen von der 40-Stunden-Woche an fünf Werktagen aus und wollen die Überstunden reduzieren. Herr Hoss, da lobe ich Sie ja. Das ist richtig und gut. Das entspricht dem, was wir schon zweimal zu verwirkli-

chen versucht haben ..." Anstatt nun aber Vorstellungen der SPD über ein mögliches gemeinsames Vorgehen zu skizzieren, übernahm es der Sozialdemokrat, den Entwurf der GRÜNEN wegen seiner Regelungen über bezahlte und unbezahlte Freistellungen als lächerliches "Polit-Happening" vorzuführen (wofür er wenig später aus dem Mund der Adam-Schwaetzer den Dank der Koalition entgegennehmen durfte). Entsprechend hohl fiel seine abschließende Warnung an CDU/CSU und FDP aus: "Sie werden nicht immer die Kraft und nicht immer die Mehrheit dafür haben, Arbeitnehmerrechte auszuhebeln und neue Arbeitgeberrechte zu begründen." Ohne daß sich die oppositionellen Kräfte zu einem Zusammenwirken für klare Interessenpunkte der Lohnabhängigen bequemen, wird eine solche Drohung nur zu dem führen, was das Bundestagsprotokoll an dieser Stelle vermerkt: "Heiterkeit bei der CDU/CSU".

Quellenhinweis: BT-Drucksache 10/2706, BT-Protokoll, 118. Sitzung, 25.1.1985, S. 8778 - 8788. — (rok)

BRD-Heeresplanung**AUSBAU VON INFANTERIE
UND RESERVEN**

Im Januar hat der Generalinspekteur des Heeres, General Henning von Sandrart, die Planung für das Heer bis Ende der 90er Jahre bekanntgegeben. Sie konkretisiert die Bundeswehr-Planung des Verteidigungsministeriums und bezieht die Langzeit-Planungsrichtlinie der NATO (Rogers-Plan) ein, wonach die NATO-Armeen in der Lage sein sollen, auch die rückwärtigen Truppen des Warschauer Pakt-Ar-

begründeten Überzeugungen mitgeschaffen hat, trägt, die grüne Bewegung aber nicht." Laut Handelsblatt empfindet Ehrenberg zwei entscheidende Mängel der Grünen: "Sie stellen an vielen Ecken das parlamentarische System infrage. Die Grünen betrieben eine Fundamentalopposition gegen die parlamentarisch-repräsentative Ordnung. — Sie stellten ferner das Gewaltmonopol des Staates infrage und billigten auch einigen Gruppierungen Gewalt gegen Sachen zu." Rappe, Abgeordneter der SPD, bringt seinen Standpunkt als Vorsitzender der IG-Chemie: "Für Rappe braucht gerade die Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien den Rahmen einer von Staat gesicherten Gewaltfreiheit. Zudem vernachlässigten die Grünen die 'Fragen unserer Sicherheit' nach draußen." Johannes Rau, neuester "Hoffnungsträger" der SPD: "Einen Rückfall in die Klassenkampfzeit wird es nicht geben". — (maf)



Am 24.1. ließ die italienische Regierung den SS-Obersturmbannführer Reder (Bild), verantwortlich für die Ermordung von 1830 Männern, Frauen und Kindern am 29.9.1944, frühzeitig aus der Haft frei. Bundesregierung und Unionsparteien können zufrieden sein. 1982 hatten 131 CDU/CSU-Abgeordnete die Freilassung der letzten fünf noch inhaftierten deutschen Kriegsverbrecher verlangt und so eine faschistische Kampagne zum Regierungsprogramm erhoben. Vor wenigen Wochen hatte Bundestagspräsident Jenninger diese Forderung erneuert. — (rül)

meen anzugreifen. Es werden daher für alle Teilbereiche des Heeres neue, "intelligente", weil zielsuchende Munitionsarten entwickelt und eingeführt. Erste Priorität, so der General, bleibe aber die "grenznahe Abwehr der unmittelbar angreifenden Kräfte", was die übliche Umschreibung für die vorrückende Front ist, von der lediglich der Ausgangspunkt "grenznah" ist. Die beabsichtigten Änderungen beim Feld- und Territorialheer dienen diesem Zweck.

Das Feldheer ist die stets präsente Heeresstreitkraft der Bundeswehr. Den Kern bilden die Kampfpanzerverbände, die jedoch so dominieren, daß bei schnellen, raumgreifenden Panzervorstößen die Unterstützung durch begleitende Infanterie nicht mehr immer garantiert ist. Infanteriesoldaten, die aufgesessen oder zu Fuß "in bebautem oder bewaldetem Gelände" kämpfen, sind aber für den Vormarsch unbedingt nötig. Personell und waffenmäßig werden daher besonders die Luftlandetruppe, die Jäger- und die Grenadiereinheiten verbessert. Der Schützenpanzer "Marder", die Standardwaffe der Grenadiere, wird ersetzt werden durch zwei verschiedene Panzerwagen: der eine soll nur noch schnell Truppen gepanzert an bestimmte Frontabschnitte bringen, der andere mit einer Panzerkanone gegentreten können. Es wird so die Fähigkeit des Heeres erhöht, sehr schnell Schwerpunkte zum Durchbruch oder zur Bekämpfung von "Widerstandsnestern" zu bilden.

Großes hat von Sandrart mit dem Territorialheer vor. Es besteht überwiegend aus Einheiten, die voll und gut bewaffnet, im Frieden aber ohne Besatzung sind. Der gegenwärtige Umfang von 40 000 bis 45 000 Soldaten wird bei Mobilisierung auf mehrere hunderttausend Mann anwachsen als Reserve für die Durchhaltefähigkeit des Heeres sowie zur Bekämpfung von Widerstand und Partisanen hinter der Front. Auch die beabsichtigte Einberufung von immer mehr Reservisten wird erstens die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten im Territorialheer erhöht (1990 sollen im Jahr über 400 000 Reservisten zu Übungen gezwungen werden) und zweitens eine Steigerung des Ausbildungsstands der einsetzbaren Soldaten, indem aus den Geräteeinheiten Ausbildungseinheiten werden. "Elemente des Milizsystems" nennt das der Inspekteur! Die Erweiterung der Wehrpflicht über 18 Monate noch hinaus durch ausgedehntere und häufigere Wehrübungen kann aus dem Territorialheer ein zusätzliches Heer entstehen lassen, das in Bewaffnung und Personalstärke andere stehende NATO-Armeen neidisch werden läßt.

Quellenhinweis: bundeswehr-aktuell, 21.1.85; Europäische Wehrkunde 10/84 - (jok)

"Ein Tag für Afrika"

100 MILLIONEN DM "HILFE" - DIE BANKEN KASSIERTEN

100 Millionen Mark soll die Spendenkampagne "Ein Tag für Afrika" am 24.1. eingebracht haben, ist aus Kreisen der 18 zumeist christlichen "Hilfsorganisationen" zu hören. Die ARD, die CDU/CSU, FDP und SPD, die Kirchen, zahlreiche Kapitalisten sowie die Bundesregierung mit Kohl und "Entwicklungshilfe"minister Warnke (CSU) legten sich ins Zeug und sammelten "für die Hungernden in Afrika".

Im Bundestag nutzten CDU/CSU, FDP und SPD, die einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht hatten, die Gelegenheit, um gemeinsame Grundsätze ihrer "Afrikapolitik" darzulegen. Grundsatz Nr. 1: Jeder Ansatz zu einer Kollektivierung der Landwirtschaft in afrikanischen Staaten ist zu verhindern oder rückgängig zu machen. Der FDP-Abgeordnete Dr. Rumpf polemisierte unwidersprochen: "In Afrika können nur kleinbäuerliche Betriebe zu entsprechenden Ernten kommen ... Kolchosen sind schon aus den soziokulturellen Strukturen heraus zum Tode verurteilt. Unsere Entwicklungspolitik muß darauf zielen, diese Erkenntnis im politischen Dialog mit den Partnern durchzusetzen." Minister Warnke betonte seine Absicht, der Rohstoffplünderung durch westdeutsche Konzerne auf dem Kontinent neue Betätigungsfelder zu erschließen: "Afrika ist kein armer Kontinent. Aber der Weg zur Nutzung seiner Reichtümer wird noch lang sein."

Wohin fließen die Gelder, die die "Hilfsorganisationen" am 24.1. gesammelt haben? Die "Hilfsorganisationen" haben erklärt, 50% des Reinerlöses werde für "Hilfe zur Selbsthil-

fe"-Projekte verwendet. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Ertl führte im Bundestag aus, wie dies gemeint ist: "Geben sie Nahrungsmittel für Arbeit. Diese Länder haben vielfältigen öffentlichen Bedarf für Schulen, Straßen, Kanäle. Geben sie diesen Ländern die Naturalien, damit die Menschen Arbeit und Brot bekommen". So können dann die afrikanischen Bauern, mit der Alternative des Verhungerns konfrontiert, christliche Schulen, Kirchen und Kindergärten bauen oder aber den ansiedlungswilligen westdeutschen Kapitalisten Straßen anlegen und bekommen als Lohn dafür eine Suppe. Die "Wirtschafts- und Finanzzeitung Handelsblatt" lobte deshalb auch die "beispiellose Gemeinschaftsaktion gegen den Hunger in Afrika".

Dezent im Hintergrund hielten sich die westdeutschen Banken. Sie öffneten ihre Filialen am Tag der Aktion länger als üblich. Auf ihren Konten dürfte der größte Teil des Geldes auch bleiben oder aber - nach einem kurzen Umweg - wieder landen. Ende September 1984 schuldeten die afrikanischen Staaten westdeutschen Banken insgesamt 15,77 Mrd. DM. Eine "marktübliche Verzinsung" von ca. 9% angenommen, macht das einen Zinsertrag von 1,42 Mrd. DM im Jahr. Die Zinsen, die die Regierung für ihre "Entwicklungshilfekredite" verlangt, sind dabei noch gar nicht einberechnet. Das Ergebnis der Sammelaktion entsprach so in etwa dem, was westdeutsche Banken innerhalb eines Monats von den afrikanischen Staaten an Zinsen einstreichen.

Quellenhinweis: Bundestag, Protokoll vom 23.1.85, Drucksachen 10/2782 und 10/2783 - (rül, uld)



Kohl spendet "für Afrika" und rüstet das südafrikanische Kolonialregime (Rechts: Südafrikanischer Militär-LKW)

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG IN SÜDAFRIKA/AZANIA

Schleswig. In einem Brief der DGB-Frauen an die südafrikanische Botschaft gegen die Verhaftung von schwarzen azanischen Gewerkschaftsführern heißt es u.a.: "Wir sind Gewerkschaftsfrauen und unterstützen das Recht einer jeden Arbeiterschaft, sich in Gewerkschaften ihrer Wahl zusammenzuschließen, um ihre Rechte . . . , höhere Löhne, Arbeitsschutz und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Wir protestieren daher gegen die von ihrer Regierung vorgenommene Behinderung und Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung. Wir fordern Sie auf, die vorgesehenen Prozesse abzusetzen, alle inhaftierten Gewerkschafter freizulassen und die gewerkschaftliche Betätigung nicht länger zu behindern."

Hamburg. Die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier des Ortsvereins Hamburg am 21.1. nahm folgenden Initiativantrag einstimmig an:

Die Delegierten des OV Hamburg der IG DruPa protestieren auf das schärfste gegen die Verhaftung führender Gewerkschafter in Südafrika/Azania. Die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung durch das rassistische Regime fordert nicht nur unsere moralische Solidarität heraus, sondern berührt uns direkt. Die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter und Arbeiterinnen, verbunden mit Hungerlöhnen und elenden Lebensbedingungen, erleichtert die Auslagerung kompletter Betriebsstätten, den Export von Kapital und verschärft damit die Arbeitslosigkeit in der BRD.

Begründung: Die Prozesse gegen die Gewerkschafter sollen im Frühjahr 85 beginnen. Die Resolution verfolgt den Zweck, schon zu Beginn dem Rassenregime klarzumachen, daß sein Terror weltweit bekannt ist und auf entschiedene Ablehnung stößt. Sie soll an die südafrikanische Botschaft in Bonn geschickt werden.

Hamburg. Der Betriebsrat des Gesamthafenbetriebes Hamburg hat in einem Brief an die südafrikanische Botschaft gegen die Verhaftungen von führenden Gewerkschaftern und anderen in Südafrika protestiert. Der Brief soll in einer Kopie an die TGWU (Mitgliedsgewerkschaft in der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF, die zur Unterstützung der Gewerkschafter aufruft) sowie an die CUSA und FOSATU (in diesen beiden Gewerkschaftsbünden sind Mitgliedsgewerkschaften der ITF organisiert) geschickt werden.

Elmshorn. Dritte-Welt-Laden, WEG, GRÜNE, Volksfront, Türkei- und Kurdistan-Komitee und Frauenkomitee fordern in einer Presseerklärung in den "Elmshorner Nachrichten" die "südafrikanische Regierung auf, alle Angeklagten (der schwarzen Gewerkschaften, d. Red.) auf freien Fuß zu setzen und die Verfahren bedingungslos einzustellen". Die Volksfront sammelte zu diesem Zweck ca. 80 Unterschriften während eines Standes in der Innenstadt.

Häuslingen. Die IGM-Vertrauensleute und Betriebsräte der Firma Schörling, Zweigwerk Nord, haben einen offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises und die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag geschickt. Der Brief ist zur Veröffentlichung an die Presse und die IG Metall gesandt worden. In dem Brief heißt es u.a.:

"So soll der jetzt geplante Prozeß zweifelsohne dazu dienen, die in den letzten Jahren erfolgreich aufgebauten schwarzen Gewerkschaften zu zerschlagen und gewerkschaftliche Aktivitäten überhaupt zu unterbinden . . . Wir ersuchen Sie daher mit Nachdruck, mit ihren Möglichkeiten bzw. über Parlament und Regierung auf die südafrikanische Führung für die Einstellung des geplanten Prozesses und die Freilassung der politischen Gefangenen hinzuwirken. Bezüglich der Möglichkeit, dies durchzusetzen, verweisen wir auf die wiederholt von dem Träger des Friedensnobelpreises, Bischof Tutu, ausgesprochene Forderung nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika."

Hannover. Gegen den am 31.1. geplanten Prozeß gegen schwarze Gewerkschaftsführer hat die ÖTV-Betriebsgruppe des Krankenhauses Siloah eine Protestresolution verabschiedet. Es wurde erklärt, daß alle Bemühungen unterstützt würden, die die Durchsetzung der Rechte der schwarzen Mehrheit der Bevölkerung zum Ziel hätten, und der staatliche Terror angeprangert, dem allein während des Streiks am 6. und 7. November 1984 130 Schwarze zum Opfer fielen. Abschließend wird verlangt, die Umsturzanklagen nach dem (von der weißen Bourgeoisie erlassenen) "Sicherheitsgesetz" fallen zu lassen und alle noch inhaftierten politischen Gefangenen freizulassen.

Hannover. Die HIS-Betriebsgruppe der ÖTV hat in einem Brief an den südafrikanischen Botschafter ihre Empörung über die anstehenden Prozesse gegen Gewerkschaftsführer der

schwarzen Gewerkschaften und andere Führer des Komitees, das den Generalstreik am 6./7.11.84 organisiert hat, zum Ausdruck gebracht. In dem Brief wird versichert, daß alle Bestrebungen, die sich gegen das Rassenregime richten, unterstützt werden. Der Botschafter wird aufgefordert, dafür einzutreten, daß die Prozesse gegen die Gewerkschaftsführer und andere Führer des Komitees nicht geführt werden. In dem Brief wird weiterhin darauf hingewiesen, daß die Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Matthies, sich für die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftsführer einsetzt und in einem Schreiben an Bundesaußenminister Genscher verlangt, daß die Bundesregierung ein Zeichen setzen soll, um die Republik Südafrika dahin zu bewegen, ihre Politik der Rassendiskriminierung und der Verfolgung aktiver Gewerkschafter zu ändern. Das Eintreten der ÖTV-Vorsitzenden wird in dem Brief begrüßt und unterstützt. Der Brief ist an das ÖTV-Magazin zur Kenntnis geschickt worden.

Bad Salzdetfurth. Über 70 Belegschaftsmitglieder bei fuba unterzeichneten einen Appell an die Botschaft des südafrikanischen Siedlerregimes (RSA) in Bonn. Sie fordern die sofortige Einstellung der Prozesse gegen Gewerkschafter und die Freilassung der noch Inhaftierten. Der Brief wurde auch an die Fraktionen des Bundestages, an den Kanzler und seinen Außenminister sowie an den Internationalen Metallgewerkschaftsbund gesandt. "Wir fordern weiterhin die Abschaffung der unterdrückenden Sicherheitsgesetze", heißt es zum Schluß des Briefes. Ausdrücklich fordern die Unterzeichner die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter. Für die CUSA wurden 210 DM gesammelt.

München. In einem Brief an die Kanzlei der Botschaft der Republik Südafrika, an deren Minister for Law and Order, den Arbeitsminister sowie an den Polizeipräsidenten protestierte der Ortsfrauenausschuß der HBV gegen die Inhaftierung von mind. 26 Mitgliedern des Transvaal-Bleib-Weg Komitees und forderte die sofortige Beendigung der Isolationshaft und die Freilassung der Inhaftierten. Der Ortsfrauenausschuß tritt darin auch ein "für das Recht der schwarzen Bevölkerung auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, für deren Recht, unabhängige Gewerkschaften ohne jede Einmischung zu bilden und für deren uneingeschränktes Streikrecht".
Quellenhinweis: Verschiedene Nachrichtenhefte des BWK, Woche 4 u. 6/85

Wohneigentum:**MATERIELLE, POLITISCHE UND IDEOLOGISCHE
VORTEILE FÜR DAS FINANZKAPITAL**

Erhöhung der Wohneigentumsquote, am besten ein Familienheim, aber eine Eigentumswohnung tut es auch – das ist der Tenor aller bürgerlichen Parteien, der Kapitalisten und ihrer Verbände. Tatsächlich ist die Eigentumsquote in der BRD erstmals von 1978 bis 1983 kräftig von 36,1% auf 42,8% gestiegen. Auf den ersten Blick erscheint es nicht ganz verständlich, warum die Kapitalisten das selbstgenutzte Wohneigentum so hervorheben. Denn eine selbstgenutzte Wohnung im eigenen Besitz ist ein Gebrauchsgegenstand wie das Auto und erfüllt damit einen gänzlich anderen Zweck als die rentierliche Kapitalanlage durch Wohnungsvermietung.

Aber der Schein trügt in mehrfacher Hinsicht. Zunächst unterscheidet sich der Wohnungseigentümer vom Autobesitzer dadurch, daß er als Grundeigentümer privat über ein Stück Boden verfügt und damit ein gesellschaftliches Privileg genießt, welches von den Kapitalisten als Ersatz für die Enteignung der alten Mittelklassen von ihren Produktionsmitteln eingesetzt wird seit über hundert Jahren, um den neuen Mittelklassen und Teilen der Arbeiterklasse das Interesse am Sozialismus zu nehmen. Daß die mit dem Besitz eines Stück Bodens verbundene Ortsbindung den freien Verkauf der Ware Arbeitskraft einschränkt, haben

die Kapitalisten ebenfalls von Anbeginn zu nutzen versucht (1).

Aber wichtiger noch sind die unmittelbaren materiellen Vorteile, die die Kapitalisten für sich und ihren Anhang aus dem Zusammenwirken von Grundrente, Zins und staatlichen Maßnahmen ziehen können, ohne daß die für sie nützlichen Wirkungen dieser Politik offensichtlich sind.

1. Durch die Wohneigentumsförderung kann das zinstragende Bankkapital seine Geschäfte im Wohnungssektor durch Ausweitung des Geschäftes bei steigenden Realzinsen vergrößern. So sind die Kredite für den Wohnungssektor von 1978 bis 1984 um 73% von 343 Mrd. DM auf 592 Mrd. DM gestiegen (zum Vergleich: die Preissteigerung betrug nur 28%). Der Anteil am gesamten Kreditgeschäft ist von 38% auf 42% gestiegen, der Realzins im Hypothekengeschäft von 3,7% auf über 6% (Realzins = Zins minus Preissteigerung) (2).

2. Das im Wohnungssektor angelegte Kapital kann über die Grundrente hohe Zinsraten realisieren. Beim Verkauf von Bauland und Mietwohnungen realisiert der Verkäufer die durchschnittlich zu erwartenden lagebedingten Gewinne (Bodenpreis = kapitalisierte Grundrente). Da die öffentliche Förderung die Gewinne im Woh-

nungssektor ebenfalls erhöht, geht sie in die Grundrente ein. Verkauft ein Vermieter seine Wohnungen zum Marktpreis, so kassiert er damit die durchschnittliche öffentliche Förderung (abzüglich der Steuern), die der Käufer durchschnittlich als Selbstnutzer formell bekommt, nachdem er das Objekt erworben hat. Der Selbstnutzer geht solange leer aus, wie er nicht seinerseits sein Objekt verkauft und damit die erhöhte Grundrente einschließlich der darin enthaltenen durchschnittlichen öffentlichen Förderung abkassiert, also zumindest in Bezug auf diesen Akt zum Rentier wird. Man kann also sagen, daß die öffentliche Förderung des selbstgenutzten Eigentums von rund 10 Mrd. DM zum größten Teil die Rentiers einstreichen. Über die Miete realisieren sie die Grundrente ohnehin.

3. Diese Ausplünderung der Selbstnutzer durch Zins und Grundrente stellt sie gegenüber den Kapitalanlegern schlechter, ohne daß das Ausmaß dieser Ausplünderung offensichtlich ist. Dennoch entfaltet auch die öffentliche Förderung ihre Wirkung auf die Selbstnutzer. Nur nicht so, wie sie erscheint, als Vorteil für diejenigen, die sie formell erhalten (und Vorteile haben ja vor allem in den ersten Jahren alle Selbstnutzer), sondern in Wirklichkeit ist von Bedeutung, wer über dem Durchschnitt liegt und wer unter dem Durchschnitt liegt. Des ersten Vorteil ist des letzteren Nachteil. So kassiert der Spitzenverdiener für sein 2-Familien-Haus mit 8,30 DM pro qm in den ersten 15 Jahren das

**CDU-WOHNEIGENTUMS-
FÖRDERUNG**

Die Eigentumsquote soll mittelfristig von 40% auf 50% steigen – so Bundesbauminister Schneider (CDU) zur Begründung der "Leitlinien zur steuerlichen Förderung des Wohneigentums" (1). Trotz aller Sprüche ist das erste Ziel dieses Programms die Senkung des Förderungsvolumens um knapp 20% durch den Wegfall des begrenzten Schuldzinsenabzugs von ca. 1,6 Mrd. DM jährlich.

Gefördert werden sollen ab 1.1.87 vor allem die überdurchschnittlichen Einkommen, die bisher noch kein Eigentum erworben haben. Erstens dadurch, daß der Höchstbetrag der 5%, abschreibungsfähigen Erwerbskosten von 200000 DM auf 300000 DM angehoben wird. Statt bisher maximal 10000 DM pro Jahr sollen damit künftig acht Jahre lang maximal 15000 DM pro Jahr vom zu versteuernden Einkommen abgesetzt werden können. Die überdurchschnittlichen Einkommen können nicht nur allein die Erhöhung des Höchstbetrages ausschöpfen, son-

dern kassieren auch durch ihren höheren Steuersatz den höchsten Förderungsbetrag. Eine ähnliche Wirkung hat die Einführung der Kinderkomponente von 600 DM pro Jahr schon ab dem ersten Kind. Drittens wird die bestehende Nutzwertbesteuerung für selbstgenutzten Wohnraum abgeschafft. Versteuert wird bisher das 1,4-fache des auf den Einheitswert von 1964 bezogenen Nutzwertes des selbstgenutzten Eigentums. Die Steuer beträgt rd. 10-50 DM pro Monat. Durch den Wegfall der Steuer werden die höheren Einkommen auch hier am meisten begünstigt.

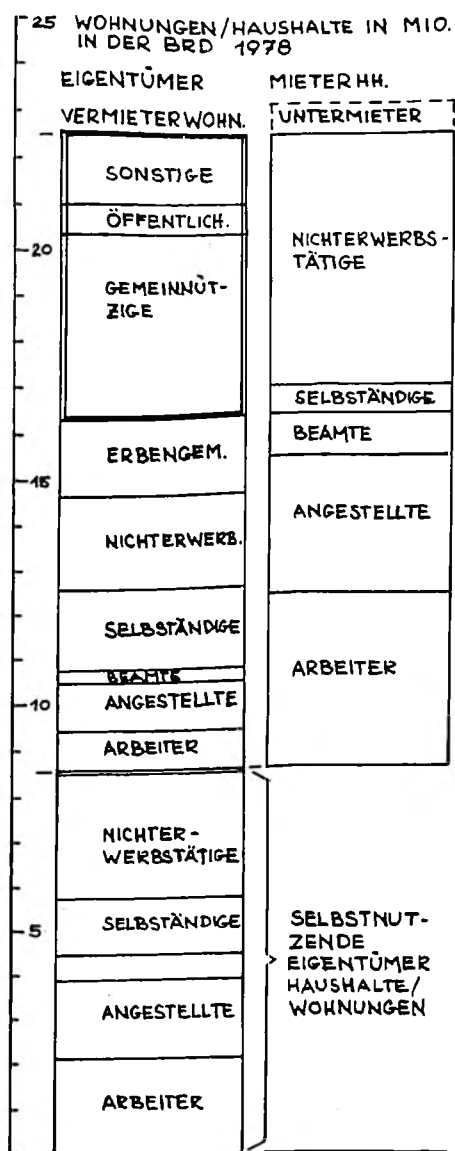
Andererseits soll der Sondervorteil der Selbstnutzer von 2-Familienhäusern zukünftig entfallen, insbesondere durch den Wegfall der Absetzbarkeit der Schuldzinsen.

"Eine Eigentumsquote von 50% ist nur zu erreichen, wenn Wohneigentum in verstärktem Umfang aus dem Bestand gebildet werden kann" (2). Es soll nicht mehr so viel gebaut werden. Deshalb wird der begrenzte Schuldzinsenabzug ebenso abgeschafft, wie im sozialen Wohnungsbau das Bundespro-

gramm für den Mietwohnungsbau ab 1986 und im freifinanzierten Wohnungsbau die Mehrwertsteueroption. Das geminderte Wohnungsangebot hebt die Mieten. Die Mieterhöhung ist wiederum der wichtigste Antrieb für die Bildung von Wohneigentum auch aus dem Bestand. Deshalb sollen die oben genannten Maßnahmen zur Förderung des selbstgenutzten Wohnraumes gerade für den Erwerb aus dem Bestand gelten.

Seit die SPD/FDP-Koalition 1977 die steuerliche 7b-Förderung auf den Erwerb aus dem Bestand ausdehnte, haben sich die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen vervielfacht auf gegenwärtig 110000 Wohnungen im Jahr, davon rd. 60000 selbstgenutzte. Da die alten Mietwohnungen meist entschuldet sind, machen die Banken und Wohnungsspekulanten durch die Umwandlungen traumhafte Gewinne auf Kosten hochgedrückter Mieten und hoher Belastungen der Selbstnutzer.

(1) Beschluß des Bundeskabinetts vom 3.7.84, Bundesbaublatt 8/84 S. 529; (2) Leitlinien s.o.



sechsfache an öffentlicher Förderung pro qm wie der Arbeiter mit 1,70 DM pro qm, der sein 1-Familien-Haus weitgehend in Selbsthilfe erstellt (3).

Der Nachteil der Selbstnutzer gegenüber den Kapitalanlegern ändert auf die Weise nichts daran, daß die höheren Einkommen als Selbstnutzer auch Vorteile gegenüber einem Mietverhältnis haben. Deshalb haben auch hauptsächlich die Mittelklassen die Eigentumsquote erhöht. Der Arbeiteranteil an der Eigentumsbildung ist zurückgegangen. Für sie wiegt der Vorteil, als Selbstnutzer die mit der Miete zu zahlende Grundrente und Baupreise nicht zahlen zu müssen, den Nachteil der höheren Grundrente und des höheren Zinses für unterdurchschnittliche Einkommen auf. (4)

Anmerkungen: (1) Lesebuch zur Wohnungsfrage, Hrsg. Frank/Schubert, Pahl-Rugenstein-Verlag 1983; (2) vgl. Monatsbericht der Bundesbank 1/85 S. 40; (3) vgl. Politische Berichte 4/83 S. 17; (4) Schriftenreihe 07 "Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik" des Bundesbauministers: Heft 014 "Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau" 1983, Hefte 003, 005 und 010 — (jeb)

Europäische Einigung

FASCHISTEN KÄMPFEN FÜR GROSSEUROPA — HABSBURG IMMER NOCH DABEI

Nach dem Wahlerfolg der französischen "Front National" unter Le Pen haben die Faschisten im neuen Europaparlament erstmals eine eigene Fraktion bilden können. Mindestvoraussetzung dafür sind zehn Abgeordnete aus drei Ländern. Der neuen Fraktion der "Europäischen Rechten" gehören 16 Mitglieder an: zehn Abgeordnete der "Front National" (11,0% der Stimmen bei den EG-Wahlen), fünf Abgeordnete der neofaschistischen Italienischen Sozialbewegung MSI (6,5%) und der Vertreter der griechischen Nationalpolitischen Union (2,3%).

Den Fraktionsvorsitz hat Le Pen selbst übernommen, ein Zeichen, daß die französischen Faschisten die Fraktion zu einem Hauptinstrument ihrer internationalen Aktivitäten machen wollen. Anfang Dezember trafen sich die faschistischen EG-Parlamentarier mit ihren griechischen Spießgesellen in Athen. Le Pen kündigte bei dieser Gelegenheit an, ähnliche öffentliche Treffen künftig auch in der BRD und Großbritannien durchführen zu wollen. 4000 Antifaschisten demonstrierten in Athen gegen den Versuch, eine faschistische Internationale zu begründen.

"Faschistische Internationale" — das scheint zunächst ein Widerspruch in sich zu sein. Wird nicht der bekannte wilde Nationalismus der Faschisten jeden Versuch einer internationalen Zusammenarbeit bald sprengen? Leider nicht. Die westdeutschen Neonazis z.B. verfügen offenbar über so gute internationale Verbindungen, daß ihre polizeilich gesuchten Anführer wie Roeder oder Kühnen monatelang bei verschiedenen "Freunden" im Aus-

land Unterschlupf finden konnten. Bereits die Nationalsozialisten haben Pläne für ein Großeuropa — unter "großdeutscher" Führung, versteht sich — entwickelt und während des 2. Weltkriegs zum Teil in die Tat umgesetzt, mit Hilfe erheblicher, kooperationswilliger Teile der Bourgeoisie in den besetzten Ländern wie Frankreich.

Gleich der erste Reorganisationsversuch der Nazis in Westdeutschland unmittelbar nach dem Krieg in der "Bruderschaft" setzte sich ausdrücklich "europäische" Ziele: "Die 'Bruderschaft' erstrebt eine Vereinigung der europäischen Völker zu einer Nation, wobei die Beibehaltung des völkischen Eigenlebens der Völker als selbstverständlich gilt ... Sie glaubt, daß der Wunsch nach einer europäischen Nation auch in den zur Zeit vom Bolschewismus geknechteten Ostvölkern vorhanden ist und mit allen verfügbaren Mitteln weiterhin geweckt und gestärkt werden muß." (1)

Im Lichte dieser Tradition wundert es nicht, daß sich die "Europäische Rechte" im EG-Parlament als besonders entschiedener und rabiaten Verfechter der "europäischen Integration" gebärdet.

So hat die Fraktion im Herbst in mehreren Entschließungsanträgen gefordert, aus der EG-Verrechnungseinheit ECU eine "europäische Währung mit eigenem Wert und Autonomie auf dem Finanzmarkt" zu machen und dazu eine "europäische Zentralbank" zu gründen. Begründung: Die Schwäche der europäischen Währungen, besonders der DM, gegenüber dem Dollar bürde den Mitgliedsstaaten "übermäßige Kosten" für den Rohstoffimport



Jugendliche Neofaschisten der MSI demonstrieren in Rom.

"FRAKTION DER EUROPÄISCHEN RECHTEN" ANTRÄGE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

"Zur dramatischen Situation in Äthiopien"

"Das Europäische Parlament ... drückt seine Entrüstung und seinen Zorn darüber aus, daß das herrschende Regime das äthiopische Volk einfach sterben läßt;

2. schlägt die sofortige Organisation einer europäischen solidarischen Maßnahme zum Überleben Äthiopiens vor, damit möglichst rasch 500000 Tonnen an Lebensmitteln auf den Weg gebracht werden, um das Ärgste zu vermeiden;

3. erklärt, daß das Unvermögen Europas, die erforderlichen Hilfsmaßnahmen in die Wege zu leiten, ein deutliches Zeichen seiner Feigheit, seines Egoismus und seines historischen Niedergangs wäre;

4. fordert folglich:

a) die sofortige Einberufung eines Rates der Gemeinschaft, um einen intereuropäischen mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten und mit hohen zivilen und militärischen Persönlichkeiten besetzten Friedensstabs einzusetzen ...

d) daß französische, deutsche, englische, italienische Interventionsverbände in das Land geflogen werden und einige ihrer Mittel dazu nutzen, eine Friedenstruppe zu bilden, die mit der raschen Anlage von Flughäfen oder Fallschirmabwurfbasen beauftragt wird, damit der Empfang und die Verteilung der Nothilfelebensmittel ohne Verzögerung in Gang kommen;

5. beauftragt seinen Präsidenten, alles daranzusetzen, um zum Kreuzzug europäischer Großzügigkeit gemäß den vornehmsten Traditionen des Friedens und der Wohltätigkeit unserer Zivilisationen aufzurufen, ihn zu organisieren, zu fördern und durchzuführen ..."

(Entschließungsantrag 987/84 vom 13.11.84)

"Zu den separatistischen Gewaltakten in Europa"

"Das Europäische Parlament,

A. angesichts der Gewaltakte, die Europa in diesem Sommer besonders in der Bretagne, im französischen Baskenland, im spanischen Baskenland, auf Korsika und in Irland erlebte,

B. unter Hinweis darauf, daß diese Gewalttätigkeiten mit separatistischen Forderungen im Zusammenhang stehen, C. in der Erwägung, daß solche Gewalttätigkeiten zum Zerfall der Europäischen Gemeinschaft führen, die Destabilisierung Westeuropas nach sich ziehen und den Imperialismus der Sowjetunion fördern ...

1. erinnert daran, daß es stets jegliche Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachgüter in Europa unabhängig von den echten oder vorgegebenen Gründen entschieden verurteilt hat;

2. geißelt diese separatistischen Umtriebe;

3. erinnert daran, daß die Zukunft Europas nicht in der Zerstörung seiner Mitgliedsstaaten liegen kann;

4. erklärt feierlich sein Eintreten für den staatsbürgerlichen Frieden und die Einheit Europas ..."

(Entschließungsantrag 493/84 vom 10.9.84)

"Zur freien politischen Meinungsäußerung ..."

"Das Europäische Parlament ...

C. in der Erwägung, daß die europäischen Abgeordneten, deren Legitimität auf ihrer demokratischen Wahl beruht, das Recht besitzen, sich zu jeder Zeit und an jedem beliebigen Ort der Gemeinschaft frei zu allen Themen zu äußern, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallen ...

5. fordert die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft auf, die Freizügigkeit und das Versammlungsrecht der europäischen Abgeordneten und ihrer politi-

schen Gruppierungen zu garantieren ..."

(Entschließungsantrag 670/84 vom 8.10.84)

"Zu den Wahlen in Nicaragua"

"Das Europäische Parlament,

A. unter Hinweis auf seine verschiedenen Entschließungen zur Lage in Nicaragua ...

C. zutiefst besorgt über die derzeitige Lage in Nicaragua, wo sich Leben und Eigentum der Bewohner ständig in Gefahr befinden,

D. in der Feststellung, daß die in ihrer totalitären Konzeption befangenen Sandinisten Nicaragua auf diktatorische Weise regieren ...

1. ist der Ansicht, daß Nicaragua von einer einzigen totalitären Partei regiert wird, welche die Demokratie und die Menschenrechte mit Füßen tritt;

2. verurteilt das Vorgehen der amtierenden Regierung;

3. spricht den kommenden Pseudo-Wahlen jedweden demokratischen und repräsentativen Charakter ab ...

5. fordert die Freilassung der Gefangenen, die allein wegen ihrer politischen Gesinnung inhaftiert sind;

6. fordert, daß allen Personen, die wegen politisch motivierter Gewalttaten inhaftiert sind, ein fairer öffentlicher Prozeß zugesichert wird;

7. fordert die Abhaltung freier Wahlen ...

8. ersucht die Kommission, jedwede Gemeinschaftshilfe für dieses Land solange einzustellen, bis die in Ziffer 5 und 6 genannten Forderungen erfüllt sind ..."

(Entschließungsantrag 671/84 vom 8.10.84)

"Politik der Ehrfurcht vor dem Leben"

"Das Europäische Parlament,

A. in der Erwägung, daß in jedem Jahr mehrere hunderttausend Kinder, die zum Leben berufen sind, ihres Geburtsrechts beraubt werden ...

D. in der Erwägung, daß die Abtreibung der Ermordung eines Unschuldigen gleichkommt, den man zum Tode verurteilt hat, ohne ihn anzuhören ...

2. schlägt vor, die rückschrittlichen Gesetze der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft durch fortschrittliche, lebensbejahende Gesetze zu ersetzen, damit die Familie wieder ihren wahren Platz in der Gesellschaft einnehmen kann;

— der Mutter, die zuhause bleibt und sich der Erziehung ihrer Kinder widmet, einen Mutterlohn und eine Rente zu gewähren,

— im Rahmen des Steuerrechts bei der Veranlagung einen Freibetrag für jedes Kind vorzusehen ...

3. fordert die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, Gesetzentwürfe zugunsten der Achtung vor dem Leben zu fördern und vorzulegen ..."

(Entschließungsantrag 877/84 vom 25.10.84)

"Zur ersten Lage in Neukaledonien"

"Das Europäische Parlament,

A. in der Erwägung, daß das Europäische Parlament von der dramatischen Lage aller Gruppen der französischen Bevölkerung in Neukaledonien, einem französischen überseeischen Gebiet und integralem Bestandteil des gemeinschaftlichen europäischen Erbes, direkt betroffen ist,

B. in der Erwägung, daß eine verschwindend geringe Minderheit ... mit Aufrufen zum Bürgerkrieg glauben machen will, daß die französische Bevölkerung Neukaledoniens die Unabhängigkeit anstrebt ...

3. fordert Frankreich als Unterzeichnerstaat des Vertrags von Rom auf, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Sicherheit aller auf dieser Insel lebenden Bewohner und den freien Personen- und Warenverkehr wieder herzustellen ..."

(Entschließungsantrag 1174/84 vom 10.12.84)

Quellenhinweis: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1984-1985, Ausgabe in deutscher Sprache

auf. Letzte Woche hat der wirtschaftspolitische Sprecher der (christdemokratischen) EVP-Fraktion v. Wogau fast haargenau dieselben Forderungen aufgestellt.

In einer Grundsatzdebatte zur geplanten "Süderweiterung" erklärte der italienische Faschistenführer Almirante, "daß ohne Spanien und ... Portugal kein mediterranes Europa existiert, welches in der Lage wäre, im Mittelmeerraum den umstürzlerischen Bestrebungen des Kommunismus entgegenzutreten." (2) Womit er klarstellte, daß Faschismus und EG nicht einander ausschließen, sondern zwei einander ergänzende Rückversicherungen der europäischen Bourgeoisien gegen die soziale Revolution sind.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende d'Ormesson (FN) sprach in derselben Debatte in seltener Unverblümtheit den imperialistischen Charakter der europäischen Einigung (der stattfindenden, nicht einer von den Faschisten erst erträumten) aus: "Man muß ... sich auf die eigentliche Bestimmung der gemeinsamen Agrarpolitik besinnen – nämlich Expansion und Eroberung von Märkten. Nun gibt es in Afrika einen potentiellen Markt für bedeutende Überschüsse an landwirtschaftlichen Lebensmitteln ... Und hier könnte eine Neufassung des Abkommens von Lomé weitere Perspektiven eröffnen und neuen Auftrieb für die Erweiterung der Gemeinschaft geben; einer Erweiterung, durch die der Einfluß der Gemeinschaft ... wachsen würde. Aufgrund des so gewonnenen Prestiges wird die Gemeinschaft den Völkern des Ostens eher helfen können, ihre Fesseln abzustreifen, um sich mit den westeuropäischen Brüdern zu vereinen." (3)

Aus den Klagen über ein "Fehlen diplomatischer Konzertierung auf der Ebene des Europäischen Rats hinsichtlich der eigentlichen Ursache der Hungersnot in Afrika, nämlich des Vordringens des Marxismus", ziehen die Faschisten in einem Antrag den Schluß vorzuschlagen, in Äthiopien "französische, deutsche, englische und italienische Interventionstruppen" zu landen. Angeblich zur "Verteilung der Nothilfemittel", in Wirklichkeit, um was gegen die "eigentliche Ursache der Hungersnot" zu unternehmen. Die gemeinsame Intervention im Libanon war da schon ein guter Anfang, ihr erbärmliches Ende freilich eine "schwache Haltung".

Mit dieser großeuropäischen Politik stehen die Faschisten gerade im EG-Parlament keineswegs allein oder gar isoliert da. Im Gegenteil: Vor allem die Abgeordneten der CDU/CSU proben in Straßburg jene augenzwinkernde Kooperation mit den Faschisten, die man sich für den Bonner Ge-

brauch offenhalten will. Le Pen zog seine Kandidatur für den Parlamentsvorsitz zugunsten des Christdemokraten Pflimlin zurück, um "die Wahl eines Marxisten" zu verhindern. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Klepsch (CDU) war nicht zu einer Erklärung zu bewegen, die Wahl würde nicht angenommen, wenn faschistische Stimmen den Ausschlag geben sollten. Bei der Wahl der Vizepräsidenten erhielt Le Pen dann mehr als doppelt soviel Stimmen, wie seine Fraktion Mitglieder hat.

Ein wichtiges Scharnier zwischen Faschisten und "demokratischen" Konservativen ist die Paneuropa-Union des CSU-Europaabgeordneten Otto Habsburg. Deren Europakonzept ist von den Vorstellungen der Faschisten nicht einmal in der Tonlage zu unterscheiden. Habsburg: "Wir Paneuropäer wollen vor allem ein europäisches, also von den Supermächten unabhängiges Europa. Das heißt, daß

gen den Totalitarismus durch sozialistische Funktionäre". Die Abgeordneten der "Europäischen Rechten" seien "bestimmt keine schlechteren Demokraten als die Agenten der östlichen Supermacht (gemeint war die kommunistische Fraktion, d.V.)". Als in der letzten Woche ein Untersuchungsausschuß des EG-Parlaments über "Rassismus und Neofaschismus in Westeuropa" erstmals Anhörungen durchführte, erklärte Habsburg, man hätte lieber einen Untersuchungsausschuß über "alle Spielarten des Totalitarismus" gehabt.

Die NPD ist bekanntlich bei den Wahlen zum EG-Parlament einmal mehr gescheitert. Aber die westdeutschen "Neokonservativen", die den Faschismus "vorwurf" gern entrüftet als "dümmlich" zurückweisen, verfolgen den Aufstieg der Front National in ihrer Zeitschrift "Criticón" mit unverhohlener Sympathie. Das Programm der Partei Le Pens mag



"Internationale Kundgebungen" wollen die Faschisten künftig auch in Westdeutschland durchführen. Hier eine NPD-Kundgebung.

wir wohl die Einigung der EG-Staaten von Herzen bejahen und vorantreiben, aber auch deutlich sagen, daß das nicht das ganze Europa, sondern die Keimzelle des künftigen Großeuropas ist." (4)

Der Paneuropa-Union gehören als korporative Mitglieder u.a. verschiedene Vertriebenenverbände und ein von den italienischen Neofaschisten aufgezoogenes "Komitee der Auslandsitaliener" an. Mit dem MSI-Vorsitzenden Almirante ist Habsburg bereits während des vorletzten Europa-Wahlkampfes 1979 zusammengetroffen. (5) Als jetzt sozialistische Abgeordnete bei der konstituierenden Sitzung mit weißen Rosen gegen den Einzug der Faschisten protestierten, schnaubte Habsburg über die Verwendung "des Symbols des Widerstands und Martyriums junger Christen im Kampf ge-

sich in manchen Punkten von den intellektuellen Positionen der akademischen "Neuen Rechten", die "Criticón" propagiert, unterscheiden. Aber: Erst die "Neuen Rechten" haben Ende der 70er Jahre in Frankreich den alten rechten Dreck bis hinein in die linksliberale Öffentlichkeit wieder diskutabel gemacht und damit für die Erfolge der vielleicht weniger brillanten, aber dafür um so schlagfertigeren Front National den Boden bereitet.

Quellenhinweis: (1) nach: R. Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt 1984, S. 255; (2) Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 2-316 (11.9.84), S. 106. (3) ebda., S. 101.; (4) Faltblatt "Paneuropa Union Bayern"; (5) Wer mit wem? Braunzonen zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981, S. 96 – (ulg, rül)

Großbritannien

NIEDERLAGE DES STREIKS DER
BERGLEUTE DROHT

Nach beinahe einem Jahr Streik der Bergleute fühlt sich die Regierung Thatcher als baldiger Sieger. Margaret Thatcher ließ gezielt "interne" Überlegungen veröffentlichen, es werde nicht eher verhandelt, bis 50% der Bergarbeiter wieder arbeiten würden. Entsprechend waren die Vorbedingungen für Verhandlungen, die die staatliche Kohlebehörde National Coal Board (NCB) am 23.1. aufstellte. Danach sollte die Gewerkschaft

— erstens "schriftlich erklären", daß sie die "Lösung des Problems unwirtschaftlicher Kapazitäten" unterstützt, und

— zweitens "anerkennen, daß das Management die Probleme unwirtschaftlicher Kapazitäten anpacken muß".

Nach elf Monaten im Streik ohne Streikgeld geraten die Bergleute zunehmend in bittere Not. Die Zahl der Arbeiter, die sich zurückmelden, wächst auch in den bisher solide streikenden Bezirken. Nach Behauptungen der Kohlebehörde arbeiten jetzt 42% der NUM-Mitglieder. Die Gewerkschaftszahlen sind niedriger, aber auch die NUM-Führung sieht sehr deutlich, daß die Arbeiter, die elf Monate Streikposten standen und jetzt unter dem Druck einer Mischung aus Not und Hoffnungslosigkeit aufhören, nicht einfach Streikbrecher sind.

Zur Vorgeschichte des Streiks: 1974 war die Bergleutegewerkschaft entscheidend am Sturz der damaligen konservativen Regierung Heath beteiligt. Aber bereits vier Jahre später erlitt sie eine entscheidende lohnpolitische Niederlage. Das NCB konnte ein Prämienlohnsystem durchsetzen, das auf der Menge geförderter Kohle beruhte. Da die natürlichen Bedingungen wie Flözdicke und Zugang in den verschiedenen Feldern sehr unterschiedlich sind, eröffnete das weitreichende Spaltungsmöglichkeiten.

Die Folgen: Im April 1974 machte der Grundlohn noch 81,4% des durchschnittlichen Bergmannslohns aus. 14,6% waren Überstundenzuschläge. Schichtzulagen machten 2,8% und Prämien nur 1,2% aus. Im April 1982 waren 21,1% der Lohnzahlungen Prämien, nur noch 69,2% Grundlohn und 7,9% Überstundenzahlungen. Regional differierten die Löhne um bis zu 500 DM.

Mit diesem Prämienlohnsystem konnte das NCB gleichzeitig die Produktion pro Beschäftigtem erhöhen und die Beschäftigtenzahl senken. Die Löhne der Bergleute stiegen dabei zwischen 1979 und 1982 um 42,7% (nicht inflationsbereinigt), während die aller männlichen Beschäftigten in Großbritannien um 52,3% zunahmen.

Die NUM hat errechnet, daß ein Hauer mit einem Brutto-Wochenlohn von 196 Pfund (etwa 2950 DM im Monat) genau 46 DM schlechter dasteht als 1974.

Im Tarifikampf 1983 forderte die Gewerkschaft "bedeutende Lohnerhöhungen", das NCB antwortete mit einem 5,2%-Angebot. Die Gewerkschaft beschloß einen Überstundenboykott, der voll befolgt wurde.

Das NCB begann Anfang 1984 mit einer Reihe von Provokationen, vor allem in Yorkshire, dem Kerngebiet der Kohleproduktion. Belegschaften wurden von heute auf morgen nach Hause geschickt, weil sie keine Überstunden machen wollten. Am 3. März erklärte NCB-Chef MacGregor, die beiden Zechen Cortonwood und Bullcliff Wood in Yorkshire würden innerhalb von fünf Wochen geschlossen. Üblich waren bis dahin Vorlaufzeiten von 18 Monaten bei Zechenstillegungen. Die Ankündigung war eine Provokation. Das NCB spekulierte darauf, daß der NUM kein landesweiter Proteststreik gelingen würde und Yorkshire gedemütigt die Schließungen hinnehmen müßte. Denn bei der

ken, war strikt im Rahmen dieses Beschlusses. Inzwischen waren auch die weitreichenden Stilllegungspläne des NCB mit mehr als 20000 Entlassungen bekannt geworden. Die Bezirke Schottland, Südwales, Kent und Nord-Derbyshire schlossen sich an. Am 9.3. beschloß der NUM-Vorstand, wie später auch ein Sonder-Gewerkschaftstag, den Streik zu unterstützen. In allen Bezirken fanden Urabstimmungen statt, in einigen gingen sie sehr knapp aus. In Nottinghamshire stimmten 75% gegen Streik.

Die NUM führte den Streik mit zwei Dritteln ihrer 180000 Mitglieder. Diese Spaltung war selbst schon Ausdruck der Unsicherheit über die Streikziele und ihre Erreichbarkeit.

Die NUM lehnte prinzipiell alle Stilllegungen ab und stellte die Parole "Coal — not dole" auf, übersetzt etwa "Kohle — und nicht das Arbeitsamt". Ihre "Campaign for Coal" versuchte zu beweisen, daß die Aufrechterhaltung der Kohleproduktion "im Interesse Großbritanniens" sei. Eine solche ideologische Auseinandersetzung um das "Gemeinwohl" konnte die NUM aber schwer gewinnen. Margaret Thatcher rechnete kühl vor, man habe den Bergbau in zehn Jahren mit drei Milliarden Pfund subventioniert, der Ölpreis sei drastisch gesunken, und süd-afrikanische wie australische Kohle seien bedeutend billiger.



Massenaktion an der Zeche Orgrave

Schließung der Grube Lewis Merthyr wenige Monate vorher hatte der Bezirk Südwales allein gestanden, und der schottische NUM-Vorstand hatte eine Zechenbesetzung in Kinneil nicht unterstützt.

Schon 1981 hatte der NUM-Gewerkschaftstag beschlossen, sich mit Streik gegen Stilllegungen zu wehren, die nicht aus Sicherheitsgründen oder wegen Erschöpfung des Feldes vorgenommen werden sollen.

Die Entscheidung des Bezirks Yorkshire, gegen die Stilllegungen zu strei-

Der Streik hatte von Anfang an ein weiteres politisches Ziel, nämlich den Sturz der Regierung Thatcher. Die Labour-Linke kalkulierte so: Die Bergleute haben schon einmal eine konservative Regierung stürzen helfen. Sie sind "militant". Ihre Gewerkschaft gehört zu den stärksten, denn die NUM ist eine Einheitsgewerkschaft, d.h. in den Zechen fehlt die für britische Betriebe typische Zersplitterung in fünf bis fünfzig Gewerkschaften. Die Regierung, so wurde weiter gerechnet, könne es sich nicht

leisten, den Streik in den Winter hinein dauern zu lassen, weil das zum Zusammenbruch der Stromversorgung (wie 1974) führen würde.

Die Rechnung ging nicht auf. Unter ungeheuren Kosten, die sie selbst auf zwei bis drei Milliarden Pfund schätzt, ließ die Regierung Kohle importieren und stellte Kraftwerke auf Öl um. Als Privatkonzern wäre das NCB längst pleite, aber Thatcher hält es am Leben, um den Arbeitern eine Niederlage beizubringen.

Die Entschlossenheit der Bergleute kann nur mit dem jedermann bekannten Elend des Arbeitslosendaseins und ihrem Haß auf die Regierung erklärt werden. Deren Waffen in diesem Kampf waren brutale, bisher nicht gekannte Polizeieinsätze gegen Streikposten, Gerichte, die bereitwillig alle festgenommenen Bergleute verurteilten, Gesetze, die der Gewerkschaft das Recht zum Streik absprachen, mit deren Hilfe ihre Gelder beschlagnahmt wurden und ihren Vorständen

Gefängnis droht. Seit Monaten existiert die NUM in einem Zustand der Halblegalität.

Die Regierung hatte Spielraum für diese Unterdrückungsorgie durch die weitreichende Isolierung der Bergleute. Zwar beschlossen Gewerkschaftsbund TUC und Labour-Partei vollmundige Solidaritätserklärungen. Aber die praktische Unterstützung war nicht ausreichend. Zwar streikten Eisenbahner und Hafenarbeiter mit großem Mut, doch es gelang zu keinem Zeitpunkt, den Import bzw. Transport von Kohle ganz zu stoppen.

Einige ausländische Gewerkschaften, z.B. die Transportarbeiter, unterstützten den Streik. Andere, führend die IG Bergbau und Energie, lehnten jede Unterstützung ab und förderten den offenen Streikbruch durch Kohlelieferungen. Die IG Bergbau machte die Konkurrenzvorteile der Ruhrkohle zu ihrem Geschäft.

Hier liegt aber auch das Problem der NUM-Forderungen, die ausdrück-



Polizeieinsatz gegen Streikposten

lich national – "für britische Kohle" – sind. Das bringt die NUM in Konkurrenz zu ausländischen Gewerkschaften und erschwert die Solidarität im eigenen Land.

Als politisches Konzept für den Sturz einer konservativen Regierung, als den auch Sozialdemokraten in der Bundesrepublik den Streik hinstellten, ist er jedenfalls gescheitert.

Quellenhinweis: Campaign for Coal, Veröffentl. der NUM; Financial Times, Socialist Worker, Economist, versch. Ausgaben – (hef)

"BERGLEUTE UND ARBEITSLOSIGKEIT"

(Aus: Campaign for Coal, National Union of Mineworkers)

"Zusammenfassung:

1. Wachsende Arbeitslosenzahlen in der Kohleindustrie haben einen Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und Beschäftigungskrise im Land überhaupt.

– Die Branche hat seit 1979/80 24.000 Arbeitsplätze verloren. Weitere 60.000 sollen bis 1987/88 verschwinden...

– Betriebe aus dem öffentlichen Bereich, die Kohle verbrauchen bzw. transportieren, erlebten gleichfalls großangelegte Entlassungen.

– Die Beschäftigtenzahlen im Kohlebergbau sind vor allem deshalb gesunken, weil Nachfrage und Beschäftigung in der übrigen Wirtschaft zurückgingen.

2. Aber die Probleme der Arbeitslosigkeit im Kohlebergbau weisen eine gewisse Besonderheit auf.

– Die Arbeitslosigkeit tritt konzentriert und oft in hohem Maße auf, wenn sie von Zechenstillegungen herrührt. Zechen beschäftigen oft mehr als 40 bis 50% der Arbeitskräfte eines Dorfes.

– Viele Bergbaugemeinden, die jetzt von noch höherer Arbeitslosigkeit bedroht sind, erlitten bereits eine Phase der Stilllegungen in den fünfziger und sechziger Jahren.

3. Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind gewaltig und höher als die Kosten der Zechenstillegungen.

– Ein nicht mehr gebrauchter Bergmann kostet die öffentlichen Haushalte im ersten Jahr seiner Arbeitslosigkeit 7.188 Pfund, in den folgenden jeweils 6.236 Pfund.

– Die Kosten der Schließungen im Laufe einer Periode von zehn Jahren betragen 4,5 Milliarden Pfund. Solche Schließungen brächten dem Board (der Kohlebehörde) Einsparungen von nur 853 Mio. Pfund. Die Kapazität zu erhalten, würde nur 2,3 Mrd. Pfund kosten.

– Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit sind unermeßlich. Ganze Gemeinden sterben, wenn Bergleute arbeitslos werden."

"Die Alternative: Vollbeschäftigung im Kohlebergbau und in der gesamten Wirtschaft. Die Gewerkschaft NUM tritt für die Produktion von 200 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr ein. Wenn der Übertageabbau und die private Produktion beendet würden, bedeutete das eine zusätzliche NCB-Produktion von 95 Mio. Tonnen pro Jahr. Auf dem gegenwärtigen Stand der Produktivität heißt das, 188.700 Arbeitsplätze für Bergleute.

Eine solche Beschäftigungslage im Kohlebergbau wäre die Basis für eine langfristige Energiepolitik auf Grundlage der Kohle. Kohle kann auf verschiedenste Weise genutzt werden, in konventionellen Kraftwerken, in kombinierten Heizkraftwerken, für Industriekessel, für den Export, für Verflüssigung und Vergasung...

Natürlich bedarf eine anhaltende Verbesserung der Beschäftigungslage bei der Kohle einer anderen Wirtschaftspolitik, bei der die Ausgaben des öffentlichen Sektors zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Expansion und zur Arbeit für alle führt. Vereinzelte Importkontrollen wären nötig, um sicherzustellen, daß wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten unserer Arbeitsplätze und unserer Industrien geht."

Papua-Neuguinea

OK TEDI-MINE VERSTAATLICHT?

Ende der 70er Jahre beteiligten sich die Konzerne Metallgesellschaft und Degussa zusammen mit der bundeseigenen Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Anteil von 20% an der Erschließung des größten Kupfervorkommens der Welt auf Papua-Neuguinea, im tropischen Regenwaldgebiet am Fluß Ok Tedi. Der dort gelegene Kupferberg Mont Fubilan enthält zugleich große Goldvorkommen. Mit von der Partie sind der größte australische Industriekonzern Broken Hill Propriety und ein amerikanischer Ölkonzern mit Anteilen von jeweils 30%. Der Staat Papua-Neuguinea, selbst mit 20% an dem Konsortium beteiligt, hatte für die Erschließung der Erzvorkommen den Konzernen Auflagen über die zu fördernden Jahresmengen an Kupfer und Gold sowie über den Schutz der Regenwaldgebiete bei der Erschließung der Mine gemacht. Das erste Erz sollte 1984 gefördert werden; für die Erschließung waren Projektkosten von 700 Mio. DM veranschlagt. Die BRD-Konzerne beteiligten sich – gefördert von der damaligen sozialliberalen Regierung – an dem Projekt, um die Roh-

stoffversorgung der westdeutschen Kupferhütten zu sichern; anfangs gehörten auch die Siemens AG und die Gutehoffnungshütte AG zu dem Konsortium. Die Regierung von Papua-Neuguinea unterstützte die Erschließung der Ok Tedi-Mine, um über den Erzexport die hohe Auslandsverschuldung und die Abhängigkeit von vornehmlich australischen Krediten abzubauen.

Gegenüber 1979 sind heute die Preise für Kupfer und Gold auf den Rohstoffmärkten drastisch gefallen. Die an Ok Tedi beteiligten imperialistischen Konzerne entschieden daraufhin, mit dem Kupferabbau erst dann zu beginnen, wenn auf dem Weltmarkt höhere Preise zu erzielen sind. Der seit Mitte 1984 angelaufene Erzabbau beschränkt sich auf die Goldförderung. Die Regierung von Papua-Neuguinea verlangt dagegen unter dem Druck der Auslandsverschuldung, daß mit dem Kupferabbau sofort begonnen wird. Sie hat den Konzernen gedroht, den Konsortialvertrag umgehend zu kündigen, damit die Goldkuppe von Ok Tedi noch nicht völlig ausgebeutet ist, falls die Regierung andere Interessen für das Projekt gewinnen kann.

Bei der Erschließung der Mine haben die Konzerne außerdem alle Umweltschutzvorschriften außer Acht gelassen. Im Sommer ordnete die Regierung zweimal vorübergehend den Stopp des Erzabbaus an; einmal hatte die Betriebsleitung Zyankalilauge in den Fluß Ok Tedi abgelassen, und bei einem Sturm gingen Fässer mit 270 t Natriumzyanid verloren.

Quellenhinweis: FAZ, 17.1.85; Asia Yearbook, div. Ausgaben – (wom)

Republik Kanaky/Frankreich AUSBAU DES MILITÄRS – ROHSTOFFSICHERUNG

Am 23. Januar hat die französische Nationalversammlung mit der Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten die Verlängerung des Ausnahmezustandes bis Ende Juni für die Republik Kanaky bzw., wie es in der Verordnung heißt, Neukaledonien beschlossen. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialistischen Partei (PS) begründete dies mit der Notwendigkeit, "Frankreichs Platz in einer strategisch wichtigen Zone des Globus zu sichern". Staatspräsident Mitterrand hatte tags zuvor gegenüber dem Präsidenten der Provisorischen Regierung Tjibaou seine "Sympathie für die Perspektive der Unabhängigkeit" ausgedrückt, jedoch gleichzeitig gewarnt: "Wenn Sie französischen Interessen antasten, haben Sie mich zum direkten Gegner."

Zwei Dinge wird er vor allem gemeint haben: die Sicherung der Ausbeutung der Rohstoffe und die weitere militärische Präsenz. Seit Anfang des

Jahrhunderts hat das französische Kapital über die SLN, die Nickelgesellschaft, die Produktion und Förderung von mineralischen Rohstoffen auf Neukaledonien beherrscht, Milliardenprofite sichern können. Und während die Chromvorkommen heute aufgrund immensen Raubbaus erschöpft sind – Anfang des Jahrhunderts war Neukaledonien erster Weltchromlieferant – liegt das Land in der Nickelproduktion nach Kanada und den UdSSR an dritter Stelle und beherbergt mindestens ein Drittel der (erforschten) Weltvorräte. Nickel, das v.a. für Legierungen, zur Härtung anderer Metalle verwandt wird, ist trotz erheblichen Preisverfalls auf dem Weltmarkt in den Jahren 82/83 immer noch einer der teuersten mineralischen Rohstoffe mit einem Preis von ca. 2300 Pfund/Tonne und macht mit rund 36000 Tonnen 1984 weit über 80% des Exportwertes Neukaledoniens aus. Für die Zukunft erwartet das französische Kapital wachsende Profite vor allem aus der Ausbeutung der vermuteten riesigen Vorkommen von Nickel, Chrom und Mangan am Meeresboden dieser Pazifikregion. Die 1983 abgeschlossene Restrukturierung der SLN in finanzieller wie technologischer Hinsicht – 70% der Anteile wurden von der staatliche Gesellschaft für Forschung und Öktivitäten übernommen – soll dafür günstige Bedingungen schaffen.

Im Moment muß die Bourgeoisie ihre Pläne allerdings als gefährdet betrachten, da die wichtigsten Minen in Thio und Kouaoua in Folge des Kampfes für Unabhängigkeit geschlossen sind und die FLNKS als Mindestbedingung der Wiedereröffnung Verhandlungen mit ihren lokalen Komitees über die Einstellung von mindestens einem Drittel Melanesiern verlangt. (Gegenwärtig beträgt der Anteil 19%, darunter nur ein Ingenieur.)

Ebenso hat sich die Befreiungsbewegung gegen den Ausbau der französischen Militärpräsenz in der Region ausgesprochen, wie sie Mitterrand kürzlich ankündigte. Die französische Bourgeoisie, die ca. 42 Mio. US-Dollar jährlich für militärische Zwecke im Pazifik aufwendet, sieht hingegen durch eine mögliche Unabhängigkeit ihre Stützpunkte und ihr strategisches und atomares Zentrum auf dem Muro-roa-Atoll gefährdet sowie ihre Position in diesem Raum v.a. gegenüber Australien bedroht. Die Verlängerung des Ausnahmezustandes und der eindeutige Bodengewinn der Reaktion in der innerfranzösischen Auseinandersetzung um eine wirksame Taktik gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung machen eine erneute Verschärfung des Kampfes für eine unabhängige Republik Kanaky wahrscheinlich.

Quellenhinweis: l'Humanité, le Monde, Far Eastern Economic Review – (pel)

Palästina

GEMEINSAME FRONT ODER BEFRIEDUNG

Im November 1984 tagte in Jordanien der Palästinensische Nationalrat. König Hussein schlug dort der PLO eine gemeinsame Verhandlungsstrategie vor: Auf Grundlage der UN-Resolution 242 solle eine internationale Nahost-Konferenz angestrebt werden. Wenig später erhielt Hussein für seine Rede vor der ägyptischen Nationalversammlung starken Applaus, als er die Vereinbarungen von Camp David (Friedensvertrag Israel/Ägypten, Rückgabe des Sinai, "Autonomieplan" für die besetzten palästinensischen Gebiete) scharf kritisierte. Mubarak dankte der PLO für die Erklärung, daß



Mubarak

Ägypten eine Kraft für die arabische Nation sei. Unübersehbar arbeiten Jordanien, Ägypten und die PLO daran, daß Ägypten wieder Vollmitglied in der Arabischen Liga wird, aus der es 1979 wegen Camp David ausgeschlossen wurde.

Gleichzeitig finden wieder Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel statt, die seit der Libanon-Invasion 1982 auf Eis lagen, und zwar nicht nur über die Hotels in Taba. Mubarak hat weitere Themen auf die Tagesordnung gesetzt, von deren Behandlung er die von Israel angestrebte "Normalisierung" der Beziehungen abhängig macht: Ein konkreter Abzugsplan aus dem Südlibanon und der Status des Westjordanlandes, Ostjerusalems und des Gazastreifens. Zwar gibt sich Peres als Verhandlungspartner gegenüber den Arabern nicht ganz so schroff wie sein Vorgänger Begin, doch auch er denkt nicht daran, die militärische, politische und wirtschaftliche Kontrolle über die besetzten Gebiete aufzugeben, sondern wird eventuell eine neue Variante von "Autonomie" auf-tischen oder die "jordanische Alternative" – die zionistische

Betrachtungsweise von Jordanien als einem bereits existierenden palästinensischen Staat.

Um von den Camp-David-Vereinbarungen abtrüben zu können, liebäugelt Ägypten jetzt mit einem alternativen Verhandlungsweg: Eben jene internationale Konferenz unter Beteiligung aller betroffenen Staaten sowie der USA und der SU auf der Grundlage der von allen außer der PLO akzeptierten UN-Resolution 242, die nach dem Juni-Krieg 1967 die Rückgabe von "Territorien" forderte, einen endgültigen Friedensvertrag zwischen Israel und den arabischen Staaten und eine Regelung des "Flüchtlingsproblems" – gemeint sind die Palästinenser. Dazu braucht Ägypten, genauso wie Jordanien, aber das Verhandlungsmandat der PLO. Die PLO hat bereits signalisiert, daß sie bei einer Nachbesserung der Resolution 242 um die Anerkennung der PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte die ablehnende Haltung aufgeben könne. Aber schon auf der jetzigen Grundlage sind Israel und die USA kaum verhandlungsbereit. Hussein und Mubarak haben deshalb bereits mehrere Reisen in europäische Hauptstädte (Bonn, Paris und London) unternommen.

Umgekehrt besuchte Bundespräsident von Weizsäcker soeben Jordanien und Ägypten, Brandt führte in Israel auch Gespräche mit arabischen Politikern und mit Bürgermeister Freij vom Westjordanland. Alle alten Lösungsvorschläge und Pläne sind wieder im Gespräch. Zu erwarten ist auch verstärkter Druck auf die PLO, weitere Positionen aufzugeben und sich unter dem Druck der "politischen Geographie" (gemeinsame Grenzen Westjordanland/Jordanien und Gazastreifen/Ägypten) letztlich nur noch auf die "Verbesserung" der Lage in den besetzten Gebieten zu konzentrieren.

Quellen: div. Ausgaben Neue Zürcher Zeitung, Palästina-Bulletin – (bar)

Bolivien

HEFTIGE KÄMPFE DER ARBEITERBEWEGUNG

Die bolivianische Arbeiterbewegung führt heftige Kämpfe gegen die einheimische Bourgeoisie und die imperialistische Einmischung. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes COB (Zentrale Arbeitervereinigung Boliviens) hat erklärt, daß der bewaffnete Kampf für die Arbeiter und Bauern kaum zu umgehen sei, nachdem erneut ein reaktionärer Putschversuch aufgedeckt wurde. Der COB hat seit dem 19. Januar zu einem unbefristeten Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaften verlangen von den Kapitalisten die Auszahlung einer be-

reits vereinbarten Lohnerhöhung von 800% in den nächsten drei Monaten. Weil die Inflation 1984 über 2000% betrug, führt der COB dreimonatlich Tarifverhandlungen. Die Kapitalisten wollen die Löhne real senken, sie wollen nur eine Erhöhung von 200% zahlen. Dem Streik haben sich alle Industrien, die Bergarbeiter in den Zinnminen, der zum COB gehörende Landarbeiter- und Bauernverband und die Gewerkschaften der Privat- und Bankangestellten angeschlossen.

Die bürgerliche Regierung unter Siles Zuazo hatte vor zwei Jahren im Bündnis mit dem reformistischen MIR (Linksrevolutionäre Bewegung), der Kommunistischen Partei Boliviens und dem COB das Militärregime stürzen können. Als eine der ersten Maßnahmen hatte die Regierung alle Zins- und Schuldentilgungszahlungen an ausländische Gläubiger eingestellt und erklärt, sie wolle durch ein eigenes Wirtschaftsprogramm die Schuldentilgung sichern. Der Internationale Währungsfonds hat seither alle Kredite verweigert. Er verlangt die Streichung aller staatlichen Lebensmittelsubventionen, einen Lohnstopp,

die Entlassung von 100000 der ca. 200000 Beschäftigten im Staatsdienst, die völlige Freigabe des Wechselkurses und sofortige Wiederaufnahme der Zinszahlungen. Das Programm würde einen völligen Preisverfall für Zinnerz bewirken, eines der Hauptexportprodukte Boliviens.

Die Regierung Zuazas verbündete sich unter dem Druck des IWF mit den einheimischen Kapitalisten gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung. Sie lehnte die Forderung des COB nach einem gesetzlichen Mindestlohn mit regelmäßiger Anpassung an die Inflation ab und beseitigte die gesetzliche Inflationsanpassung der Löhne. Sie ergriff keinerlei Maßnahmen zur Änderung der Monostruktur der Landwirtschaft, so daß immer noch knapp 50% der bolivianischen Bauern Coca anbauen müssen und Nahrungsgetreide zu 90% importiert wird. Der COB hat daraufhin die Regierung verlassen, wie inzwischen auch MIR und die Kommunistische Partei.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 21.1.; Süddeutsche Zeitung, 19.1.; Lateinamerika-Nachrichten 130, 131, 132 – (uld)

VR China

JETZT DAS GROSSE BAUERNLEGEN?

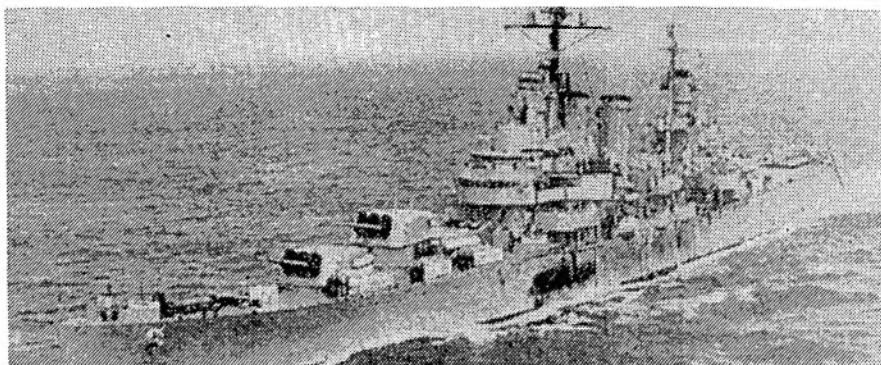
Nach einer im Oktober veröffentlichten chinesischen Untersuchung haben sich die landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1978 bis 1983 mehr als verdoppelt: 1978 betrug das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt 133,6 Yuan Renminbi im Jahr (einschließlich Naturaleinkommen), 1983 309,8 Yuan. Preisbereinigt betrug der Anstieg 98,5%. Nach den vorliegenden Daten hat sich diese Entwicklung 1984 fortgesetzt. Die Agrar-

produktion wuchs von 1979 bis 1983 um durchschnittlich 7,9% gegenüber 3,2% in dem Zeitraum von 1953-1978.

Die KP Chinas wertet das Wachstum der Agrarproduktion wie der bäuerlichen Einkommen als Beweis für den durchschlagenden Erfolg der Landwirtschaftsreformen, deren wichtigster Bestandteil die Auflösung der Volkskommunen und die Rückkehr zur bäuerlichen Familienproduktion ist. Zweifel sind angebracht: Die De-



Innerhalb von nur 15 Jahren will die KP Chinas ca. 250 Mio. Bauern zum Aufgeben bringen; sie sollen künftig vor allem in der ländlichen Industrie Arbeit finden.



Am 2. Mai 1982 versenkte ein britisches U-Boot völkerrechtswidrig den argentinischen Kreuzer "Admiral Belgrano". Die "Belgrano" war mit 1050 Mann an Bord, die meisten Kadetten zur Ausbildung, auf dem Weg in den Heimathafen und weit entfernt von der "Ausschlußzone", die die britischen Imperialisten zu Beginn des Malwinenkrieges um ihre Kolonie erklärt hatten. Mehrere hundert argentinische Soldaten starben als Folge des Sinkens der "Belgrano". Wegen Geheimnisverrats steht seit zwei Wochen Clive Ponting, ein hoher Beamter des britischen Verteidigungsministeriums, in London vor Gericht. Er hatte einem führenden Labour-Abgeordneten ein Dossier über die Versenkung geschickt, die seiner Ansicht nach vollständig legitim war, nachdem sein Minister in dieser Sache bewußt das Parlament belogen hatte. Zu den Merkwürdigkeiten der "Belgrano"-Versenkung gehört, daß just das Logbuch des U-Boots "Conqueror" verloren ging, das die fragliche Zeit abdeckt. Zur Deckung der Kriegsverbrecher vor weiteren Enthüllungen soll Ponting verurteilt werden. - (hef)

PHELPS DODGE: GEWERKSCHAFTSVERTREIBUNG

Die US-Kapitalisten des Kupfer-Konzerns Phelps Dodge haben in vier ihrer bestreikten Betriebe in Arizona Abstimmungen durchführen lassen, um den Gewerkschaften die Berechtigung zu nehmen, die Belegschaften zu vertreten. Seit anderthalb Jahren führen die Belegschaften gegen die Lohnsenkungsforderungen der Kapitalisten den Streik. Auf Grund eines Beschlusses der US-Bundesarbeits-Aufsichtsbehörde hatten die Kapitalisten erreichen können, daß nur die neu eingestellten Streikbrecher abstimmen durften. Die Abstimmung verlief daher mit 1908 zu 87 Stimmen gegen die Gewerkschaften, die den Streik orga-

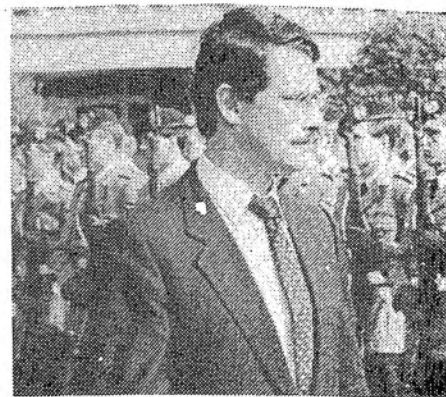
nisieren. In El Paso, Texas, war eine Abstimmung zuvor ähnlich verlaufen. - (gba)

TÜRKEI: 30 TODESSTRAFEN GEGEN KURDEN GEFORDERT

Mehrere Monate nach dem Beginn der großangelegten Militäroperationen türkischer Truppen in Türkisch-Kurdisten hat vor dem Militärgericht in Diyarbakir am 21.1. der erste Prozeß gegen bei diesen Aktionen verhaftete Kurden begonnen. Insgesamt 84 Kurden aus verschiedenen Organisationen sind angeklagt. Gegen 30 der Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft wegen "Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande" die Todesstrafe verlangt, gegen 33 Angeklagte je zehn Jahre Haft. - (rül)

ÖSTERREICH: MINISTER EMPFÄNGT KRIEGSVREBRECHER

Auf Drängen der österreichischen Regierung hat Italien den SS-Sturmbannführer Reder begnadigt und am 24.1.85 nach Österreich ausreisen lassen. Reder ist Verantwortlicher für ein Massaker an 1830 Bewohnern des italienischen Dorfes Marzabotto im Herbst 1944. Im Herbst 1945 wurde er in Italien vor Gericht gestellt und zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war seit 1932 Mitglied der SS und der "Österreichischen Legion", die den Einfall in Österreich plante. Dafür wurde ihm die Staatsbürgerschaft aberkannt, die ihm erst in den 50er Jahren wieder verliehen wurde. Verteidigungsminister Frischenschlager (FPÖ) ließ es sich jetzt nach Absprache mit Außenminister Gratz nicht



nehmen, Reder persönlich zu empfangen und nach Wien ins Militärkrankenhaus zu begleiten. In der Regierung war dies umstritten. Einige SPÖ-Minister drohten mit Rücktritt. Gegen einen Mißtrauensantrag der ÖVP sprachen sich aber alle Regierungsglieder am 1.2. für den Verbleib Frischenschlagers im Amt aus. - (rua)

kollektivierung hat die Bauernfamilien dazu gezwungen, alle verfügbaren Arbeitskräfte - oft einschließlich der schulpflichtigen Kinder - für die Familienproduktion zu mobilisieren und den Arbeitstag zu verlängern, weil die bislang von den Kollektiven übernommenen Verpflichtungen für die Existenz der Bauernfamilien zunehmend beseitigt werden. Die durch vermehrte Verausgabung von Arbeitskraft erzielten Wachstumsraten sind längerfristig nicht haltbar; dazu bedarf es weiterer Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte in der chinesischen Landwirtschaft. Damit ist aber auch die These der KPCh falsch, daß Dekollektivierung und Reprivatisierung der Landwirtschaft sozusagen automatisch eine langfristige Steigerung der Erträge bewirken.

Außerdem ist das rasche Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Jahren zum erheblichen

Teil auch Resultat großer Investitionen in den 70er Jahren zur Verbesserung der Produktionsbedingungen: Das Bewässerungssystem wurde weiter ausgebaut, die Kapazitäten der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen wurden gesteigert, und in den letzten Jahren nahmen zahlreiche neue Düngemittelfabriken die Produktion auf. So erntet die gegenwärtige Führung der KPCh die Lorbeeren für die gewaltigen Anstrengungen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die noch unter Mao Zedong und im Rahmen der Volkskommunen eingeleitet worden sind.

Ein künftiges Wachstum der Agrarproduktion setzt allerdings weitere Investitionen zur Steigerung der Flächenproduktivität und der Pro-Kopf-Produktivität voraus. Chinesische Wissenschaftler beziffern das nötige Investitionsvolumen in den nächsten 15 Jahren auf ca. 250 Mrd. \$, ein-

schließlich der Investitionen für die Entwicklung der ländlichen Industrie. Wesentliche Schranken dabei sind die Arbeitsintensität der gartenbauähnlich betriebenen chinesischen Landwirtschaft und die familiäre Kleinproduktion: Drei Arbeitskräfte bearbeiten in China einen Hektar Land, in Indonesien dagegen durchschnittlich 1,6 und in Indien nur eine Arbeitskraft. Deshalb folgert Lu Wen, Wissenschaftler am Nationalen Forschungszentrum für landwirtschaftliche Entwicklung in Peking, daß zur langfristigen Steigerung der Agrarerträge die Steigerung der Arbeitsproduktivität unerläßlich ist und daß daher in den nächsten 15 Jahren etwa 70% der 300 Mio. Bauernfamilien die landwirtschaftliche Produktion aufgeben müssen. Im Jahr 2000 soll es nach den Planungen der KPCh nur noch etwa 90 Mio. Bauernfamilien geben; 40% aller Arbeitskräfte auf dem Lande sollen dann in Industrie und Handel arbeiten,

NATOPLÄNE DER SPANISCHEN REGIERUNG

Auf einer Pressekonferenz hat die Regierung Gonzales jetzt die Pläne für ihre NATO-Kampagne bekannt gegeben. Um zu verhindern, daß die Regierung ein NATO-Referendum 1986 verliert, soll zunächst ein 10-Punkte-Pakt aller Parteien geschlossen werden. Weiter soll der "unauflöslliche" Zusammenhang zwischen einer NATO- und EG-Mitgliedschaft propagiert werden. Schließlich soll ein spanischer Austritt aus der NATO als eigensüchtige Gefährdung ganz Europas ausgemalt werden. — (chc)

KANADISCHE ARMEE WIRD AUFGERÜSTET

Die neue konservative Regierung von Kanada unter Ministerpräsident Mulroney macht sich mit Elan an die Erstellung reaktionärer Pläne bis zum Jahr 2000. Derzeit arbeitet man im Verteidigungsministerium an einem Weißbuch über den Aufbau der kanadischen Armee in den nächsten 15 Jahren. Der Verteidigungsminister Robert Coates gab kürzlich seine Absicht bekannt, den Bestand der Streitkräfte von derzeit 82000 auf 90000 Mann und den der Reservetruppen von 20000 auf 50000 Mann zu erhöhen. Das Kapitalistengremium "Business Council on National Issues" (deutsch etwa: "Geschäftsverband zu nationalen Fragen"), der in der Regel die Sparsamkeit der öffentlichen Hand verlangt, fordert eine noch weitergehende Aufrüstung, nämlich auf 115000 Mann unter Waffen plus 86000 Reservisten. Ferner wird gefordert, die Kampfbereitschaft der in der BRD und in Norwegen stationierten kanadischen NATO-Truppen zu steigern, die Zahl der kanadischen Soldaten in Europa auf 13000 zu verdoppeln und

den Verteidigungshaushalt von derzeit 3% realer jährlicher Steigerung auf 6% hochzutreiben. Das dürfte den US-Forderungen etwa entsprechen. (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 24.1. — mfr)

USA ERHÖHT MILITÄRHILFE FÜR ISRAEL

Während in Israel ein um 2 Mrd. Dollar auf 23 Mrd. Dollar gekürzter Haushalt 1985/86 verabschiedet wurde sowie weitere drastische Maßnahmen gegen die Bevölkerung (z.B. Aufhebung der Subventionen auf Güter des täglichen Bedarfs, Verlängerung eines modifi-

zierten Lohn-Preis-Stopps um acht Monate), reiste Verteidigungsminister Rabin nach Washington, um die Hände aufzuhalten: 1,8 Mrd. Dollar an nicht rückzahlbarer Militärhilfe für das Jahr 1986 — eine Erhöhung allein dieses Teils der amerikanischen Militärhilfe an Israel um 400 Mio. Dollar. Für 1986 bis 1988 hat Israel angeblich Militär- und Finanzhilfe in Höhe von 12 Mrd. Dollar gefordert, die nicht zurückgezahlt werden sollen. Mit einer beantragten wirtschaftlichen Soforthilfe von 800 Mio. Dollar konnte Rabin "vorerst" nicht heimreisen. — (bar)



Am 26. Januar ist Papst Wojtyla zu seiner 25. Auslandsreise aufgebrochen. Er will nach Venezuela, Ekuador, Peru und Trinidad. Die Reise soll insbesondere dazu dienen, die vom Heiligen Stuhl begonnene Auseinandersetzung mit Vertretern der "Theologie der Befreiung" fortzusetzen und reaktionäre Positionen in der katholischen Kirche zu befestigen. Entsprechend groß ist die Aufmerksamkeit der Imperialisten für die Reise. Gleich in seiner ersten Predigt in Venezuela mahnte Wojtyla am 26. Januar die venezolanischen Bischöfe zu scharfem Vorgehen gegen Vertreter der "Theologie der Befreiung": "Ihr wißt sehr wohl, daß es heute leider nicht an Leuten fehlt, die unter Mißbrauch des empfangenen Lehrauftrages der Kirche nicht die Wahrheit Christi, sondern ihre eigenen Theorien verkünden ... auf der Suche nach einer illusorischen Befreiung, die weder die der Kirche noch die des wahren Wohles des Menschen ist." Aufgabe der Kirche sei es, "ohne Nachteil für die legitime Autonomie der irdischen Wirklichkeiten — die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen." Bild: Ankunft in Peru. — (rül)

20% in Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischerei. Etwa 10% — immerhin 30 Mio. Bauern — sollen dann in den großen Städten Arbeit finden, vorzugsweise im Bausektor, der schon heute seine Arbeitskräfte zum erheblichen Teil aus den Landgebieten rekrutiert — mit Zeitverträgen und zu Niedriglöhnen.

Diese gewaltige Umwälzung in den chinesischen Landgebieten will die KPCh weitgehend durch ökonomische Mittel — durch die Spezialisierung der bäuerlichen Produktion und einen Auslese- und Konzentrationsprozeß — erreichen. Dieser Prozeß ist bereits in Gang gesetzt: Vor zwei Monaten kündigte die KPCh an, die Subventionierung der staatlichen Aufkaufpreise für Getreide zu streichen angesichts der Tatsache, daß die Getreideproduktion rapide gestiegen ist. Das muß zwangsläufig dazu führen, daß von den bäuerlichen Familienbetrieben, die Getreide produzieren, nur die Produ-

zenten überleben, die kostengünstig produzieren — weil sie über billige Arbeitskräfte verfügen oder durch Zupachtung von Land schon die Vorteile der Großproduktion nutzen können. Gegenwärtig produzieren die Bauernfamilien, die Getreide anbauen, gerade 30% der Ernte für den Markt; d.h. nach wie vor ist die Subsistenzproduktion vorherrschend. Der Druck auf die Ankaufpreise für Agrarprodukte, verbunden mit dem Zwang zur Spezialisierung, macht die bäuerliche Familienproduktion vollends von der Entwicklung der Marktpreise abhängig. Der Zwang zur Spezialisierung — d.h. zur Produktion ausschließlich für den Markt — wird von den formell noch existierenden Kollektiven bei der Verteilung bzw. Neuverteilung des Landes auf die Bauernfamilien und über die dabei vertraglich festgelegten Produktionsschwerpunkte ausgeübt. Dieses Bauernlegen wird damit erklärt, daß die "Fähigeren" übrig blei-

ben sollen.

Diese Umwälzung in den nächsten 10-15 Jahren muß zu einer scharfen Klassenpolarisierung in den Landgebieten und zu einer Verelendung großer Teile der Landbevölkerung führen. Denn der notwendige Prozeß der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und des weiteren Aufbaus der ländlichen Industrie soll ausschließlich über den Markt bewirkt werden. Eine Sozialversicherung für die Landbevölkerung gibt es nicht, und die bislang existierende minimale Existenzgarantie durch die Kollektive ist weitgehend abgebaut. Es entsteht damit ein ländliches Proletariat, das der extremsten Ausbeutung unterworfen werden kann.

Quellenhinweis: Far Eastern Economist Review, 13.12.84; Li Chengrui, Zhang Zhongli: New Changes in the Livelihood of the Chinese People, in: Honqui, 21.10.84 — (wom)

URTEILE IM KÜHNEN-PROZESS

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Frankfurt hat den Führer der seit Dezember 1983 verbotenen faschistischen ANS/NA Michael Kühnen zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt. Sein Stellvertreter A.H. Marx erhielt eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren. Damit blieb das Gericht nicht nur weit unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafen, sondern verrechnete zudem schon vorher rechtskräftige Urteile in die Strafe mit ein. Kühnen hatte in seinem Schlußwort erklärt, wenn es verfassungsfeindlich sei, die NSDAP als Neugründung zu wollen, dann sei es ebenso verfassungsfeindlich, die DKP als Nachfolge-Partei der KPD zuzulassen. Diese Behauptung wurde ihm vom Gericht nahegelegt. Grundlage für das Urteil sind nämlich die Paragraphen 86 und 86a, welche "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen" und "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" unter Strafe stellen. Die Urteilsbegründung greift die faschistische Propaganda nur soweit an, wie sie verfassungsfeindlich ist und nicht wegen des geltenden NSDAP-Verbots. Die VVN kritisiert das Urteil deshalb zu recht: "Das Gericht verhielt sich so, als hätte es das Nürnberger Urteil und die Alliierten Kontrollratsgesetze zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus nie gegeben". — (clm)

VVN ZUR NATIONALEN FRAGE

Hildesheim. Im Zentrum der Veranstaltung der VVN zum 52. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung stand die Diskussion der nationalen Frage. Im Referat zum Thema Berufsverbote wies U. Paulus darauf hin, daß die Gerichte zunehmend auf das Peters-Urteil zurückgreifen und dem darin angewandten KPD-Verbot. Im Referat zur Frage der Aktionseinheit der Antifaschisten wurde der 2. Weltkrieg als imperialistische Neuordnung Europas eingeordnet. Übereinstimmung herrschte unter den Teilnehmern in der Verurteilung der von der Bundesregierung mit Nachdruck betriebenen Propaganda gegen die durch ihre Befreiung vom Faschismus gezogenen Staatsgrenzen. Die ideologischen Grenzprovokationen von CDU/CSU, Faschisten und revanchistischen Verbänden wurden abgelehnt. In diesem Zusammenhang war die Unterschätzung der treibenden Rolle der BRD in der Mittelstreckenraketenrüstung zum Zwecke der "Neuordnung Europas" seitens der Veranstalter völlig unverständlich. Deutscher Nationalismus jeglicher Färbung stört den Aufbau einer antifaschistischen Aktionseinheit. — (wop)

Aktionen zum 30. Januar 1985

ANTIFASCHISTISCHE WOCHE 26.1. — 3.2.85

Hamburg. Auf einen Aufruf hatten sich geeinigt: Volksfront, KPD, FAU, BWK, KB, Gruppe Junger Anarchisten, Antifa-Gruppen aus Harburg, Langenhorn, Winterhude, der Hafenstraße und der Gewerbeschule Bergedorf, Anti-NATO-Gruppe, Blockade-Plenum, Friedensinitiative Flughafen. Der Aufruf hält fest: Unterstützung des türkischen Militärregimes durch die BRD — verstärkte Kriegsvorbereitung und lauter werdende Rufe nach einer Revision der Grenzen — Angriffe auf breiter Front gegen Arbeitsschutz und Kampfrechte der Arbeiterklasse — Verschärfung des Demonstrations-

rechts und Polizeiausrüstung — Isolationsfolter gegen Gefangene und Kriminalisierung der Unterstützung des Hungerstreiks — Förderung von Nazi-banden durch die Regierungen — Ausländerhetze und Vorbereitung der Verschärfung der Ausländergesetze. "Angesichts dieser Tatsachen sehen wir... die Notwendigkeit, den Widerstand gegen die reaktionäre Entwicklung in der BRD zu entfalten." (Aufruf) Während der Woche wurden 14 Veranstaltungen und eine Kundgebung durchgeführt. Es kamen jeweils zwischen 30 und 100 Personen. Die Volksfront führte ein Seminar zur Rolle der Mittelschichten 1933 und zusammen mit dem Arbeiterverein Kurdistan eine Veranstaltung gegen den Rassismus durch. Themen anderer Veranstaltungen: "Vernichtung durch Arbeit", Widerstand 1933-45, Neofaschismus. — (ana)



Kiel, 30.1.85. An der Kundgebung und Demonstration, zu der Volksfront, KPD, BWK, MLPD, FAU/R, Autonome Gruppe, AK Ausländer und AK Asche-Prozeß aufgerufen hatten, beteiligten sich ca. 200 Leute. Forderungen gegen Ausländerhetze und Neofaschismus wurden erhoben sowie solche, die sich anläßlich des Hungerstreiks gegen Isolationshaft und Folter wandten.

DER ARBEITERBUND ZUR REVANCHISMUSKAMPAGNE

München. Die CSU hat auf ihrem Parteitag im Oktober 1984 einige Beschlüsse gefaßt zur organisierten Durchführung einer revanchistischen Kampagne gegen die osteuropäischen Länder und die Sowjetunion. Auf Antrag der Jungen Union Bayern hat der Parteitag beschlossen,

"daß jeder bayerische Schüler während seiner Schulzeit im Rahmen einer mindestens einwöchigen Schulfahrt die DDR besucht." In der Begründung heißt es: "Man würde sehen, daß Deutschland nicht bei Hof aufhört und die Menschenverachtung und Unmenschlichkeit des Kommunismus und realen Sozialismus vor Augen geführt bekommen."

Gegen diese Versuche zur Mobilisierung von Freiheitskämpfern wenden sich die meisten sozialistischen Organisationen in München. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD hat z.B. das Treiben der Reaktion an-

läßlich des "Volkstrauertages 1984" mit einer Aktion zur "Anerkennung der DDR" gestört. Dennoch vertritt der Arbeiterbund in dieser Frage eine Position, die der Reaktion Einfallstore offen läßt. So wird das "Recht auf Selbstbestimmung und Einheit" betont mit der Begründung, daß dies allen Völkern zusteht, für "die Sache der Nation" soll sich die Arbeiterbewegung erwärmen und hierzu einen "Friedensvertrag zwischen den Siegermächten und den beiden deutschen Staaten" einfordern. Auf dieser Grundlage will der Arbeiterbund dann auch nicht "die deutsche Sache einem Strauß und seinen Geldgebern" überlassen, sondern als tatsächlicher Kämpfer für "die deutsche Nation" und "die deutsche Sache" anerkannt werden. Die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen haben keine "deutschen Sachen" zu klären. Vielleicht lassen sich mit dem Arbeiterbund in der Vorbereitung des 8. Mai 1985 einige aufgeworfene Fragen klären. — (dil)

Neofaschismus/Ausländerhetze

ZWEI VERSUCHE IN KIEL, DER "RASSENFRAGE" EINE MASSENBASIS ZU SCHAFFEN

Kiel. "Es gibt Zeitgenossen, denen es recht wäre, wenn Türken, Neger, Asiaten, über unser Schicksal (mit-)bestimmen. ... denen es recht wäre, wenn Deutsche in Deutschland allmählich durch steten Zustrom nachwuchsfreudiger Ausländer zur Minderheit würden. ... Wenn auch du so denkst, erweist du den Ausländern keinen Gefallen. Denn du förderst die wachsende Abneigung Deutscher gegen Ausländer im Lande! Wenn auch du so denkst, bist du ein Inländerfeind; denn du zerstörst die Zukunft deines eigenen Volkes!" So beginnt ein Hetzflugblatt der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", das jüngst durch die Post an Haushalte im Kieler Innenstadtbereich verteilt wurde.

Seit Ende 1981 gibt es diesen Rassenverein, der durch sein spektakuläres Wahlergebnis 1982 bekannt wurde. Ihr Wahlprogramm schrieb die KLA aus dem Programm der NSDAP, Punkt 4 und 5, ab: "Die Gastarbeiter müssen Gäste bleiben. Sie genießen Gastrecht, nicht aber staatsbürgerliche Rechte, die nur dem deutschen Volke zustehen." Trotz dieser klar faschistischen Programmatik bemüht sich die KLA um Distanz, nur wenige Mitglieder dieses Vereins sind aus einschlägigen Nazi-Organisationen bekannt.

Speziell um die rassistische Verhetzung der Jugend bemüht sich die Schülerzeitung "Lisbeth". Waren die ersten Ausgaben noch herausgegeben vom "Bund heimattreuer Jugend", so zeichnet jetzt ein "Arbeitskreis Lisbeth" unter Federführung eines "Henning Neiberg" (= Greppien) verantwortlich. Derselbe Nazi gibt auch die Braunschweiger Schülerzeitung "Oskar" heraus. In einer (angegebenen) Auflage von 5000 Exemplaren wurde dieses Blatt 1984 in zwei Ausgaben an

Kieler Schulen verteilt. Eine Rubrik dieser Zeitung ist überschrieben "Nachrichten von der Überfremdungsfrent", wobei es sich offensichtlich um einen Nachdruck, anscheinend aus der "Nation Europa", handelt. Ein anderer Artikel ist übernommen aus dem Nazi-Nachrichtendienst "Unabhängige Nachrichten". In einem Diskussionsbeitrag des "Weltbundes zum Schutz des Lebens", eines 1958 von einem ehem. Funktionär von "Kraft durch Freude" gegründeten Vereins, zur "Ausländerdiskussion" werden "Gastarbeiter als ökologisches Problem" bezeichnet.

Gegen diese Propaganda gab es verschiedentlich Proteste: So konnte eine Veranstaltung der KLA im Juni 1984 verhindert werden, einige Exemplare der "Lisbeth" wurden von Schülern des Ernst-Barlach-Gymnasiums vor den Augen der Verteiler verbrannt, was zu einem Aufheulen in der nächsten Nummer der "Lisbeth" führte: Sie bezeichnete dies als "Bücherverbren-

nung" und zog frech den Vergleich zu "1934". Daß es andererseits Menschen gibt, die für rassistische Hetze empfänglich sind, beweisen einige Leserbriefe von Schülern in der zweiten Ausgabe der "Lisbeth": "Wir haben in der Schule über 'Integration' gesprochen. Da waren ... Eure Zeitungsartikel über das Ausländerproblem eine astreine Hilfe." Aber auch andere haben eine Schwäche für dergleichen: Die Oberpostdirektion drohte einem Zusteller, der sich weigerte, die KLA-Hetzschrift zu verteilen, die Kündigung an. Der RCDS bezeichnete, nachdem der Juso-AStA einige Exemplare, die u.a. auch an der Uni verteilt worden war, eingesammelt hatte, dies als "Zensur" und den "eigentlichen Skandal" und - druckte das Flugblatt als "Dokumentation" in einer eigenen Broschüre nach. Dabei behauptete er, ein "normal begabter Mensch" könne die Hetze der KLA "als plumpe Billig-Propaganda abtun" und "die Gefahr, daß jemand auf das Pamphlet hereinfällt, besteht eventuell auf einer Hilfsschule - nicht aber an unserer Universität!"

Quellen: Div. Antifa-Arbeitskreise: "Massenbasis mit der Rassenfrage?", Lübeck 1983, "Lisbeth" 1, 2/84, Flugblatt der KLA 11/84. - (hap)



Demonstration am 30.1. in Kiel

LANDESREGIERUNG BEHÜTET NAZI

Göttingen. Der Nazi und ehemalige Oberstudiendirektor am Grottefend-Gymnasium in Münden, Karl-Heinz Kausch (vgl. PB 26/84), wird zwar nicht mehr an einer Schule weiterbeschäftigt, ist aber an die niedersächsische Landesbibliothek (NLB) abgeordnet, wo er in der Handschriftenabteilung beschäftigt werden soll. Geradezu aufopferungsvoll legt sich die Landesregierung ins Zeug, um öffentlich zu demonstrieren, daß Nazis und Faschisten ihres Schutzes sicher sein können. Kultusminister Oschatz erklärte, er habe mehrere Versuche unternommen, Kausch im Regierungsbe-

zirk Braunschweig an einem Gymnasium unterzubringen, alle Schulen hätten jedoch abgelehnt. Jetzt fordere er Respekt vor seiner Entscheidung, ihn an der NLB zu beschäftigen. In zwei Personalversammlungen haben die Beschäftigten der NLB mit 146 von 150 Stimmen gegen die Abordnung von Kausch protestiert. In einer Resolution an den Wissenschaftsminister heißt es, "der Bibliothek soll der Schwarze Peter zugeschoben werden". Angegriffen wurden auch die "Sonderbedingungen": Kausch soll die Besoldungsstufe A 15 beibehalten (rund 6000 DM), was mehr wäre als der Leiter der Abteilung verdient und zudem die Möglichkeit erhalten, zu Hause in Münden zu arbeiten. Ledig-

lich kennenlernen müsse er einmal die Handschriftenabteilung. Der Direktor der Landesbibliothek entband Kausch jedoch von seiner Anwesenheitspflicht, sein "persönliches Erscheinen" sei nicht opportun. Das Ministerium fährt jetzt schwere Geschütze auf: "Den Dienst hat er angetreten, auch wenn er nicht erschienen ist". Es sei "die staatsbürgerliche Pflicht" des Personals, Kausch als neuen Beschäftigten hinzunehmen. Aber auch zwei Staatssekretäre auf der zweiten Personalversammlung konnten nichts ausrichten. Der Personalrat der NLB kündigt weitere Personalversammlungen an: "Hier wird sich solange niemand beruhigen, bis diese Entscheidung zurückgenommen ist." - (kek)

Smog-Alarm NRW

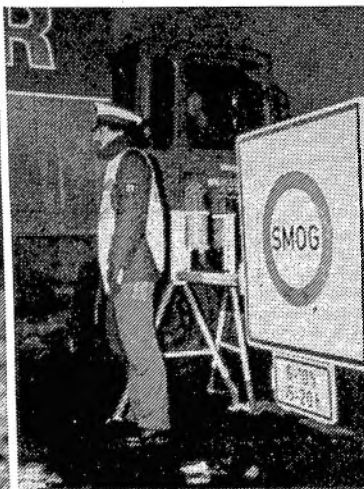
HAUPTSACHE, DIE VERURSACHER DES DRECKS WERDEN NICHT ANGETASTET ...

Essen. Am 17.1.1985 trat die von der Landesregierung erlassene neue Smog-Verordnung in Nordrhein-Westfalen in Kraft. Einen Tag später wurde sie erstmals ausgelöst. Drei Tage lang herrschte im Ruhrgebiet, auf das die Smog-Verordnung beschränkt ist, Ausnahmezustand: Appelle, Warnungen und Fahrverbote mit Straßensperren in drei Stufen gestaffelt. Zwar hat die neue Verordnung, die auf Festlegungen der Bundesinnenministerkonferenz von Ende 1984 beruht, wesentlich niedrigere Auslösewerte als die bisher gültige aus dem Jahre 1974, doch um den Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsschädigung geht es zu allerletzt.

Bundesweit gehen 80% der Schwefeldioxidbelastung und rund 40% der Stickoxide auf Großfeuerungsanlagen

trieb reduzieren, 72 durften weiterhin ungehindert ihren Dreck in die Luft blasen.

Hinzu kommt: Nach unwidersprochenen Angaben der "Welt" vom 22.1.1985 haben die Meßwerte von Stickoxid, an dessen Emission Kraftfahrzeuge noch am meisten beteiligt sind, während der Smog-Tage nie die in der Verordnung vorgeschriebenen Grenzwerte erreicht. Deutlich oberhalb der Grenzwerte lagen nur die Schwefeldioxidemissionen. Die trotzdem verhängten Fahrverbote trafen vor allem die Lohnabhängigen. Für ältere Menschen, Kinder, Herz- und Kreislaufkranke, die besonders unter der schlechten Luft litten, hatte die Landesregierung ohnehin nur den Ratsschlag, zu Hause zu bleiben und nicht zu lüften.



Smog-Alarm: Pendler mußten mit völlig überlasteten Straßen- und S-Bahnen vorlieb nehmen, die Straßen waren gesperrt, es gab Zeit- und Lohnverluste für Fehlzeiten. "Dringende" LKW-Transporte konnten mit Sondergenehmigungen passieren.

zurück. Im Ruhrgebiet sind noch eindeutiger die großen Kapitalisten die Verursacher von Dreck und gesundheitsschädlichen Emissionen (siehe Tabelle). Allein das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk stößt jährlich mehr als 700000 t Schwefeldioxid und über 200000 t Stickoxid aus, den größten Teil im Ruhrgebiet.

Kein Wunder, daß der Smog sich erst zum Wochenende und nach Verordnung der Stufe III, in der erst Produktionseinschränkungen vorgesehen sind, langsam auflöste. Doch auch in Stufe III sind Produktionseinschränkungen nur eine "Kann"-Bestimmung – im Gegensatz zum absoluten Fahrverbot für Privatverkehr. Entsprechend sind im Bereich des Gewerbeaufsichtsamtes Duisburg von 433 als stark emittierend eingestuft Anlagen nur 271 kurzzeitig stillgelegt worden, 90 weitere mußten den Be-

Dennoch: Die Kapitalisten melden weitere Ansprüche an. Thyssen hat als Antwort auf Produktionseinschränkungen von Freitag auf Samstag eine Schadenersatzklage gegen die Landesregierung erhoben. Diese Pläne wurden zwar zurückgezogen, aber z.B. die VEW haben ihren "Mehraufwand" vor allem für – in der Verordnung vorgesehenen – stärkeren Einsatz von schadstoffärmeren Brennstoffen wie Gas auf 2 Mio. DM beziffert und öffentlich darauf hingewiesen, daß solche Kosten "auf Dauer" nicht von den Energieversorgungsunternehmen getragen werden könnten.

Die Absicht, die Kapitalisten noch weiter aus der Pflicht zu nehmen, hat auch die CDU deutlich verfolgt. "Mit einer Verschärfung der Smog-Verordnung hat Farthmann vier Monate vor der Landtagswahl nur auf Wählerstim-

Emissionen Ruhrgebiet Mitte

	SO ₂	CO ₂	Staub
Industrie	93,0%	86,6%	83,9%
Haushalte/ Kleingewerbe	6,0%	2,5%	15,1%
Verkehr	1,0%	10,9%	1,0%

SO₂: Schwefeldioxid; CO₂: Stickoxid

men der GRÜNEN geschickt", so ihre Kritik am zuständigen Landesarbeitsminister, dem sie gleichzeitig "Panikmache" vorwarf. Einig sind sich die Landtagsparteien bei aller Manöverkritik, daß an der bisherigen Zielrichtung der Verordnung auf keinen Fall etwas geändert werden soll.

Die nordrhein-westfälischen GRÜNEN kritisieren zwar die Bundesregierung und die Landesregierung wegen "Versäumnissen bei der Entschwefelung der Kraftwerke und der Entgiftung der Chemischen Industrie" und fordern die "Einschränkung der industriellen und Kraftwerks-Kapazität bereits in der Stufe II". Sie wenden sich aber nicht dagegen, daß die Smog-Verordnung vor allem den einfachen Leuten Beschränkungen auferlegt, die zudem nichts nutzen. Zu Recht aber haben viele den Smog-Alarm als Notstandsübung empfunden – ganz im Sinne der "Gemeinschafts"-appelle und ähnlicher Widerlichkeiten der bürgerlichen Politiker und der Presse. – (wof/syb)

Autonomes Zentrum

AZ BRENNT, BZ HETZT

Freiburg. In der Nacht zum 22.01. ist das Autonome Zentrum in Freiburg vollständig abgebrannt. Die Polizei hat eine Woche nach dem Feuer ihre Ermittlungen eingestellt: Es gebe keine Hinweise auf Brandstiftung, wenn gleich man einräumen müsse, daß man nicht alle Einzelheiten habe nachprüfen können wegen der Einsturzgefahr. Die Freiburger Bewegung ist da ganz anderer Ansicht. Der Begriff der "Thermo-Räumung" macht seine Runde, und AZ-Kenner sind einigen Indizien auf der Spur, so der Tatsache, daß das Stockwerk, in dem das Feuer ausbrach, seit langem kaum genutzt wird; daß bei Schließung des AZ allabendlich alle Sicherungen herausgedreht werden außer der Beleuchtung im Erdgeschoß. Nach Augenzeugenberichten soll es die Feuerwehr alles andere als eilig gehabt haben, das Feuer zu löschen. Sie habe vielmehr das Erdgeschoß des AZ unter Wasser gesetzt (damit zerstört) und die umliegenden Häuser vor einer Brandausbreitung geschützt.

Wie dem auch sei, nachweisen läßt sich auf jeden Fall, wer den Nutzen

aus der Angelegenheit zieht. Das AZ war seit 1981 besetzt. Bereits seit Herbst 1984 steht fest, daß das Haus im März geräumt werden sollte. Eigentümerin ist die Universität.

Die aufwendige Räumung entfällt jetzt, die Bewegung hat kein Faustpfand mehr; OB Böhme (SPD) kann darauf bauen, daß seine Spaltungsversuche per "Ersatzangebote" und "Dialogbereitschaft" fruchten, und die Universität kassiert eine Versicherungssumme von mehreren tausend Mark.

Für die richtige Stimmung in der ganzen Auseinandersetzung sorgt seit Monaten das pseudo-liberale Hetzblatt "Badische Zeitung": "Chaoten ohne Resonanz — Eine Niederlage nach der anderen", feierte deren Lokalredakteur Homann den Brand im AZ. Ein isolierter Kern von 40 Chaoten, die als RAF-Sympathisanten einzuordnen seien, sei von der Bewegung übriggeblieben, dazu etwa 200 Mitläufer. Ganze Seiten und Leserbriefspalten werden dem Leichenschmaus vorbehalten. Die Illusion mancher AZ-Bewegter, nach oder durch eine Räumung des AZ oder durch den Brand werde die Bewegung wie Phönix aus der Asche steigen, ist allerdings zerplatzt. 800 Leute auf den ersten Demonstrationen nach dem Feuer sind wesentlich weniger als gedacht. Die politischen Fehler der Vergangenheit lassen sich nicht in einer Woche überspielen. — (Mak)

Mayer-Vorfelder

NEUER VORSTOSS FÜR DEPUTATSERHÖHUNG

Villingen-Schwenningen. Wer unter "Überstunde" Arbeit über das regelmäßige Maß hinaus versteht und sie entsprechend vergütet haben will, ist auf dem Holzweg, sofern er Beamter, insbesondere Lehrer, ist. Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat eine wahre Meisterschaft darin entwickelt zu definieren, was alles keine Überstunden sind. Nach dem Beamtengesetz gilt grundsätzlich, daß der Beamte verpflichtet ist, fünf Stunden bzw. drei Unterrichtsstunden im Monat über die normale Arbeitszeit hinaus ohne Bezahlung zu verrichten. Aber auch alle möglichen anderweitigen zusätzlichen Belastungen, die jeder Lohnabhängige normalerweise als Überstunde bezeichnen würde, sind dies in Dienstherrenaugen nicht: Etwa 30-40 Stunden Prüfungskorrekturen innerhalb von zwei Wochen? Die Beaufsichtigung einer Klasse in der Freistunde? Die verpflichtende Teilnahme an Schulveranstaltungen? Der praktisch 24stündige Einsatz bei Schullandheimaufenthalten? Weit gefehlt! Nach Definition des Kultusministeriums Baden-Württem-

berg "handelt es sich dabei nicht um Mehrarbeit". Denn, so stellte 1981 das Innenministerium in einer Studie zur Mehrarbeit zynisch fest: "Die regelmäßige Arbeitszeit ... stellt nämlich nicht das Höchstmaß dessen dar, was der Beamte an Arbeit leisten kann, ohne seine Kräfte übermäßig zu verbrauchen."

Um aber auch das, was der Dienstherr formal als Mehrarbeit anerkennen mußte, umsonst zu kriegen, hat das Kultusministerium in den letzten Jahren einiges unternommen: So gilt seit dem 01.02.83, daß Überstunden "so auf die Lehrer der Schule zu verteilen (sind), daß die Mehrarbeit für den einzelnen Lehrer drei Unterrichtsstunden im Kalendermonat nicht übersteigt". Der damalige Kommentar von Mayer-Vorfelders Kampfblatt "Schulintern": "Im Einzelfall kann die geplante Neuregelung auf eine zeitweilige Deputatserhöhung von einer dreiviertel Stunde hinauslaufen" (10/82). Seit Mai 1983 gilt die Vorschrift über den "variablen Einsatz der Regelstundenmaße", der die offizielle Verlängerung des Deputats erlaubt, wenn dieses im nächsten Schulhalbjahr dafür verringert wird. Nach dem Willen von Mayer-Vorfelder soll nun eine solche Deputatserhöhung ohne das Recht auf eine folgende Verkürzung oder Bezahlung möglich werden. Fallen nicht immer mal wieder Stunden aus, weil eine Klasse nach der Abschlußprüfung keinen Unterricht mehr hat, weil eine andere auf Ausflug ist, weil dem Lehrer ein freier Tag zwecks Umzug zusteht, weil es "hitzefrei" gibt usw.? Nach dem Entwurf für eine neue "Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung" sollen solche Ausfälle künftig mit Überstunden innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten ausgeglichen werden.

Die GEW hat sich bisher noch nicht geäußert. Eins dürfte aber klar sein: Wenn diese Regelung nicht auf den unterschiedlichen Widerstand der Gewerkschaft stößt, muß sich jeder, der für Arbeitszeitverkürzung kämpft, wie ein Depp vorkommen. — (lik)

Druckindustrie

KLAGE DER IG DRUPA ABGEWIESEN

Würzburg. Der Vogel-Verlag hatte nach dem Streik im letzten Jahr allen am Streik Beteiligten die vermögenswirksamen Leistungen für die Zeit des Streiks anteilig gekürzt. Dies machte bei den Beschäftigten eine Lohnkürzung bis zu 33 DM aus. Gegen diese Kürzung reichten 110 Beschäftigte des Vogel-Verlags Klage beim Arbeitsgericht Würzburg ein, vertreten durch die IG Druck und Papier.

Die Geschäftsleitung ging dabei von

folgender Passage im "Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen" aus, der für Arbeiter wie Angestellte der Druckindustrie gleichermaßen gilt:

"Kein Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen bestehen bei aa) Ruhen des Arbeitsverhältnisses oder bb) Arbeitsk Kampfmaßnahmen."

Die IG Druck und Papier dagegen stützt sich bei ihrer Klage gegen die Nichtausbezahlung der vermögenswirksamen Leistungen auf das "Maßregelungsverbot", das zwischen dem Bundesverband Druck e.V. einerseits und der IG Druck und Papier anderer-



Streik beim Vogel-Verlag

seits zum Ende des Streiks vereinbart wurde, worin es u.a. heißt:

"... 2. Soweit Ansprüche oder Anwartschaften von der ununterbrochenen Dauer des Arbeitsverhältnisses oder Betriebszugehörigkeit abhängen, gelten das Arbeitsverhältnis und die Betriebszugehörigkeit bzw. Unternehmenszugehörigkeit der betreffenden Arbeitnehmer durch die Arbeitsk Kampfmaßnahmen als nicht unterbrochen."

Am 8. Januar 1985 entschied die 1. Kammer des Würzburger Arbeitsgerichts bei ungefähr 20 Verfahren gegen die Klage der IG Druck und Papier, vor kurzem wies auch die 7. Kammer bei ungefähr 40 Verfahren die Klage ab. Die restlichen Verfahren werden noch durch die 2. und 8. Kammer entschieden. Eine schriftliche Urteilsbegründung wird erst in etwa drei Monaten vorliegen, bei der mündlichen Urteilsverkündung wurde keine Begründung gegeben.

Die Prozesse in Würzburg sind die ersten in Bayern, und wahrscheinlich auch im ganzen Bundesgebiet, in dieser Sache. Deshalb ist ihr Ausgang entscheidend für alle anderen Betriebe, die die vermögenswirksamen Leistungen auch nicht gezahlt haben. Die IG Druck und Papier will Berufung einlegen, wenn die schriftliche Urteilsbegründung eingetroffen ist. — (nir)

Manteltarifverhandlungen Einzelhandel

AUF WAS DIE HBV FÜR 38,5 STUNDEN ALLES VERZICHTEN SOLL

"38,5 Stunden im Einzelhandel endlich im Gespräch, aber Arbeitgebervorbedingungen unannehmbar." So kommentiert die Landesbezirksleitung Baden-Württemberg der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) das Ergebnis des sogenannten "Sondierungsgesprächs" zwischen der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und dem Hauptvorstand der HBV zu den in allen Bundesländern stattfindenden Manteltarifverhandlungen im Einzelhandel.

Die Einzelhandelskapitalisten lehnen ab zu verhandeln über: Manteltarifliche Absicherung für Teilzeitbeschäftigte, Mitbestimmung bei Perso-

"Tarifauseinandersetzung um kürzere Arbeitszeiten" nicht mehr verhandelt werden. Das sind z.B. die Festlegung der Ladenöffnungs- und Ladenschließzeiten, die in Hessen verhandelt werden. Das sind die tarifvertraglich ausgelaufenen Regelungen über Urlaubsdauer, Urlaubsgeld und Sonderzahlungen in Baden-Württemberg. Und das sind in fast allen Tarifbezirken Regelungen zur Arbeit an Kassenarbeitsplätzen und an Bildschirmen mit festgelegter Arbeitsdauer und Pausen sowie Schutzbestimmungen für Teilzeitbeschäftigte mit vertraglich festgelegter Arbeitszeit nach Tagen und Stunden, keine Teilzeitbeschäftigung



Warnstreik der HBV in Hamburg 1984

nalplanung und Leistungsbemessung (hier insbesondere bei der kapazitätsorientierten Personaleinsatzplanung – KAPOVAZ) sowie sämtliche anderen Forderungen aus den Tarifbezirken zu den Manteltarifverträgen. Sie stellten vielmehr die Forderung an die HBV, daß für das Angebot von 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit ab 1.1.1986 die Laufzeit der Manteltarifverträge bis 1990 festzuschreiben sei, keinerlei Änderungen bei Manteltarifbestimmungen außer der Arbeitszeitverkürzung vorgenommen werden dürfe, einschließlich von Urlaubsdauer, Weihnachtsgeld und Sparförderung. Sie wollen außerdem keine Regelungen für Teilzeitbeschäftigte sowie keine Zuschlagszahlungen für Mehrarbeit bis zur 40. Wochenstunde abschließen.

Wichtige Forderungen der HBV sollen für die "in Bewegung gekommene"

unter 20 Stunden in der Woche, Kündigungsschutz usw.

Zwischen Hauptvorstand der HBV und Einzelhandelskapitalisten wurde für den 25./26. Februar ein neuer Termin für die Fortsetzung des "Sondierungsgesprächs" festgesetzt. Die HBV erklärte, daß sie jetzt regional weiterverhandeln wolle. In Baden-Württemberg finden am 12. Februar regionale Verhandlungen statt. Die Einzelhandelskapitalisten haben ihre "Forderungen auf Änderung bestehender Vorschriften im Manteltarifbereich" vom 28.1.1983 wieder auf den Tisch gelegt. Sie fordern die Verkürzung der Kündigungsfristen für Aushilfen in den ersten vier Wochen von zwei auf einen Tag, danach von sechs auf zwei Tage. Für Teilzeitbeschäftigte sollen als für die Eingruppierung wichtige Berufs-/Tätigkeitsjahre nicht mehr die Jahre der Beschäftigung, sondern

der tatsächliche Umfang der Beschäftigung (also die Summe der Arbeitsstunden) zugrundegelegt werden. Für die Abgeltung von Überstunden sollen die 15%-Zuschläge bei Wechselschicht wegfallen, die Abgeltung in Freizeit ohne Zustimmung des Betriebsrates und bei Ausdehnung des Abgeltungszeitraums erfolgen. Auszubildende, die bisher bei Nichtübernahme nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses drei Monate vorher benachrichtigt werden müssen, sollen diese Benachrichtigung erst einen Monat vorher bekommen, und bei "Versäumung der Monatsfrist" sollen keinerlei arbeitsrechtliche Konsequenzen wie z.B. die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis oder Entschädigungszahlungen für den Kapitalisten entstehen. Ebenfalls soll die Ersatzdienstzeit nicht mehr auf die Berufs-/Tätigkeitsjahre angerechnet werden, gleiches gilt für die Dauer von Umschulungen. In Krankheitsfällen oder Kuraufenthalten sollen die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen nicht mehr aus dem Durchschnitt der letzten drei Monate, sondern der letzten zwölf Monate berechnet werden. Die Freistellung von der Arbeit bei Eheschließung, Eheschließung von Kindern, Eltern oder Geschwistern, beim Tode von Schwiegereltern, Großeltern oder Geschwistern soll ebenfalls entfallen. Die Freistellung für Gewerkschaftsfunktionäre soll nicht mehr gelten für Orts- und Bezirksvorstandsmitglieder sowie für Mitglieder der bezirklichen Tarifkommissionen. Für die restlichen wird außer den Verhandlungskommissionsmitgliedern die Freistellung von zwölf auf sechs Tage verkürzt. Urlaubsgeld soll nach dem Durchschnitt der letzten zwölf Monate und nicht der letzten drei bezahlt werden, eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen käme nicht in Frage. Soweit der Forderungskatalog der Einzelhandelskapitalisten.

Die Große Tarifkommission der HBV in Baden-Württemberg berät am 7. Februar über die Lage der Manteltarifverhandlungen und über die anstehenden Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen. Der Fachgruppenvorstand Handel in Karlsruhe hat beschlossen, was für ihn unabdingbar ist: Keine Vermischung von Manteltarif- und Lohn-/Gehaltstarifverhandlungen, in den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen kräftige Erhöhung für die unteren Lohn- und Gehaltsstufen, im Manteltarif keine Zugeständnisse wie Festschreibung von Urlaubsdauer, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, keine Ausdehnung der Ladenschließzeiten über 18.30 Uhr hinaus, Absicherung der Teilzeitbeschäftigten, kein Aufweichen des Kündigungsschutzes, sondern Ausdehnung, insbesondere für ältere Beschäftigte.— (rub)

Fernfahrerstreik

PROZESS GEGEN IGM-
BEVOLLMÄCHTIGTEN

Lörrach. Gegen den Freispruch des 1. Bevollmächtigten der IGM in Lörrach hat Oberstaatsanwalt A. Gramlich (SPD) Rechtsmittel eingelegt.

Anläßlich der ÖTV-Warnstreikaktionen von LKW-Fahrern im Oktober 1983 hatten Streikende die Einfahrt der Spedition Kanzler in Rheinfelden blockiert. Eine Woche danach stand beim ÖTV-Sekretär Weber die Polizei vor der Tür, um seine Wohnung wegen eines "verschundenen LKW-Schlüssels" zu durchsuchen — ohne Durchsuchungsbefehl. Es bestände aber "Verdunklungsgefahr".

Als Weber mit seinem Anwalt aus Lörrach zurückkam, war die Wohnung aufgebrochen und bereits durchsucht. Inzwischen war nämlich der Leiter des Kommissariats K 12 (Staatschutz) Tilly eingetroffen und hatte die sofortige Öffnung und Durchsuchung der Wohnung befohlen.

Ende 1983 wurde auf der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Lörrach eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der es u.a. heißt: "Lörracher Polizisten haben auf Weisung der Obrigkeit die Wohnung des ÖTV-Kollegen P. Weber aufgebrochen und durchsucht ... Das ist Schlüsselgewalt, wie wir sie aus dem Nazi-Regime in böser Erinnerung haben."

Daraufhin wurde von zwei Polizisten, Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei, und dem Chef der Landespolizeidirektion Freiburg, Fröhlich, Strafantrag gestellt. Schließlich wurde auf Weisung "höherer Stelle" (Justizministerium?) ein Strafbefehl über DM 1000.- oder ersatzweise 20 Tage Haft zugestellt.

In einer daraufhin durchgeführten außerordentlichen Vertreterversammlung wurde beschlossen, sich mit einer viertelseitigen Anzeige in den drei Lokalzeitungen an die Öffentlichkeit zu wenden. In der Anzeige wurde der volle Wortlaut der "beleidigenden" Resolution abgedruckt und: "Die Vertreter der IGM Lörrach bleiben bei ihrer Haltung und fordern — Rücknahme des Strafbefehls und Einstellung des Verfahrens." Diese Zeitungsanzeige wurde mit den vollen Namen der Vertreter veröffentlicht. Zum Prozeß mobilisierte die IGM mit betrieblichen Flugblättern unter der Überschrift: "Politischer Prozeß gegen Gewerkschafter geplant."

Der Freispruch wurde vom Richter mit der "empfundenen Unrechtmäßigkeit" des Polizeieinsatzes begründet. Die IGM hätte sich durch das Vorgehen der Polizisten durchaus an die Nazi-Zeit erinnern fühlen können. Es sei nicht bewiesen, daß einzelne Polizisten oder "die Polizei" hätten beleidigt werden sollen. Vielmehr sei allein



Plakat der ÖTV

"die Aktion als solche" kritisiert worden.

Noch vor der Urteilsverkündung stellte Staatsanwalt Schmalen in seinem Plädoyer fest, daß "ein Freispruch nicht hingenommen" werde. Für den Oberstaatsanwalt Gramlich ist das Urteil "so nicht haltbar".

Die IGM schreibt in einem kürzlich verteilten Flugblatt: "Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zeigt jedem deutlich, daß der Freispruch weder zu den Absichten der Obrigkeit noch in die derzeitige politische Landschaft paßt ... Die Absicht der Staatsanwaltschaft ... halten wir für einen weiteren Angriff auf bestehende demokratische Rechte ... Wir fordern deshalb, ... die Berufung oder Revision zurückzuziehen." — (pem)

Ausländerbeiräte

ARBEITSGEMEINSCHAFT
GEGRÜNDET

Göttingen. Ende Oktober 1984 wird die "Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerververtretungen in Niedersachsen" (ANA) gegründet. Gründungsmitglieder kommen aus Osnabrück, Wilhelmshaven, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Salzgitter und Göttingen. Der neugewählte Vorsitzende Molina (Osnabrück) erklärt: "Solange es noch kein kommunales Wahlrecht für Ausländer gibt, sollte als erster Schritt ein überwiegend mit Ausländern besetzter Beirat gewählt werden, der unsere Interessen vertritt." Was aber ist ein "überwiegend mit Ausländern besetzter Beirat"? Von den 29 bei der Gründung anwesenden Teilnehmern sind gerade 16 Ausländer. Von diesen 16 sind nur die Mitglieder des Göttinger Ausländerbeirats durch Urwahl gewählt, in allen anderen Städten sind die Ausländer in unterschiedlicher Weise von Rat bzw. Stadtverwaltung abhängig. In Hildesheim z.B. wird der Beirat "benannt" und braucht zu jeder Entscheidung ei-

ne "Vollmacht". In Salzgitter erledigt dies der Verwaltungsausschuß, in Osnabrück mußte die jetzt beschlossene Satzung der ANA durch den Verwaltungsausschuß genehmigt werden, in Braunschweig existiert nur ein "Unterausschuß", in Hannover gibt es seit 1980 keine Vertretung der Ausländer mehr. Die große Mehrheit der Ausländer tritt bei der Gründungsversammlung dafür ein, sich von der Gängelung durch Räte und Verwaltungen freizumachen und genehme Ausländervertreter durch gewählte zu ersetzen, aber entschieden ist dies nicht.

Die Gründungsversammlung begann über Forderungen zu diskutieren: neben der Urwahl — möglichst als supranationale Wahl mit politischen Listen — Antragsrechte der Beiräte gegenüber Rat, Verwaltung und Ausschüssen. Es muß eine Verwaltungsverpflichtung geben, auf Anträge in einer festgesetzten Frist einzugehen. Das Recht, einmal jährlich schriftlich und mündlich vor dem Rat einen Bericht abzugeben. Recht auf Öffentlichkeitsarbeit. Eigener Haushaltstitel, über den der Beirat verfügen kann; nur Rechnungsprüfung, keine inhaltliche Prüfung.

Die Gründung der ANA kann sich nützlich auswirken für die Erämpfung des Kommunalwahlrechts für Ausländer. Dazu bedarf es einer landesweiten Zusammenfassung, um den Landtag zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) zu zwingen. Um der Forderung nach Kommunalwahlrecht für Ausländer größeren Nachdruck zu verleihen, haben die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag jetzt einen Gesetzentwurf zur Änderung der NGO eingebracht, wonach Ausländer nach drei Jahren Aufenthalt kommunales Wahlrecht haben. Eine Entscheidung des Obergerichtes Lüneburg, wonach die niedersächsische Verfassung ein Wahlrecht der Ausländer nicht ausschließt, kann einer solchen Kampagne nur förderlich sein. — (kek)



Die niedersächsischen GRÜNEN fordern nach drei Jahren Aufenthalt kommunales Wahlrecht für Ausländer.

Kommunalpolitik

VERSUCH EINES OPPOSITIONSBÜNDNISSES "KOMMUNALPOLITISCHES FORUM"

Mannheim. "Linksaußen-Bündnis. ... Die Gemeinsamkeiten zwischen GRÜNEN und Kommunisten sind ... offenbar doch enger, als sie bisher wahrhaben wollten. Darauf läßt die Verlautbarung über die Gründung des 'Kommunalpolitischen Forum' schließen, an dem Stadträte der GRÜNEN und der DKP beteiligt sind und das Front gegen alle anderen Parteien machen will." So erregt sich der Lokalkommentator des Mannheimer Morgen über ein Ereignis, welches immerhin die Chance eröffnen könnte, daß die bisher in Mannheim durchgesetzte arbeiterfeindliche Kommunalpolitik einen wirkungsvolleren Widerpart bekommt als bisher.

Das "Kommunalpolitische Forum" wurde am 30.11.1984, also nach den Gemeinderatswahlen, unter Beteiligung von DKP, BWK, GRÜNEN und verschiedenen Initiativen von ungefähr 30 Personen gegründet. Die Teilnehmer bildeten drei Projektgruppen, die als erstes zu den Themen "Alternative Energiepolitik", "Haushaltspolitik" und "Kommunale aktive Beschäftigungspolitik" je eine Veranstaltung organisieren wollen. DKP und BWK begannen die Vorbereitungen zur Gründung des Forums schon vor den Wahlen. Angesichts der fehlgeschlagenen Versuche, ein links-alternatives Wahlbündnis zustande zu bringen, war es umso erfreulicher, daß schon kurz vor den Wahlen auch die GRÜNEN Kooperationsbereitschaft signalisierten.

In der Wahl konnte die DKP ihr Mandat gestärkt halten, die GRÜNEN verbesserten sich von einem auf fünf Mandate und erreichten Fraktionsstärke. Dennoch hat die herrschende Politik der Stadtverwaltung eine ungebrochen feste Mehrheit aus 21 SPD-, 17 CDU- sowie vier weiteren Mandaten. Der SPD-Oberbürgermeister Widder beschwor noch in der Wahlnacht die Fortsetzung dieser "Koalition der Vernunft". Die neue GRÜNEN-Fraktion versuchte er sofort, in diese "Vernunft" hineinzu-zwingen: Es werde sich zeigen, ob sie so verantwortlich sei, seinen Haushaltsplan zu unterstützen.

Dieser liegt inzwischen vor. In seiner Einbringungsrede hat Widder Punkt für Punkt die unumgänglichen Themen für die kommunalpolitische Opposition angegeben:

— "Schritte in die einzig mögliche Richtung ... betreffen die Verbesserung der Einnahmenseite an vielen Stellen, nicht jedoch bei den Steuern, sie betreffen die Fortsetzung des Konsolidierungskurses im Bereich der Personalkosten, sie betreffen den Kurs eines vorsichtigen

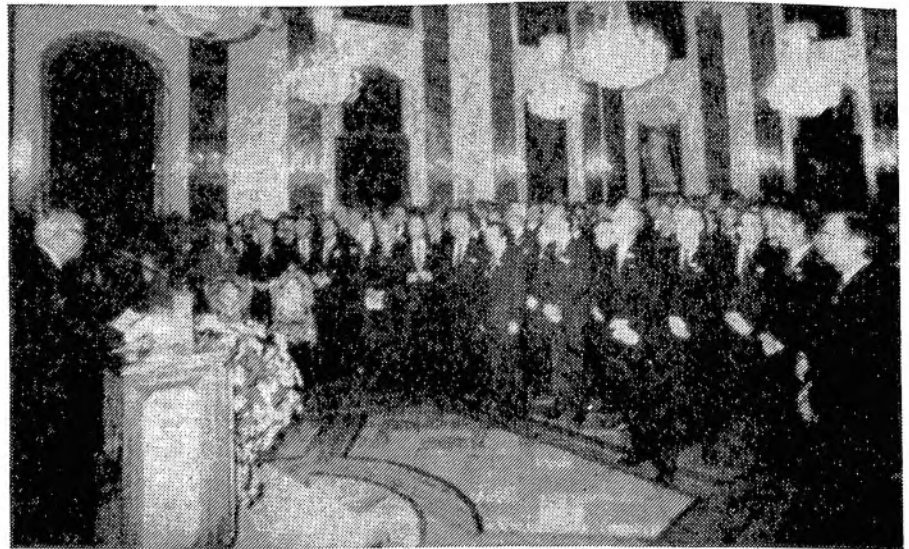
Bremsmanövers bei den freiwilligen Leistungen ... Insbesondere die sogenannte Besitzstandswahrung ist im Bereich des politischen Handelns zu einem Fetisch geworden, der die Anpassung an neue Verhältnisse und das Eingehen auf neue Herausforderungen zu lähmen droht."

— Subsidiaritätsprinzip: "Daher ist es auch keine jugend- oder altenpolitische Fehlleistung, sondern im Gegenteil eine verdienstvolle Sache, auch auf diesem Gebiet immer wieder

Einkommen beitragen, aber dafür umso zuverlässiger laufende Folgekosten verursachen."

*

Für die Herausbildung einer starken Opposition gegen solcherlei IHK-hörige Kommunalpolitik ist die fast vollständige Duldung durch den DGB-Kreis ein bedeutender Hemmschuh. An Gewerkschaftsmitgliedern im Gemeinderat, vornehmlich in der SPD-Fraktion, mangelt es wahrlich nicht. Aber sie ordnen sich ohne vernehm-



Neujahrsempfang des IHK-Präsidenten: OB Widder (klein, erste Reihe Mitte) beim hier einmal öffentlichen Befehlsempfang. Der Präsident verlangte Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung.

darüber nachzudenken, ob veränderte Arbeitsweisen, Organisationsformen oder Trägerschaften es erlauben, den Mitteleinsatz zu verringern, ohne die Ergebnisse zu schmälern."

— Als Ziel der Personalpolitik gibt er an: "Erhaltung der Flexibilität bei Nullwachstum des Personals ... Fähigkeit, Mitarbeiter durch Aufstieg zu motivieren ... mehr und bessere Angebote zur Teilzeitarbeit ... Stärkung der Führungsfähigkeit der Verwaltungsspitze ..."

— "Wirtschaftsförderung ist heute mehr als nur die Anwendung eines bestimmten Instrumentenkastens in der Zuständigkeit eines Amtes. Es ist ein Prinzip, das mit wenigen Ausnahmen im Denken und Handeln aller Ämter einen viel höheren Stellenwert gewinnen muß.

— Investitionen sollen "die gesamtgesellschaftliche Produktivität" erhöhen. Widder kritisiert: "Stattdessen trägt ein großer Teil auch unserer Baumaßnahmen durchaus eher konsumtiven Charakter; d.h. sie werden kaum etwas zur Entstehung künftiger

baren Widerstand dem Regiment der SPD-Stadträte Lucy und Feuerstein unter, die durch ihre "verantwortliche Mitbestimmung" im Daimler-Benz-Vorstand wissen, "was eine Arbeiterstadt braucht: eine starke Wirtschaft".

So verbinden sich mit der Gründung des Kommunalpolitischen Forums vielseitige Hoffnungen; die Beteiligung von aktiven Gewerkschaftern und Vertretern der wichtigsten Initiativen am Ort bestätigt dies.

Ansätze einer Zusammenarbeit hatte es bereits im März 1983 gegeben, als die Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts durch den Gemeinderat anstand. Unter Beteiligung von Grünen und DKP sowie ca. 20 Initiativen und Interessenvertretungen gelang es, eine Protestveranstaltung vor allem gegen die Kürzungen auf dem Sozialsektor durchzuführen. Entscheidend war am Zustandekommen dieser Veranstaltung ein "Arbeitskreis für alternative Kommunalpolitik" beteiligt, in dem die GRÜNEN, nicht jedoch die DKP mitarbeiteten. Wenige

Tage vor der Veranstaltung fand mit ähnlicher Stoßrichtung eine von der "Aufschrei"-Initiative organisierte Demonstration statt, hauptsächlich von der DKP, aber auch von den GRÜNEN unterstützt. Weder die Initiative noch der Arbeitskreis konnten sich jedoch über das Jahr 1983 hinaus halten. Als im Sommer 1983 durch den Tod des amtierenden OB Varnholt eine Oberbürgermeisterwahl erforderlich wurde, konnten sich GRÜNE und DKP nicht auf einen gemeinsamen Oppositionskandidaten einigen, vor allem, weil die Erörterung programmatisc her Übereinstimmungen von vorn herein verdrängt wurde durch parteipolitische Abgrenzungen. Schließlich entschieden sich beide Parteien bei der Stichwahl, den SPD-Kandidaten Widder zu unterstützen.

Zur Vorgeschichte des Kommunalpolitischen Forums – und dies durchaus im Sinne eines warnenden Beispiels – muß man auch das inzwischen gescheiterte Projekt "Mannheimer Kommunale" (alternative Stadtzeitung) zählen. Den Gründern ging es im November 1983 um eine "Zeitung für

Veränderung und Bewegung, aber nicht Anhängsel einer Bewegung oder Partei, ... eine Zeitung für Meinungen, die aufeinanderkrachen." Eine auch nur bescheidene programmatisc he Grundlage, die aus der Zeitung ein Sprachrohr der Opposition gegen die am Kapitalinteresse ausgerichtete Kommunalpolitik hätte werden lassen, vermieden die Gründer ausdrücklich. So sank das Interesse an der Zeitung und sie stand im August 1984 vor dem finanziellen Ruin.

Wie sieht nun die Arbeit des Kommunalpolitischen Forums aus? Die erste Veranstaltung: "Energieversorgung in Mannheim – sozial und ökologisch?" ist inzwischen über die Bühne gegangen. 60 Personen nahmen daran teil. Zwei sehr kenntnisreiche Referate zeigten auf, wie sehr die Energiepolitik in Mannheim den Interessen der ortsansässigen Konzerne unterworfen ist, ein drittes Referat erörterte Möglichkeiten der mietkostenneutralen Wärmedämmung. Nicht genutzt wurde dieses Forum zur Formulierung gemeinsam vertretbarer Forderungen an die Stadt und ihre Ver-

sorgungsgesellschaften. Nützlich war sie, um die Legitimationspropaganda der Verwaltungsspitze für Gebühren-erhöhungen zu stören. Als Diskussionsorgan könnte das Forum in diesem Sinn eine wichtige Funktion übernehmen: nämlich durch Offenlegung und Kritik der Grundlagen der herrschenden Kommunalpolitik den Druck zu verschärfen, unter dem sich der OB bereits jetzt sieht, wenn er klagt, "daß Legitimationsbedarf und Begründungsaufwand für kommunalpolitisc he Entscheidungen weiterhin wachsen werden." Das setzt die Bereitschaft der am Forum sich beteiligenden Kräfte voraus, sich auf eine Diskussion zur Begründung der von ihnen vertretenen Forderungen einzulassen. Vor allen Dingen aber müssen diese Kräfte wahrnehmen, was sie sich in der unten dokumentierten Gründungserklärung zum Ziel gesetzt haben: Gemeinsame Forderungen zu formulieren und über das Forum "gemeinsame Bestrebungen zu organisieren". Die für 1.3. angesetzte Veranstaltung zur Haushaltspolitik bietet hierfür reichlich Gelegenheit. – (tht, bef)

DOKUMENTATION

"Entwurf für eine Öffentliche Erklärung", vorgelegt von Mitgliedern von DKP und BWK, Oktober 84. "Unsere Organisationen treten ein für die Gründung eines kommunalpolitischen Forums. Zweck soll sein die Sammlung und Zusammenarbeit der Kräfte, die eine an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierte kommunale Politik betreiben wollen ... gegenüber der von der IHK durchgesetzten Politik im Interesse des Großkapitals ..."

"Öffentliche Erklärung", beschlossen am 30.11.84.

"... Ein solches Forum halten wir deshalb für notwendig, weil in Mannheim die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung zu kommunalpolitischen Themen weitgehend durch die Stadtverwaltung, die sie stützende etablierte Parteienmehrheit und insbesondere den Mannheimer Morgen bestimmt wird.

Es fehlt an ausreichender Gegenöffentlichkeit

– gegen die in allen wesentlichen Punkten einheitliche, an den Interessen von Industrie und Großbanken orientierte Große Koalition der etablierten Parteien im Mannheimer Gemeinderat;

– für die Entwicklung von Ansatzpunkten für eine alternative und eigenständige Kommunalpolitik gegenüber der konservativ-reaktionären Politik in Bonn und Stuttgart.

Deshalb treten wir ein für eine kommunale Politik im sozialen, ökologischen und ökonomischen Interesse der Frauen, Männer und Kinder, die

hier arbeiten, lernen und wohnen.

Hierfür fehlt es in Mannheim an Möglichkeiten, vorhandene – teils kontroverse – Standpunkte zu diskutieren, wo möglich Übereinstimmungen herauszuarbeiten und gemeinsame Bestrebungen zu organisieren.

Die Möglichkeiten hierfür soll das Kommunalpolitische Forum verbessern.

Soziale, ökologische und Friedensgruppen und demokratische Initiativen brauchen bessere Durchsetzungsmöglichkeiten für ihre Interessen, brauchen Möglichkeiten der unmittelbaren Beteiligung, der Einmischung in die Kommunalpolitik.

Ziel des Kommunalpolitischen Forums soll sein, solchen Positionen – innerhalb und außerhalb des Gemeinderats – stärkeres Gewicht zu verschaffen.

Deshalb soll das Kommunalpolitische Forum für alle Gruppierungen und Personen offen sein, die diese Ziele

unterstützen wollen."

Mannheimer Morgen (MM), 18.12.84: "Linksaußen-Bündnis"

"... Ob freilich DKP und Grüne schon ein Herz und eine Seele sind, wird erst die Praxis der Gemeinderatsarbeit zeigen. Die Tatsache, daß nur ein Teil der Grünen offen für dieses Linksaußen-Bündnis eintritt, birgt möglicherweise auch ideologischen Zündstoff. Denn ganz sicher gibt es in dem recht breiten grünen Spektrum der Basis auch viele, die zu diesem Linksdrall sagen: So haben wir nicht gewettet."

Leserbrief Grüne Gemeinderatsfraktion, 21.12.84, veröff. im MM erst am 22.1.85:

"... Weiter wird auf die große Koalition und damit auf ... Förderung von Rationalisierungstechnologien zu Lasten von Arbeitsplätzen und Rhein-Neckar-Schnellweg gesetzt. Die sozialen Initiativen ... werden ausgetrocknet und in ihrer Arbeit eingeschränkt. Die Gewerbesteuer wird nicht erhöht, dafür die Müllgebühren ... Als größte oppositionelle Kraft sehen wir es deshalb als unsere Pflicht an, alles zu unternehmen, um die große Koalition des Schweigens in Mannheim zu durchlöchern. Um die unökologische und unsoziale Mehrheitspolitik im Gemeinderat verändern zu können, müssen wir alle Kräfte zusammenfassen, die ökologische und soziale Ansätze entwickeln wollen ... Grüne lassen sich von antikommunistischen Polemiken nicht beeindrucken, weder bei Sach- noch bei Wahlentscheidungen."



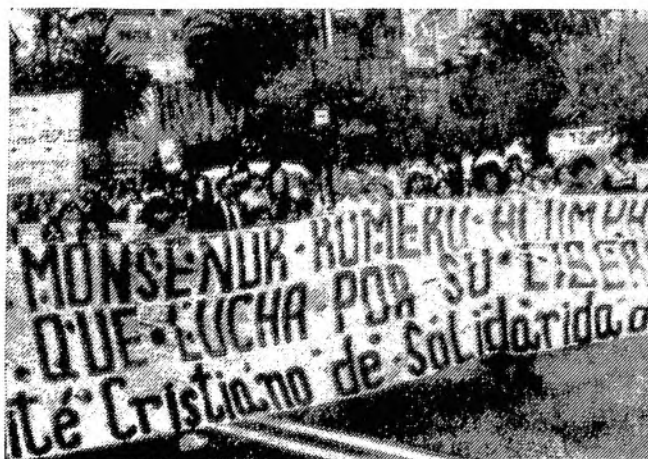
Die DKP sammelte 11 500 Unterschriften.

FEHLENDE LOHNFOR- DERUNG SCHWÄCHT

Hannover. Die IG Chemie-Papier-Keramik ist dem Interesse des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie nach Kopplung der Verhandlungen über Vorruhestand und Lohn 1985 (die Lohnsätze sind bis Mitte 1985 fest) nachgekommen. Am 1.2. ist die IG CPK erstmals seit Jahren ohne Lohnforderung in die Verhandlungen gegangen. Zuvor hatten die regionalen Tarifkommissionen ihre Kompetenz an eine zentrale Verhandlungskommission abgegeben, leider ohne sich zur Lohnhöhe zu äußern. Bis zu den Verhandlungen am 28.2. müßte dies nachgeholt werden. — (mio)

TARIFANGLEICHUNG DURCHGESETZT

Westberlin. In mehreren Verhandlungen hatte das Bundespostministerium durchdrücken wollen, daß für die Beschäftigten der Bundesdruckerei eine Tarifangleichung an das Ergebnis in der Druckindustrie nicht stattfindet. Durch eine Anrechnung des Abschlusses aus dem öffentlichen Dienst auf bereits tariflich gewährte Freischichten sollten die Beschäftigten der Bundesdruckerei deutlich vom Tarif der Druckindustrie abgekoppelt werden.



In Mexiko demonstrierten am 22.1. 10000 für die Unterstützung der Regierung von Nicaragua und des Befreiungskampfes in El Salvador. Die 10000 verweisen mit ihrer Demonstration die Behauptung der US-Regierung ins Reich der Lügen, daß die sandinistische Regierung seit Jahren die anderen Staaten in Mittelamerika bedrohe. Mit dieser Begründung trat die US-Regierung im Kongreß für ihre Pläne ein, die Mittel für die von den US-Imperialisten finanzierten Konterrevolutionäre in Nicaragua weiter zu erhöhen. Die US-Regierung hat vor kurzem die Konterrevolutionäre ein "Politisches Aktionskomitee" gründen lassen mit dem Ziel einer "Exilregierung". — (gba)

Am 28.1. fanden zum 13. Jahrestag der Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Entrechtung im öffentlichen Dienst, mit denen Kommunisten und andere Linke aus dem Staatsapparat entfernt werden sollen, Aktionen statt. In Frankfurt (s. Bild) protestierten Demonstranten gegen die Entlassung eines Briefträgers, ebenso in Freiburg, wo der Leiter des Hauptpostamtes das Gitter herunterließ und auch die Kunden aussperrte. Aktionen fanden u.a. in München, Gießen, Hannover und Hamburg statt. — (anl)



Am 10. Januar, zur vierten Verhandlung über den Tarif, traten darauf die Arbeiter der ersten und zweiten Schicht des mit 1800 gewerblichen Beschäftigten größten Druckbetriebs in Westberlin für jeweils eine Stunde in den Streik. 1200 Unterschriften für die Übernahme des Tarifergebnisses der IG Druck waren gesammelt. Neben der verkürzten Wochenarbeitszeit, der Lohnanhebung um 2% und der Gültigkeit der "Neuen Lohnstruktur" mußte das Bundespostministerium auch einer erweiterten Anwendung des Manteltarifs Druck und einer Anhebung des niedrigeren Urlaubsgeldes in Stufen zustimmen. — (haj)

KEINE KONKRETE LOHNFORDERUNG

Frankfurt. 22.1.85 Nach heftiger Debatte beschloß die große Tarifkommission der IG-Bau-Steine-Erden, keine konkrete Lohnforderung für das Bauhauptgewerbe aufzustellen. Einige Landesverbände hatten 5,5% gefordert. Eine Verbesserung des 13. Monatsgehaltes soll mitverhandelt werden. Der Vorsitzende Konrad Carl erwartet einen Ausgleich für den Inflationsverlust (2,5%) sowie die Produktivitätssteigerung (3%). Dieser Beschluß biete, so Carl, den "größtmöglichen Spielraum" angesichts der hohen Arbeitslosigkeit. Verhandelt wird Mitte Februar. — (kaq)

WARNSTREIK GEGEN FLEXIBILISIERUNG

Essen. Am Donnerstag, 24.1.1985, legten rund 400 Beschäftigte des Werkzeugbetriebes von Krupp-Widia die Arbeit nieder. Einen Tag vorher hatte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat ihr Konzept zur Umsetzung der 38,5-Std.-Woche vorgelegt. Es sieht vor: In Produktionsbereichen, in denen zwei Schichten gefahren werden, soll jeder Beschäftigte pro Woche vier 10-Stunden-Schichten arbeiten, die Produktion soll dabei auch am Wochenende weiterlaufen. Hiervon wären etwa 2/3 der Arbeiter betroffen. In den Dreischicht-Betrieben soll die aus der Stahlbranche bekannte Conti-Schicht eingeführt werden. Für Schwerbehinderte und Arbeiter über 58 Jahren soll die 37-Std.-Woche gelten,

wobei der Lohnausgleich nach vier Jahren fortfallen soll. Angestellte mit "subalternen Tätigkeiten" sollen ebenfalls 37 Std. arbeiten, Angestellte in der allgemeinen Verwaltung 38,5 Std. und in der Produktionsleitung 40 Std. — (frd)

WARNSTREIKAKTION BEI BLOHM UND VOSS

Hamburg. Am 22.1.85 zogen 1500 Arbeiter und Angestellte nach der Frühstückspause in das Verwaltungsgebäude. Sie protestierten gegen den Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung seitens des Vorstands: Samstagsarbeit ohne Überstundenzuschläge. Bis zu 2 Wochen Kurzarbeit/Monat braucht nicht beim Betriebsrat angemeldet werden. Mit einer unbezahlten Frühstückspause soll die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Std./Woche erreicht werden. Eine IGM-Unterschriftensammlung fordert: donnerstags eine halbe, freitags eine Stunde eher Feierabend. — (mie)

AUDI: HÖHERE STÜCKZAHLEN

Ingolstadt. Die Audi-Kapitalisten haben zum Jahreswechsel innerhalb von 3 Wochen die Stückzahl am 80er-Band von 238 auf 263 Autos (plus 10,5%) pro Schicht hochgetrieben. Währenddessen wird am 100er-Band wegen sinkender Nachfrage von Kurzarbeit geredet. Seit der Konzern die Lagerhaltung fast völlig abgeschafft hat, schlägt jede Nachfrageschwankung sofort auf die Beschäftigung und das Arbeitstempo durch. — (lih)

Aktionen gegen Beziehungen zu Südafrika CDU LÜNEBURG WILL WEITER RASSISTEN EMPFANGEN

Lüneburg. In der Ratssitzung am 29.11.84 erklärten die Verwaltung und die Fraktionen der CDU, FDP und SPD, daß OB Nickel auch in Zukunft südafrikanische Rassisten empfangen wird. Anlaß war eine Anfrage der GRÜNEN und ein Brief der Volksfront, nachdem der südafrikanische Generalkonsul im Rathaus empfangen worden war. Stadtdirektor Schumann weigerte sich als Sprecher der Verwaltung, Auskünfte über die "traditionell engen Beziehungen zwischen der Stadt Lüneburg und der Republik Südafrika" zu geben. Stattdessen rechtfertigte der CDU-Fraktionschef Schreiber den OB damit, daß ja "selbst Polen empfangen würden, obwohl die ihre Pfarrer umbringen." Die Dreistigkeit des Auftretens änderte sich erst, nachdem ein Transparent an der Wand angebracht wurde. Die Verwaltung will keine weitere Auseinandersetzung um diese Frage. Sie sieht "von Strafanzeige wegen der Wandbeschädigung ab." Von der Volksfront und vom BWK wurden nach dieser Ratssitzung ca. 850 DM für die CUSA gesammelt. Im folgenden die Anfrage der GRÜNEN, die Berichterstattung in der LZ und ein Leserbrief der Volksfront.

ANFRAGE DER GRÜNEN (AUSZÜGE)

- Ist bekannt, daß die Republik Südafrika ein rassistisches Kolonialregime ist?
- Ist bekannt, daß die UNO-Vollversammlung Jahr für Jahr mit sehr großer Mehrheit dieses Regime verurteilt und "verpflichtende Sanktionen" beschlossen hat?
- Ist bekannt, daß "alle Staaten aufgerufen (werden), alle diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und akademischen Beziehungen mit Südafrika abzubauen?"
- Ist der o.g. offizielle Empfang als Verstoß gegen die mehrheitlich beschlossenen Sanktionen zu werten, – auch,



"Hungerhilfe": Auch Stadtdirektor Schumann war "betroffen". Die Bundeswehr, nicht schwarze Gewerkschaften sollen "die Not lindern".

wenn die Bundesrepublik dagegen bzw. enthaltend gestimmt hat?

- Welcher Art sind die in der Landeszeitung genannten traditionell engen Beziehungen zwischen der Stadt Lüneburg und der Republik Südafrika?
- Welche Aktivitäten gab es in den vergangenen fünf Jahren bezüglich der Brieffreundschaft mit Natal?
- Welche Aktivitäten sind bezüglich der Brieffreundschaft geplant?

LESERBRIEF DER VOLKSFRONT

1. Nicht die Volksfront hat den Rat "brüskiert", sondern durch die Bekundung der Absicht, auch in Zukunft Vertreter des südafrikanischen Rassistenregimes zu empfangen, hat die Verwaltung, die CDU- und die FDP-Fraktion – verharmlöst ausgedrückt – all diejenigen "brüskiert", die für eine Unterstützung der schwarzen Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen eintreten. Jahr für Jahr verurteilt die überwältigende Mehrheit der UNO das Regime und ruft "alle Staaten auf, alle diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und akademischen Beziehungen mit Südafrika abzubauen." Viele kirchlichen Gruppen treten hier für den Boykott südafrikanischer Früchte ein. In vielen Gewerkschaftsbeschlüssen werden die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika unterstützt.

2. Der Generalkonsul sei kein Diplomat und die Gespräche gingen um "unpolitisch, wirtschaftliche Beziehungen", so rechtfertigte die Verwaltung den OB. Aber: Erstens sind Wirtschaftsbeziehungen nicht "unpolitisch", zweitens sind schon Sportkontakte eine Aufwertung des Regimes und drittens sind gerade die Wirtschaftsbeziehungen unter den UNO-Sanktionen ausdrücklich aufgeführt, weil sie die entscheidende Stütze des Regimes sind.

3. Der Empfang des südafrikanischen Generalkonsuls wird von der Verwaltung und Ratsmehrheit als international übliche Gepflogenheit und liberale Weltoffenheit hingestellt. Indem der OB solche Gepflogenheiten auf das Rassistenregime anwendet, leugnet er, daß dieses Regime die letzte Bastion des alten Kolonialismus ist, auf Landraub beruht und mit brutaler Gewalt die afrikanische Bevölkerung wie Gefangene im eigenen Land behandelt.

4. Nach den Stellungnahmen der Ratsmehrheit wurde eine Wandzeitung mit dem Inhalt "Südafrika: Polizeiterror gegen streikende Arbeiter; Lüneburg: OB Nickel pflegt die 'traditionell engen Beziehungen' zum Rassistenregime" mit Tesakrepp an der Wand aufgehängt. Daß es zu einer leichten Aufhellung der Farbe (zehnpfennigstückgroß!) kam, lag an dem unsachgemäßen, weil panikartigen Abreißen insbesondere durch FDP-Ratsmitglieder. Daraus auf Seite eins die LZ-Überschrift "Wandgemälde bei Demo beschädigt" zu machen, ist schlicht lächerlich.

Volksfront brüskierte den Rat:

Wandgemälde bei Demo beschädigt

rau Lüneburg. Eklat bei der 35. Sitzung des Rates der Stadt Lüneburg gestern: Der Ruf nach der Polizei wurde laut, als Vertreter der „Volksfront“ unter den Zuhörern ein Transparent mit der Aufschrift „Polizeiterror in Südafrika“ an ein altes Wandgemälde im Huldigungssaal des Rathauses klebten und dieses beschädigten.

Anlaß für diesen Vorfall war eine Anfrage der Grünen zum Empfang des neuen südafrikanischen Generalkonsuls Cornelius Nel im Lüneburger Rathaus durch Oberbürgermeister Nickel. Die Grünen sahen darin ein unververtretbares Politikum und forderten Rechenschaft.

Empört, daß das Stadtoberhaupt reglementiert werden sollte, wies CDU-Fraktionschef Schreiber ein Papier der Volksfront-Kreisgruppe Lüneburg vor, das mit dem Inhalt der Anfrage der Grünen identisch war.

Als Sprecherin ihrer Fraktion erklärte die Ratsherrin Ullrich, daß es Themen gäbe, die Grüne und Volksfront gemeinsam berühre, die dann auch von ihrer Fraktion vertreten würden. Eine Diskriminierung des Oberbürgermeisters sei nicht beabsichtigt gewesen.

Für die FDP und die SPD machten Bürgermeister Hartwig und der Beigeordnete Schäfer mit Nachdruck deutlich, daß der Generalkonsul kein Diplomat sei, sondern in erster Linie unpolitische wirtschaftliche Beziehungen knüpfte, und daß der Oberbürgermeister als Repräsentant der Stadt jeden Gast empfangen könne. Das gelte für Gewerkschaftsfunktionäre aus Moskau und Polen genauso wie für Südafrikaner. Das seien Schritte zur Völkerverständigung, bedeuteten jedoch nicht, daß man sich mit politischen Ideologien in den jeweiligen Staaten identifiziert

Horrorkomödie

RETTUNG DES CHRISTLICHEN ABEND-
LANDES VOR ORIENTALISCHEM GEIST

Der Pudding-Geist trampelt durch New York

Die Filmkomödie "Ghostbusters – Geisterjäger" ist weit davon entfernt, Geisterglauben und Spiritismus witzig zu karikieren und so anzugreifen. Der Film gehört zu den meistgesehenen Produktionen in den USA im vergangenen Jahr, in der BRD verläuft die Aufführung bislang ähnlich erfolgreich.

Drei Wissenschaftler, die sich an einer Universität der Erforschung von Parapsychologie widmen, verlieren ihre Stellen und machen sich selbständig – als Geisterjäger. Offensichtlich gerade zum passenden Zeitpunkt, denn wie es die Geister wollen, tauchen überall welche auf. Das Geisterjägerunternehmen fängt sie mit Hilfe hochmoderner Strahlerpistolen ein und hält sie in einer lasergesicherten Geisterfalle gefangen. Komisch soll sein, daß die Geisterjäger bei ihrer Jagd zunächst dieselbe Angst zeigen wie die Menschen, die von den Geistern überrascht wurden. Aber immer triumphieren die Benützer der modernen Technik und Wissenschaft über die im großen und ganzen kleinen und ungefährlichen Geister. Doch das Auftauchen der kleinen Geister ist nur die Ankündigung des großen Geistes. Ein alter Gott der Hethiter will sich in der Großstadt New York einsiedeln, er kommt, um alles zu zerstören. Schließlich wird sein Erscheinen ausgelöst, weil ein

bürokratischer Umweltschutzbeamter das Geistergefängnis der Unternehmer zerstören läßt und die Geisterjäger ins Gefängnis werfen läßt. Doch der Bürgermeister hat angesichts der Möglichkeit, Millionen von Wählern zu retten, ein Einsehen. Er läßt die Geisterjäger frei, um die Stadt vor dem orientalischen Geist retten, der sich zur Förderung der Komik in einen riesigen Puddingmann verwandelt hat. Unter den Einwohnern bricht Panik aus, christliche Sekten glauben, der Weltuntergang stünde bevor, die offizielle Kirche sieht die Vorgänge als Zeichen Gottes. Die Rücksichtslosigkeit, mit der der Geist selbst Kirchen niedertrampelt, bewegt den Chef der Truppe schließlich dazu, seine Zustimmung zu einer lebensgefährlichen Operation zu geben. Die Geisterjäger erreichen, daß der Puddingmann explodiert und alles sein gutes Ende unter herunterregnendem Pudding findet.

Der Regisseur Reitman behauptet in einem Interview mit der Filmillustrierten "Cinema", er haben vor allem einen lustigen Film drehen wollen und knüpfte an die Traditionen der Marx-Brothers und Chaplin an. Obwohl die Marx-Brothers als auch Chaplin parodierten in ihren Filmen Alltagssituationen. Soweit Reitman Parodien zeigt, handelt es sich um die ängstlichen Helden,

die schließlich ihre Angst wieder überwinden. Die Staatsbeamten kommen im großen und ganzen gut weg, die Polizei führt geschickt und eifrig Notstandsmaßnahmen durch, der Bürgermeister trifft die richtige Entscheidung, indem er die

Geisterjäger freiläßt, nur der dumme Umweltschutzbeamte führt sich närrisch auf. Schlußendlich wird das christliche Abendland vor der Wut unzivilisierter Götter und Geister gerettet. Quellenhinweis: Cinema, Nr. 1/85, 5,00 DM – (uld)

"Das Erbe von Jalta"

FERNSEHSERIE GEGEN DIE
REVOLUTIONEN IN OSTEUROPA

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die die Völker Osteuropas durch ihre Befreiung vom Hitlerfaschismus erreichten, behandelt eine Serie von WDR und ORF. "Sorgfältige Darstellung" bescheinigte der Kölner Stadt-Anzeiger den Kollegen. Sorgfalt hat in der dritten Folge, "Stalins Februar in Prag", Erich Macho aufgewendet, um ausgewählte Leute bezeugen zu lassen, die Errichtung der CSSR sei ein Rückschritt gegenüber dem Maß an Demokratie in der bürgerlichen Republik. Maßstab sind die "Minderheitenrechte" der Sudetendeutschen. Ota Filip und andere Reaktionäre hielt dazu her, die Gründe, warum die Rote Armee von den Völkern der Tschechoslowakei begrüßt worden ist, umzubiegen. Es sei eben eine slawische Armee gewesen. Fierlinger, ehemaliger Botschafter des Präsidenten Benes, bescheinigte diesem, er habe die Demokratie "trotz Bodenreform" wahren können. Benes, der im Mai 1945 in die CSR zurückkehrte, hatte schon 1944 entgegen Vereinbarungen

mit der UdSSR einen Entwurf für die Regelung der Beziehungen zum "alliierten Oberbefehlshaber", also mit der UdSSR, England und den USA, vorgelegt. Er wurde endlich im Februar 1948 durch die Aktion der Arbeiterklasse, nämlich Generalstreik und den Einsatz der bewaffneten Volksmiliz, gezwungen, den Rücktritt der



Demonstration in Chodau 1938 gegen die Sudetendeutsche Partei und die Faschisten

reaktionären Minister anzunehmen, zurückzutreten und die von dem Vorsitzenden der KP, Gottwald, gebildete Regierung anzuerkennen. – (anl)

"Die Rosen von Danzig"

VOM EDELMUT ZWEIER
JUNKER

In den Fernsehprogrammen wurde dieser Film als leidenschaftliche Anklage gegen jeden Krieg angekündigt. Wer sich ihn deshalb angeschaut hat, wurde enttäuscht. Der Film stellt die Folgen der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg für die ostelbischen Junker als per-

sönliche Tragödie zweier junger Adliger dar. Den einen – ein desertierter General – widert die Verkommenheit und Feigheit der Angehörigen der Feudalklasse an und die Tatsache, daß er für sie die Dreckarbeit tun müssen. Er nimmt den anderen – einen Baron aus Danzig – zur Gei-

sel, um die Zusammenarbeit zwischen Junkern, Bourgeois und Freikorps anzuprangern. Während der Auseinandersetzung mit den Söldnern eines Freikorps, die den General jagen, entwickeln die beiden Junker freundschaftliche Gefühle zueinander. Der General wird festgenommen. Um ihm weitere Erniedrigungen durch den Führer des Freikorps zu ersparen, erfüllt der junge Baron dem jungen General dessen letzten Wunsch und erschießt ihn. Wieder zurück in Danzig

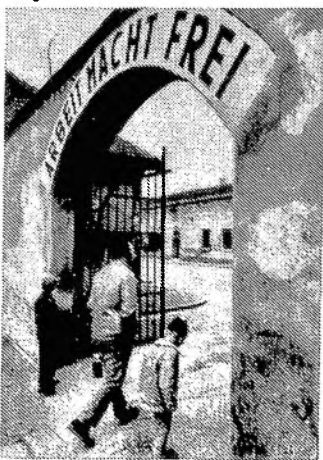
kann der Adlige nicht ertragen, daß seine Familie, seine Klasse nun vom Wohlwollen reicher Bourgeois und den Freikorps abhängen sollen, die seinen Freund in den Tod getrieben haben. Auf einem Gesellschaftsfest erschießt er schließlich den Führer des Freikorps. Daß ausgerechnet Junker edle Gefühle entwickeln sollen und sich gegen die rechten Freikorps wenden, bleibt in diesem mehr fantastischen als wirklichkeitsnahen Film von Anfang bis Ende aufgesetzt. – (clm)

Revanchismus

FERNSEHDISKUSSION ÜBER JAHRESTAG DER BEFREIUNG

Am 31. Januar sendete das ZDF eine Fernsehdiskussion unter dem Titel "8. Mai: – (K)ein Grund zum Feiern?". Die Zusammenstellung der Diskussionsteilnehmer war so gewählt worden, daß ein Angriff auf die heutige Politik der Bundesregierung nicht geführt wurde. Seitens der BRD und der USA waren Amtsträger: Pflüger (JU und CDU) aus dem Bundespräsidialamt, von Hase aus Hitlers Generalstab und später u.a. CDU-Regierungssprecher und ein Vertreter aus dem US-Außenministerium anwesend, darüberhinaus zwei Professoren der Universität Tübingen und Paris sowie eine Sportlerin aus der Friedensbewegung. Aus der DDR war Bischof Schönherr und aus Polen ein Publizist da. D.h., zwei Einzelpersonen aus der DDR und Polen mußten sich gegen die NATO-Positionen von drei westlichen Spitzenpolitikern wehren. Die zwei CDU-Spitzenpolitiker versuchten, die westdeutschen Kriegsziele gegen die osteuropäischen Staaten in der Diskussion zu legitimieren. Von Hase versuchte, die Diskussion auf die inneren Verhältnisse der osteuropäischen Staaten zu lenken und stellte die Frage, ob die heutigen Verhältnisse in Polen das Ziel des Widerstandes gegen Hitler gewesen seien. Der polnische Publizist bemerkte daraufhin, daß die polnischen Grenzen

lange nicht so sicher waren wie heute und meinte: "Wir haben mit der DDR keine Grenzprobleme." Der Tübinger Prof. Mayer wandte sich zwar gegen von Hase und beklagte die "Beschönigung der Vergangenheit", aber die heutige revanchistische Politik der Bundesregierung kritisierte er nicht. Daraufhin konnte von Hase unwidersprochen die Theorie vertreten, daß die Positionen von Deutschland schwer seien wegen der schwierigen Geschichte, der Geographie und der vielen Nachbarn, Deutschland sei in den 1. Weltkrieg "hineingeschliddert". Die Unionspolitiker hatten ihr Ziel erreicht: Pflüger bemerkte zum Schluß der Diskussion, daß die Kontroversen gar nicht so groß gewesen seien. – (jöd)



Ehemaliges KZ Theresienstadt

Sowjetunion

ZUR WIEDERAUFNAHME MOLOTOWS IN DIE KPdSU

Am 7. Juli 1984 meldeten die "Neue Zürcher Zeitung", die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die "Frankfurter Rundschau", die "Süddeutsche Zeitung" und die "Welt" (in ziemlich gleichlautenden Nachrichten) die Wiederaufnahme Molotows in die KPdSU. Zur Frage des Tatsachenbeweises war u.a. folgendes zu lesen – SZ: "Diese für Moskau ungewöhnliche Bestätigung einer Parteiangelegenheit durch einen Sprecher des Außenministeriums erhielt ein westlicher Korrespondent"; FR: "Das bestätigte das sowjetische Außenministerium am Freitag (6.7.84) auf Anfrage"; NZZ: "Entsprechende Angaben machte am Donnerstag (5.7.84) in Moskau ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums. Er teilte lediglich mit, daß eine entsprechende Entscheidung 'vor kurzem' gefallen sei, ohne Einzelheiten zu nennen". Seither sind keine Dementis von Seiten der KPdSU-Führung erfolgt. Und insofern kommen diese Meldungen auch einer ziemlich offiziellen Bestätigung des (vermutlich 1961/62 erfolgten) vorherigen Ausschlusses Molotows aus der KPdSU gleich – eine Sache, die bislang zwar unterstellt werden konnte, aber nicht wirklich belegt war.

Wjatscheslaw Michailowitsch Skrzjabin, so Molotows eigentlicher Name, wurde am 9. März 1890 geboren; bereits als 16-jähriger Oberschüler trat er in die bolschewistische Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) ein. Vor der Oktoberrevolution (1917) war er in der Redaktion des Zentralorgans "Prawda" tätig, und nach der Errichtung der Sowjetmacht fungierte er zunächst als Sekretär des ZK der KPdSU (1921–1930) bzw. wurde Mitglied des Politbüros/Präsidiums des ZK (1926–1957). Von 1930 bis 1941 war Molotow als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Chef der Sowjetregierung) verantwortlich für die Durchführung der Fünfjahrespläne, die die Grundlage für die erfolgreiche Verteidigung bzw. schließlich siegreiche Gegenoffensive gegen die faschistische Aggression schufen. Nach 1941 trat er diese Funktion an Stalin ab bzw. blieb stellvertretender Ratsvorsitzender; außerdem fungierte er seit 1939 (bis 1949 sowie noch einmal von 1953 bis 1956) als Außenminister der UdSSR.

1961: Programmrevision und Opposition dagegen

Sowohl Molotows Ausschluß aus der KPdSU wie auch seine Wiederaufnahme in diese Partei erfolgten im Zusammenhang mit einer jeweiligen programmatischen Neubestimmung der Innen- und Außenpolitik der KPdSU. Das macht es ratsam, die ganze Angelegenheit ein Stück weit von seiner Person zu lösen und ihre vorläufige Klärung auf eine Vergewisserung derjenigen sozialen Kräfte und Interessen zu konzentrieren, die im Zuge der 1961er Programmrevision endgültig den bestimmenden Einfluß innerhalb der KPdSU verloren haben – und die sich anscheinend mit seiner Wiederaufnahme erneute politische Beachtung innerhalb dieser Partei verschafft haben. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen dieser Kräfte sind nicht direkt dokumentiert. Ihre Opposition gegen die 1961er Programmrevision – auf die wir hier zunächst eingehen müssen – muß aus der gegen sie gerichteten Polemik auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (Okt. 1961) herausgelesen werden. Chruschtschow hat diese Kräfte innerhalb der Mitgliedschaft u.a. folgendermaßen angegriffen bzw. verhöhnt:

"Es gingen Vorschläge ein . . ., deren Verfasser an die Lösung einiger Aufgaben des kommunistischen Aufbaus unrealistisch herangehen. So schlagen zum Beispiel einzelne Genossen vor, im Programm festzulegen, daß die vollständige Elektrifizierung des Landes, darunter auch der Land-

wirtschaft, in den nächsten zehn oder gar fünf Jahren abgeschlossen werden soll ... Solche Genossen kann man verstehen, aber man kann ihnen keinesfalls zustimmen. Es wäre falsch, in das Programm etwas aufzunehmen, was wir noch nicht tun können ...

Es gibt auch eine andere Art von Vorschlägen, die, ich möchte sagen, vom Standpunkt eines Schreibtischgelehrten aus gemacht werden und nicht dem schöpferischen Herangehen an die im Leben vor sich gehenden Prozesse entspringen. So soll zum Beispiel nach der Ansicht einzelner Genossen die Diktatur des Proletariats bis zum vollen Sieg des Kommunismus erhalten bleiben. Solche Genossen ... berücksichtigen nicht, daß es in unserer sozialistischen Gesellschaft heute nur werktätige Klassen gibt, die in sozialer, politischer und ideologischer Hinsicht eins sind. Nach dem vollständigen und endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande gibt es für die Diktatur einer Klasse keinen Boden mehr. Gegenüber welcher Klasse sollte es denn auch bei uns eine Diktatur geben? Solche Klassen gibt es bei uns nicht.

Ferner meinen solche Genossen, da das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft geblieben ist, müsse auch die Diktatur des Proletariats bleiben ... Diese Genossen berufen sich ferner darauf, daß die wirtschaftlich-organisatorische (Rolle) und (die) kulturell-erzieherische Rolle, die der Diktatur des Proletariats eigen sind, auch in der Periode des Übergangs zum Kommunismus erhalten bleiben ... Es liegt auf der Hand, daß diese Meinungen falsch sind. Der im Programm formulierte Leitsatz vom Hinüberwachen des Staates der Diktatur des Proletariats in einen Staat des ganzen Volkes entspricht voll und ganz dem, was im Leben vor sich geht. Der Staat des ganzen Volkes ist vom Leben hervorgebracht worden, und er bringt unsere Linie in der politischen Organisation der Gesellschaft – die höchstmögliche Entwicklung der Demokratie – zum Ausdruck.

... einzelne Genossen schlagen vor, ... bereits in der nächsten Zeit das Prinzip der unentgeltlichen Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft auf einen größeren Kreis materieller und kultureller Güter auszuweiten und faktisch alle, unabhängig von der Qualifikation und Kompliziertheit ihrer Arbeit, gleich zu entlohnen. Derartige Vorschläge sind grundfalsch. Einen solchen Weg einschlagen hieße, den materiellen Anreiz für die Steigerung der Arbeitsproduktivität untergraben, den Aufbau des Kommunismus bremsen." (1)

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen, die sich aus dieser Polemik gegen die innerparteiliche Opposition (gegen die 1961er Programmrevision) herauslesen lassen, verdeutlichen, daß offenkundig der durch überwiegende Handarbeit gekennzeichnete Teil der KPdSU-Mitgliedschaft auf die programmatisch fixierten Diktatur des Proletariats beharrte – und zwar als notwendige politische Form der sozialen Emanzipation der Arbeit: Wie sonst sollten soziale Mindeststandards sichergestellt und exklusive privilegierte Standards verhindert werden können; wie sonst sollte die Schaffung von Bedingungen für die Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit sowie die des Gegensatzes von Stadt und Land durchgesetzt werden können?

Die innerparteiliche Opposition gegen die 1961er Programmrevision hat – das kann unterstellt werden – in Betracht ihrer gesellschaftlichen Erfahrungen an (programmatisch garantierten) diktatorischen Vollmachten festhalten wollen bzw. müssen, um die systematische Befreiung der Kopfarbeit von der kombinierten Teilhabe an der Handarbeit zu unterbinden und umgekehrt diese Teilhabe als ebenso wesentlichem Bestandteil der Aufhebung dieses Gegensatzes sicherzustellen.

Wenngleich wir, wie gesagt, keine Dokumentation direkter Äußerungen dieser innerparteilichen Opposition zum sozialen Interessengegensatz der überwiegend hand- bzw. kopfarbeitenden Klassen in der UdSSR und den daraus resultierenden Problemen für den Aufbau des Sozialismus

zur Verfügung haben – und somit auch nicht gut die Auffassungen Molotows dazu beurteilen können – so weist doch die Polemik gegen seine Programmrevisions-Kritik indirekt aus, daß er sich darüber leidlich im Klaren war. Diese Polemik (auf dem XXII. Parteitag 1961) stammt vom seinerzeitigen Chefredakteur der "Prawda", P.A. Satjukow; ihre wesentlichen Passagen haben folgenden Wortlaut:

"Die Delegierten ... müssen davon in Kenntnis gesetzt werden, daß Molotow im Oktober dieses Jahres, d.h. kurz vor Eröffnung des Parteitags, an das Zentralkomitee ein Schreiben richtete. In diesem Schreiben (fällt er wiederum) ... – ohne ein Wort über seine subversive Fraktionsarbeit ... gegen die Beschlüsse des XX. Parteitags zu verlieren – ... über das Zentralkomitee und den Programmentwurf der KPdSU her ... Molotow behauptet, das neue Programm sei seinem Geiste nach antirevolutionär ... Molotow erklärt in seinem Brief, der Programmentwurf stelle eben keinen Zusammenhang her zwischen dem kommunistischen Aufbau in der UdSSR und den Perspektiven des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, den Perspektiven der sozialistischen Revolution im internationalen Maßstab ... Molotow gelangt zu ungeheuerlichen Behauptungen, denen zufolge der Programmentwurf die Schwierigkeiten des Kampfes für den Kommunismus außer acht lasse und Partei und Volk darauf orientiere, daß die weitere Vorwärtsbewegung zum Kommunismus der Länder der sozialistischen Gemeinschaft ohne revolutionären Kampf erfolgen werde ... Molotow behauptet, im Programmentwurf seien Pazifismus und sogar Revisionismus zu finden. Das ist eine niederträchtige Verleumdung ... Für derartige Menschen, die den Weg des Kampfes gegen die Leninsche Generallinie unserer Partei beschränken haben, ist in den Reihen unserer Partei kein Platz!" (2)

Dem anscheinend wenig später tatsächlich erfolgten Ausschluß Molotows (Ende 1961/Anfang 1962) war seine politische Verurteilung (durch die seinerzeitige ZK-Mehrheit) als "Hauptideologe einer parteifeindlichen oppositionellen Gruppe" vorausgegangen. Diese Verurteilung im Juni 1957 war der Zwischen-Höhepunkt eines seit 1954 im ZK der KPdSU ausgefochtenen Kampfes um die innenpolitische Linie (d.h. die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats) und um den außenpolitischen Kurs der UdSSR. Mikojan berichtete (erstmalig) auf dem XXII. Parteitag über die Tatsache und gewisse politische Gegenstände dieses Linienkampfes:

"Molotow lehnte überhaupt die Linie der friedlichen Koexistenz ab, indem er diesen Begriff nur auf den Zustand des Friedens, richtiger gesagt auf das Nichtvorhandensein eines Krieges im gegebenen Augenblick und auf die Leugnung der Möglichkeit der Verhinderung eines Weltkrieges anwendet ... Eine solche Vorstellung widerspricht der Auffassung Lenins von den Beziehungen zwischen den beiden Systemen; sie würde zum Verzicht auf die umfassende Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen, zum Abbau der Kontakte und der kulturellen Verbindungen führen ... (Molotow) bestreitet die Zweckmäßigkeit der Zusammenkünfte führender Funktionäre von Partei und Regierung mit führenden Persönlichkeiten der kapitalistischen Staaten und hält dies für eine Sucht, die sich aus dem übermäßigen Glauben an persönliche Kontakte und Begegnungen erklärt." (3)

Mikojan bezog seine Ausführungen auf Positionen Molotows, die dieser u.a. am 8.2. 1955 in seinem Bericht (zur Außenpolitik der UdSSR) an den Obersten Sowjet bekräftigt hatte. (4) Darin betont er, daß die beiden imperialistischen Weltkriege zwar einerseits unbestreitbar revolutionäre Umgestaltungen in der Welt nach sich gezogen hätten, daß jedoch andererseits ebenso unbestreitbar das anhaltende Bestreben des (in der NATO/WEU und SEATO zusammengeschlossenen) imperialistischen Lagers in Richtung auf vollständige Liquidierung dieser revolutionären Errungenschaften feststellbar sei. Insofern sei beharrli-

cher Kampf zwecks Isolierung der aggressivsten imperialistischen Kräfte bzw. Umtriebe unerlässlich: "Unter keinen Umständen darf man auch vergessen, daß es um eine große historische Periode geht, von der wir bis heute (d.h. von der Oktoberrevolution 1917 bis 1955 – Red.) nur etwas mehr als 37 Jahre durchlebt haben ... All das bedeutet, daß das Neue im erbitterten Kampf mit dem Alten zur Welt kommt, daß der Sozialismus in dem einen oder anderen Land nicht anders siegen kann als durch Zurückschlagung und Überwindung des Widerstandes des Imperialismus und dessen Agentur." (5)

1983/84: Erneute Programmrevision welcher Art?

Die von Molotow kritisierte bzw. bekämpfte innen- und außenpolitische Linie der seinerzeitigen ZK-Mehrheit ist durch die Revision des alten Programms (der Kommunistischen Partei Rußlands/Bolschewiken) von 1919 auf dem XXII. Parteitag 1961 programmatisch fixiert worden. 20 Jahre später auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU im Jahre 1981 wurde der Beschluß zur Neufassung dieses 1961er Programms gefaßt. Das ZK-Plenum hat im Juni 1983 die Angelegenheit erörtert, und am 25.4.1984 fand die (erste?) Sitzung einer entsprechenden ZK-Kommission zur Vorbereitung dieser Neufassung statt. Das alles spricht für die Annahme, daß die Führung der KPdSU seit Beginn der 80er Jahre in eine Bilanzierungs-Diskussion eingetreten ist, welche die innen- und außenpolitische Lage der UdSSR einer ziemlich freimütigen Bewertung unterzieht. Zweierlei zeichnet sich anhand der vorliegenden Stellungnahmen in groben Konturen ab:

Erstens wird zunehmend eingestanden, daß man sich mit der 1961 programmatisch fixierten Außenpolitik doch eher Rückschläge und Isolierung als Fortschritte in der Zügelung des imperialistischen Lagers und der Isolierung seines aggressivsten Teils eingehandelt hat.

Zweitens wird der (massenhafte) ökonomische Defätismus der Handarbeit zunehmend als Ausdruck eines sozialen Interessengegensatzes behandelt. Es ist im Moment noch überhaupt nicht ausgemacht, wie sich die Behandlung jenes Gegensatzes fortentwickeln wird. Zwei Belege sollen diese Annahme verdeutlichen.

Zum einen hat der verstorbene Generalsekretär dieser Partei, J. Andropow, 1983 den Auftrag zur Abfassung eines Artikels zum 100. Todestag von Karl Marx (in der Februar-Ausgabe des theoretischen Organs "Kommunist") genutzt, um u.a. zur Frage der Widersprüche im Sozialismus Stellung zu beziehen: "Ja, wir haben sowohl Widersprüche als auch Schwierigkeiten ... Lenin schrieb: 'Antagonismus und Widerspruch sind durchaus nicht ein und dasselbe. Das erste verschwindet, das zweite bleibt im Sozialismus'. Jetzt ist die Feststellung durch die Praxis bestätigt worden. Daraus resultiert jedoch nicht, daß man sich über die nichtantagonistischen Widersprüche hinwegsetzen und sie in der Politik ignorieren kann ... (Diese Widersprüche können) ... ernsthafte Kollisionen hervorbringen ..., wenn sie nicht beachtet werden!" (6)

Zum anderen ist einen Monat später (April 1983) im Rahmen eines Moskauer Seminars der Akademie der Wissenschaften – das anscheinend unter Beteiligung, wenn nicht Federführung, des Staatlichen Planungskomitees (Gosplan) und der ZK-Wirtschaftskommission stattfand – erneut auf diese Frage eingegangen worden. Und zwar wurde dort eine zu diesem Zweck zuvor in Auftrag gegebene Studie diskutiert, in der u.a. folgendes zum "in der UdSSR wirksamen sozialen Mechanismus der Wirtschaftsentwicklung" und dessen "unbefriedigenden Ergebnissen" festgestellt wird:

"Der von ihm geformte Sozialtypus des Arbeiters entspricht nicht nur den strategischen Zielen einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft nicht, sondern verfehlt auch die technologischen Anforderungen einer modernen Produktion. Weit verbreitete Wesensmerkmale vieler Arbeiter, deren Persönlichkeitsstruktur in den letzten Plan-

jahrfünften geprägt wurde, sind geringe Arbeits- und Produktionsdisziplin, ein indifferentes Verhältnis zur Arbeitsausführung, niedrige Arbeitsqualität, soziale Trägheit, eine Geringschätzung der Arbeit als Mittel zur Selbstverwirklichung, eine ausgesprochene Konsumorientiertheit und ein niedriges Niveau der Moral. Erwähnt seien nur die weit verbreiteten Diebstähle im Betrieb, alle Arten von 'Schattenwirtschaft' – (das heißt Schwarzarbeit – Red.) Transaktionen auf Kosten der Gesellschaft, Entfaltung illegaler Produktionen, ungerechtfertigte Leistungszurechnungen und das 'Heranbringen' des Lohns an ein bestimmtes Niveau ohne Rücksicht auf die erbrachte Leistung.

.. Eine wichtige Quelle sozialer Spannung in der Wirtschaft ist nicht nur der Mangel an Berührungsebenen, sondern auch der Interessengegensatz zwischen hierarchisch einander zugeordneten Gruppen: zwischen Arbeitern und Meistern, Meistern und Betriebsleitern, Betriebsleitern und Ministeriumsangestellten ... Die Lösung der aktuellen Probleme bei der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ist eng verbunden mit der Vervollkommenung ihres sozialen Entwicklungsmechanismus. Genau da konzentrieren sich heute die schwierigsten Probleme, und genau da muß damit begonnen werden, die negativen Tendenzen im Wirtschaftsleben des Landes zu überwinden." (7)

Nachdem zuvor die "Entstehung eines Arbeitertypus, dem wahre sozialistische Werte fremd sind", festgestellt worden ist, wird nunmehr am Schluß die "Erprobung eines Gesamtmodells" propagiert, das zweierlei gewährleisten soll. "Erstens eine intensive Produktionsentwicklung und, zweitens, die Entstehung eines wirklich sozialistischen Arbeitertypus." (7)

Was haben all diese Sachen zu tun mit der jetzigen programmatischen Neubestimmung der Politik der KPdSU und der in diesem Kontext erfolgten Wiederaufnahme Molotows in jene Partei?

Es ist weiter oben bereits festgestellt worden, daß das ZK der KPdSU offenkundig die außenpolitische Lage der Sowjetunion bilanziert hat, und zwar in Verbindung mit einer innenpolitischen Bilanzierung. Dabei wird sich die Frage nach der inneren ideologisch-politischen Geschlossenheit der UdSSR-Bevölkerung gestellt haben – genauer: Die Frage nach der Qualität dieser Geschlossenheit im Hinblick auf eine drohende erneute Aggression des imperialistischen Lagers gegen die UdSSR. Diese Frage ist im Kern diejenige nach der inneren Bereitschaft zur Verteidigung der vorhandenen Ergebnisse der Oktoberrevolution. Ein Teil des ZK der KPdSU wird diese Frage in Richtung auf politische Bereinigung des – im ökonomischen Defätismus der Handarbeit zum Ausdruck kommenden – sozialen Interessengegensatzes beantwortet haben bzw. eine Beantwortung dieser Frage in jene Richtung suchen. D.h., daß ein Teil des ZK tatsächlich eine bündnispolitische Lösung der Angelegenheit anstrebt – dafür spricht die eingeleitete programmatische Neubestimmung der Politik der KPdSU, und dafür spricht die Wiederaufnahme Molotows im Kontext desselben: Beides soll größtmögliche innere Geschlossenheit der UdSSR zeitigen. Und insofern signalisiert die Wiederaufnahme Molotows, daß sich die von ihm stets unterstützten bzw. vertretenen sozialen Interessen erneut gewisse politische Beachtung innerhalb der KPdSU verschafft haben.

(1) übersetzt wiedergegeben in "Ost-Probleme", Bonn, Jg. 1961, Nr. 26, S. 831 – S. 837; (2) a.o. Nr. 23/24, S. 762 – S. 765; (3) a.o. S. 748 – S. 753; (4) dazu wurde von der "Prawda" am 9.2.1955 eine verfälschte Version veröffentlicht; demgegenüber hat die Nachrichtenagentur TASS das offenkundige Original publiziert; (5) zit. nach der TASS-Version, übers. wiedergegeben in "Archiv der Gegenwart", Jg. 1955, Blatt 5 003 ff.; (6) übers. wiedergegeben in "ost-europa-archiv" (vormals Ost-Probleme), Juni 1983, Blatt A271 – A286; (7) a.o. Januar 1984, Blatt A1 – A25. – (huh, scc, uld)

24-PUNKTE-HAFTSTATUT DES BGH

Im folgenden dokumentieren wir das im November 1982 vom Bundesgerichtshof gegen Ch. Klar und V. Staub erlassene Haftstatut, das für fast alle politischen Gefangenen so oder ähnlich gilt.

1. Die Unterbringung des Beschuldigten gemeinsam mit anderen Untersuchungs- und Strafgefangenen in demselben Raum ist ausgeschlossen.
2. Die Tür des Hafttraumes des Beschuldigten ist mit einem zusätzlichen Schloß zu versehen.
3. Das Fenster des Hafttraumes des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung – z. B. Fliegendrahtgitter oder Lochblech – zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung gewährleistet sein müssen.
4. Der Haftraum des Beschuldigten darf nicht über die in der Justizvollzugsanstalt vorgeschriebene und für andere Gefangene geltende Zeit hinaus beleuchtet werden. Die Benutzung anderer Lichtquellen, wie Stehlampen, Taschenlampen, Kerzen u. ä. ist untersagt.
5. Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Im übrigen darf der Beschuldigte bei Vorführungen und zum Baden nicht mit anderen Gefangenen zusammengebracht werden.
6. Die Ausgabe von Mahlzeiten erfolgt einzeln durch zwei Beamte der Justizvollzugsanstalt ohne Gegenwart anderer Gefangener. Die Selbstverpflegung durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt im Rahmen von § 50 Abs. 3 UVollZO wird nicht verwehrt.
7. Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen, deren Dauer der jeweiligen Freizeit der anderen Untersuchungsgefangenen entspricht. Die Einzelfreistunde ist sofort abubrechen, insbesondere bei Nichtbefolgung von Anweisungen, Beleidigungen von Anstaltsbediensteten und Begehungen von Körper- und Sachschäden.
8. Der Beschuldigte darf sich die vom Anstaltsleiter zugelassenen Zusatznahrungsmittel und Genußmittel sowie Gegenstände des persönlichen Bedarfs, soweit diese nicht durch richterliche Anordnung ausgeschlossen sind, über den Anstaltseinkauf beschaffen. Der Beschuldigte darf dabei die für die Untersuchungsgefangenen geltenden Regeldbeträge überschreiten, und zwar jeweils bis zu einem monatlichen Höchstbetrag von 300,- DM.
9. Dem Beschuldigten ist es untersagt, eigene Oberbekleidung zu benutzen. Soweit aus medizinischen Gründen das Tragen anderer als anstaltseigener Kleidung erforderlich ist, entscheidet über die Zulassung im Einzelfall der Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft.
10. Stücke der Habe, die sich zum persönlichen Gebrauch oder zur Ausstattung des Hafttraumes eignen, können vom Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft dem Beschuldigten überlassen werden.
11. Der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen. Kenntnisnahme vom Inhalt der als Verteidigerpost gekennzeichneten Schriftstücke ist nicht zulässig.
12. Der Beschuldigte ist bei Tag und Nacht unauffällig zu beobachten.
13. Der Beschuldigte darf den Hörfunk über die Gemeinschaftsanlage der Justizvollzugsanstalt, so wie sie auch den anderen Untersuchungsgefangenen zugänglich ist, empfangen. Der Beschuldigte darf ein Rundfunkgerät ohne UKW- und KW-Empfangsteil benutzen, das durch Vermittlung der Vollzugsanstalt zu beziehen ist. Wird das Gerät durch Dritte beschafft, so ist es vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamtes oder des zuständigen Landeskriminalamtes darauf zu untersuchen, ob es den vorgenannten Empfangsbedingungen entspricht und ob in ihm nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen.
14. Der Beschuldigte darf bis zu vier deutschsprachige Tageszeitungen durch Vermittlung der Justizvollzugsan-

stalt beziehen. Durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt darf der Beschuldigte ferner bis zu vier deutschsprachige Wochen- und Monatszeitungen oder -zeitschriften, die im allgemeinen Handel erhältlich sind, beziehen. Weitere Druckschriften sind dem für die Haftkontrolle zuständigen Gericht vorzulegen.

15. Der Beschuldigte darf jeweils bis zu 20 Bücher in seinem Haftraum aufbewahren.

16. Zur Vorbereitung und Durchführung seiner Verteidigung darf der Beschuldigte in seinen Hafträumen eine eigene Schreibmaschine benutzen. Wird die Maschine nicht durch Vermittlung der Anstalt, sondern durch Dritte beschafft, so ist sie vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamtes oder des zuständigen Landeskriminalamtes darauf zu untersuchen, ob in ihr nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen. – In jedem Fall ist vor der Erstaushändigung eine Schriftprobe anzufertigen.

17. Der Beschuldigte darf nach Maßgabe der jeweiligen Einzelgenehmigung Besuch empfangen. Mehrere Personen werden nur ausnahmsweise zum gemeinschaftlichen Besuch zugelassen. Die allgemein gültige Besuchszeit von 30 Minuten kann nur bei Gestattung der jeweiligen Einzelgenehmigung überschritten werden. Der Besuch ist unverzüglich abubrechen, wenn er vom Besucher oder dem Beschuldigten mißbraucht wird (z. B. durch Nichtbefolgung von Weisung der überprüfenden und überwachenden Beamten, Übergabe von Sachen, Mitteilung verschlüsselter oder verschleierte Nachrichten, Gespräche über kriminelle Aktivitäten in der "Terroristenszene" oder in den diese unterstützenden Gruppen, Gespräche über Widerstand in Vollzugsanstalten einschließlich "Hungerstreik").

18. Den Besuchern ist es nicht gestattet, dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel sowie andere Gegenstände auszuhändigen. Soweit die Besucher dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel zuwenden wollen, steht es ihnen frei, den entsprechenden Geldbetrag auf das Konto des Beschuldigten bei der Justizvollzugsanstalt einzuzahlen. Von diesem Geld darf der Beschuldigte durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt Obst, Süßwaren und Zigaretten in der anstaltsüblichen Menge kaufen, und zwar über den ihm sonst zur Verfügung stehenden Einkaufsbetrag hinaus.

19. Pakete mit anderem Inhalt als Druckschriften sind unmittelbar der jeweiligen Justizvollzugsanstalt zu übersenden, deren Leiter zunächst über die Aushändigung in eigener Zuständigkeit entscheidet.

20. Besucher des Beschuldigten sind vor jedem Besuch zu durchsuchen, und zwar durch Abtasten über der Kleidung und Durchsuchung der mitgebrachten Behältnisse.

21. Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen.

22. Verteidiger dürfen vor jedem Besuch durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors auf nicht der Verteidigung dienende Gegenstände durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, Diktiergeräte, Tonbandgeräte u. ä. einschließlich Zubehör in den Sprechraum mitzunehmen. Schriftstücke oder andere Gegenstände der Verteidiger sind vor Aushändigung an den Beschuldigten dem zuständigen Richter zur Prüfung vorzulegen. Sie sind zurückzuweisen, sofern sich der Absender oder derjenige, der sie unmittelbar übergeben will, nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst dem zuständigen Richter vorgelegt werden.

23. Bei akuter Gefahr für Leib oder Leben des Beschuldigten kann der Anstaltsleiter auch ohne richterliche Zustimmung über die Ausführung entscheiden.

24. Soweit durch die vorstehenden Einzelanordnungen Regelungen nicht getroffen worden sind, finden die Bestimmungen der Untersuchungshaftvollzugsordnung Anwendung.

Gründe: Die Eigenart des Tatvorwurfs gebietet bei dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen die vorstehend angeordneten Sicherungsmaßnahmen.

Politische Gefangene / Gautinger Attentat

GESETZESINITIATIVE DER GRÜNEN ZUM VERBOT UNMENSCHLICHER HAFTBEDINGUNGEN

Die meisten der politischen Gefangenen hatten bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe ihren Hungerstreik beendet. Die Entscheidung der Gefangenen, durch diesen Schritt in letzter Minute den Tod eines oder mehrerer Hungerstreikenden zu verhindern, erlaubt und verlangt, den politischen Kampf für die Verbesserung der Haftbedingungen fortzusetzen. Die Gefangenen haben bis jetzt dazu alleine ihren schweren Anteil getragen. Die Stärke einer politischen Front, die sich eine allgemeine Verbesserung solcher Haftbedingungen zum Anliegen macht, wird darüber entscheiden, ob diesem Staat das grausame Mittel der Isolationshaft zur Vernichtung seiner politischen Gegner aus der Hand geschlagen werden kann. Solange die Last dieses Kampfes ausschließlich auf den Gefangenen liegt, die unter den Bedingungen der Isolationsfolter kämpfen müssen, ist an einen Erfolg nicht zu denken.

Die Regierung hat eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie an ein auch nur punktuell Nachgeben nicht denke. Im Gegenteil wurden die Maßnahmen noch verschärft: der in akuter Lebensgefahr schwebende Knut Folkerts wird unter medizinisch begründeter Kontaktsperre gehalten. Der Besuch seines Bruders am 30.1., der einzige, der nach seiner Einlieferung in die Intensivstation genehmigt worden war, wurde nach wenigen Minuten abgebrochen. Man wünscht keine politische Lösung.

Die Pressestimmen zu dem Attentat auf den Rüstungsfunktionär in

Gauting und dem Abbruch des Hungerstreiks spiegeln eine Mischung aus Verärgerung darüber, daß es bisher keinen Häftling das Leben gekostet hat und der unverschämten Sicherheit, den Tod des MTU-Chefs als Argument für eine weitere Aufrechterhaltung der Isolationshaft mißbrauchen zu können, wieder.

Die Regierung und die Presse sind sich einig darüber, daß der öffentlichen Meinung eingebleut werden muß: das eigentliche Ziel des Hungerstreiks sei nie eine Verbesserung der Haftbedingungen gewesen. Journalisten-Spekulationen zur Glaubhaftmachung dieser Theorie treiben seltsame Blü-

ten: Einen "Mordbefehl aus der Zelle" konstatiert die Bildzeitung am Montag, die Anweisung von draußen "Hungerstreik abbrechen" liest dpa in einem "Bekennnerbrief" tags darauf. Die Bundes- und Landesbehörden und die ihnen verbundene Presse haben die Absicht, aus erkennbaren politischen Zusammenhängen eine ziemlich verworrene Kriminalgeschichte zu weben, die die raffinierte und hinterhältige Gefährlichkeit der Gefangenen beweisen soll, eine weitere Verschärfung ihrer Haftbedingungen rechtfertigen und nebenbei noch anderen europäischen Regierungen das deutsche Konzept der Vernichtung politischer



Bundesweite Demonstration am 26.1. in Karlsruhe — 3000 Teilnehmer

Presseäußerungen nach dem Gautinger Attentat "HUNGERSTREIK WAR TATBEITRAG DER INHAFTIERTEN"

Samstag, 2. Februar 1985

Bild: "Der Schuß in den Kopf des Münchner Industriellen Zimmermann zeigt, daß die terroristischen Energien noch nicht verbraucht sind. Folglich ist nach den Quellen dieser Energien zu fragen. Mit geschliffenen, intelligenten Worten werden Gewalt verniedlicht, der Staat und seine Repräsentanten verächtlich gemacht. Welches Klima wird zum Beispiel erzeugt, ... wenn Politiker die Polizei entwaffnen wollen mit der Begründung: 'Die Bewaffnung ist ein permanenter geistiger Bürgerkrieg.' ... oder wenn Verständnis für die Sprengung eines Strommasten geäußert wird? Es weht in diesem Staat vielfach ein Geist, der junge Menschen irre macht."

Hannoversche Allgemeine: "Eines kann man getrost ausschließen: Die Erklärung, daß die neuen Anschläge das Ziel verfolgten, den Hungerstreik der 35 RAF-Häftlinge und ihre Forderungen zu unterstützen, wäre zu einfach. Eher ist es wohl umgekehrt so, daß der Hungerstreik von Anfang an dazu bestimmt war, in der Anhängerschaft der Terroristen neue Kräfte zu mobilisieren und sie zu derarti-

gen Handlungen zu treiben. Darauf deuten unter anderem die ebenso dramatischen wie sinnlosen Erklärungen hin, mit denen die wohlinszenierte Aktion der Häftlinge begleitet wird. Was da, in krassem Gegensatz zur Wahrheit, an Behauptungen über angebliche Isolation, Aushorchung und Folterung verbreitet wird, soll offenbar eine Solidarisierung mit den Häftlingen und Haß auf den Staat hervorrufen ... Woher nehmen die Mitglieder und Anhänger der RAF ... den Mut und die Zuversicht, diesmal mehr erreichen zu können als im Jahre 1977? ... Heute werden sie mit neuen Mordanschlägen nur erreichen, daß alle Kräfte, denen an der Bewahrung des Staates und seiner Ordnung gelegen ist, sich in der Abwehr des Terrorismus vereinigen ... Unsicher ist nur die Haltung der Grünen und Alternativen ... In diesem Umkreis sind in den letzten Wochen merkwürdige Dinge geschehen. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat die RAF-Häftlinge aufgefordert, ihren Hungerstreik abzubrechen. Vorstand und Bundeshauptausschuß der Partei lehnten es daraufhin ab, sich diese Aufforderung zu eigen zu machen, und appellierten stattdessen an die Regierung, auf die Forderungen der Häftlinge einzugehen."

Westdeutsche Zeitung, Düsseldorf: "Die Hungerstreikenden in den Gefängnissen haben die Genugtuung, daß ihr Kommando zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen den verhaßten Staat und seine Verteidiger aufs Wort

Gegner mittels einfachen Verwaltungsvollzugs, denn das ist die Isolationshaft, aufzunutzen.

Die Gefangen haben in ihrem Hungerstreik Forderungen an die Regierung gerichtet, die allgemeine Ansprüche an menschliche Haftbedingungen formulieren. Ihre Entscheidung, aufzuhören in einer Situation, wo die nächsten Tage über den Tod nicht nur eines Häftlings entscheiden würden und gleichzeitig jeder wissen mußte, daß nach dem Gautinger Attentat eine CDU-Regierung sich nun gleich gar nicht mehr in Zusammenhang mit irgendwelchen sofortigen Haft erleichterungen würde bringen wollen (die Notstandskoalition unter Kanzler Schmidt hatte 1977 bereits lange vor dem Tod Schleyers so entschieden), eine solche Entscheidung entspringt nicht taktischer Raffinesse, sondern der politischen Vernunft von Leuten, die nicht nur ihre eigenen Interessen vertreten.

Die Erörterung der bestehenden politischen Zusammenhänge will die Bundesregierung verhindern. Eine politische Debatte, in der die Isolationshaft als legitimes Disziplinierungsmittel des Staates bestritten wird, muß die herrschende Klasse in einer Gesellschaft fürchten, in der materielles Elend, Armut und politische Abhängigkeit immer mehr zunehmen. Das einfache Einsperren des politischen Gegners wird für sie mehr und mehr zum unkalkulierbaren Risiko, weil es die Beugung des Willens des politischen Gefangenen nicht garantiert und nicht ausschließt, daß die mit ihm Eingesperreten einen politischen Willen entwickeln.

Soweit sich die Kommentatoren zu den Hintergründen des Attentats in Gauting äußern, läßt sich die herrschende Sorge erkennen, daß die Friedensbewegung, die die Stationierung

der Raketen verhindern wollte, die brutale Übergehung ihrer Meinung und die bloß noch polizeiliche Behandlung ihres Anliegens so auffassen könnte, wie das gemeint ist: Verlangen nach absoluter Loyalität mit dem Staatsapparat unabhängig von Mehrheitsansichten. Die Raketen wurden stationiert und die Kriegsrüstung weiter vorangetrieben. Gift und Galle spukten sie jetzt über einen ansonsten hochgeschätzten Walter Jens, der die Verurteilung seines politischen Protestes zum Kriminaldelikt nicht hinnehmen will. Gerade weil die Mehrheit der Teilnehmer der Friedensbewegung "gewaltfrei" denkt, führt diese Behandlung einer so großen Zahl von Leuten als bloße Manövriermasse einer Regierung, die entweder das Kuschen lernen oder die Knute spüren sollen, unvermeidlich zu einem schweren gesellschaftlichen Konflikt. Die Regierung verweigert die üblicherweise in einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie für solche Konflikte vorgesehen Mittel (so hat jetzt z.B. die baden-württembergische Landesregierung das Volksbegehren gegen die Stationierung als unzulässig abgeschmettert) und provoziert geradezu, daß der Protest in seinen Äußerungen aus den vorgesehenen Formen ausbricht. Die Badische Zeitung (2.2.) stellt fest: "Der tote Spitzenmanager war eine Schlüsselfigur der westdeutschen Rüstungsindustrie. Insofern ist er wohl nicht zufällig Ziel eines terroristischen Anschlags geworden."

Die Absicht, nach dem Hungerstreik und nach dem Gautinger Attentat die Bestrebungen gegen die Foltermethoden in den Gefängnissen und gegen Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie in einem Aufwasch vom Tisch zu fegen, ist offensichtlich. Die Art und Weise, wie der

Staatsgerichtshof in Baden-Württemberg mit dem Volksbegehren gegen die Stationierung umspringen wird können, wird viel entscheiden. Was die Haftbedingungen betrifft, so bietet der von den Grünen am 7.2. im Bundestag eingebrachte und begründete Gesetzentwurf zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen (siehe folgende Seiten dieser Ausg.) und seine öffentliche Erörterung einen Ausgangspunkt, das zu verhindern. Gerade weil man auch befürchtete



Provozierendes Polizeiaufgebot in Karlsruhe

muß, daß diese Initiative bei den Grünen selbst nicht auf einhellige Zustimmung stößt, verdient sie umso mehr Unterstützung. Weil schon alleine die Erörterung dieses Gesetzes geeignet ist, der gegenwärtig kaum erschütterten Rechtssicherheit der Isolationsfolter vollziehenden Richter und Beamten den Boden unsicher zu machen, kann man sich von dieser Initiative die nötige rasche Wirkung erhoffen. — (kuh, alk, jöd)

befolgt wird... Der zeitgleiche Hungerstreik der Gefängnisinsassen gilt diesmal nur vordergründig einer Verbesserung der Haftbedingungen. Der neue Streik verfolgt das Ziel, eine Serie von Attentaten mit sich steigernder Gefährlichkeit in Gang zu halten. Soweit eine Zusammenlegung von Häftlingen gefordert wird, soll auch sie dem Ziel dienen, den äußeren Kampf wie von einem inneren Generalstab aus zu leiten und anzufeuern."

Rheinische Post, Düsseldorf: "Der todbringende Überfall auf Ernst Zimmermann stellt auch die Grünen nachdrücklich vor die Frage, wie sie es mit der Gewalt halten. Ihre Fraktion hat die ersatzlose Streichung der Terroristen-Strafbestände beantragt, und noch vor wenigen Tagen hat einer ihrer Sprecher öffentlich Verständnis für den Sprengstoffanschlag auf eine Hochspannungsleitung beim Kernkraftwerk Krümmel bekundet."

Kölner Stadt-Anzeiger: "Daß die Ruhe der letzten Jahre trügerisch war und die Gefahr des Terrorismus weiter wie Glut unter der Asche schwelte, wurde spätestens klar, als die Vorbilder der jetzt aktiven RAF-Desperados aus der Gefängniszelle die Losung verkündeten: drinnen Hungerstreik, draußen Anschläge."

Die Welt, Bonn: "Vieles hat sich hier entwickeln können, weil Regierungen die Gefahren unterschätzt haben. Nach dem Mordanschlag auf Zimmermann sind aber auch

bei uns konkrete Fragen zu stellen, ob fahrlässig gehandelt worden ist... Die Justiz ist gefordert, dem terroristischen Kampf aus den Gefängnissen heraus— der Hungerstreik ist hiervon nur ein Element— ein Ende zu machen. Schon der Verdacht, daß aus den Zellen heraus Mordanschläge dirigiert werden, ist unerträglich."

Stuttgarter Nachrichten: "Der Hungerstreik inhaftierter Terroristen und die Welle von Gewalt draußen haben miteinander zu tun. Er wird gehungert, um die Sympathisantenszene zu mobilisieren. Von den Aktionen mancher Grünen, die den Hungerstreikenden 'helfen' wollen, sollte man sich da den Blick und den Verstand nicht vernebeln lassen. Es ist schon beklemmend genug, wenn einige der grünen Parlamentarier die böse Wahrheit nicht sehen wollen."

Süddeutsche Zeitung, München: "Direkte Aktion, dies steht nun auch für eine Verschiebung im Tatbild selbst: keine umständlichen Entführungs- und Erpressungsaktionen zur Durchsetzung von Forderungen, sondern der direkte Mord als zunächst kalter Selbstzweck. Wer dies sieht..., wird die Anschläge der letzten Wochen, die versuchten ebenso wie die gelungenen, nicht als Mittel zur Durchsetzung der Hungerstreikforderungen verstehen. Auch der Hungerstreik mitsamt der Kampagne ist nicht Ziel, sondern Instrument im Aktionsplan der verbliebenen

Terroristen... Sowohl die Hungerstreik-Kampagne (über das zu erregende Mitleid) als auch die gezielten Anschläge sollen wohl auch der Rekrutierung für die zukünftig noch geplanten Vorhaben dienen."

Montag, 4. Februar 1984

(aus: Südwestfunk II, Blick in die Morgenzeitungen)

Expreß, Köln: "Ein Terrorist nach dem anderen bricht den Hungerstreik ab. Die Meldung, daß der Industrielle Zimmermann dem RAF-Attentat erlegen ist, war das Signal. Nach dem gelungenen Mord wollen die Terroristen ihr eigenes Leben nicht länger riskieren. Selten ist eine menschenverachtende Absprache offenkundiger demonstriert worden. Von Terroristen, die ihre Lust am Töten als politischen Kampf ausgeben, ist nichts anderes zu erwarten. Aber was ist mit den anderen, den Wehleidigen, die den Unsinn von Isolationshaft verbreiten, den verblendeten Angehörigen, den verummten Demonstranten, den 'Solidaritätskomitees', den Anwälten, die sich mit ihren Mandanten identifizieren? Sie alle müssen sich vorhalten lassen, gewollt oder ungewollt eine Rolle in einem grausamen Spiel übernommen zu haben, dessen Ausgang Mord sein sollte und war. Die Sympathisanten sind mehr als nur nützliche Idioten. Sie sind Mittäter, nicht im strafrechtlichen, aber im moralischen Sinn."

Westdeutsche Zeitung, Düsseldorf: "Die RAF-Leute mögen noch so viel politischen Schaum versprühen, ihr Handwerk ist verbrecherisch, wie der Münchner Mord wieder gezeigt hat. Sieht man von einigen Gruppierungen der GRÜNEN ab, die den Blödsinn von der Isolationsfolter nachbeten, so herrscht unter den Bundestagsparteien eine seltene Einigkeit in der Abscheu gegenüber der Gewalttat und der Entschlossenheit, die Mörder zu jagen und hinter Schloß und Riegel zu bringen."

Augsburger Allgemeine: "Die Fahndung nach Leuten, die intelligent ihre Spuren zu verwischen verstehen, gleicht der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Ein schneller Erfolg wäre eine Überraschung. Erstaunen macht aber immer wieder, wie gering die Belohnungen sind, die für zur Aufklärung führende Hinweise ausgesetzt werden. Nicht 50000 Mark sollten in einem solchen Fall ausgelobt werden, sondern ein paar Millionen. Solche Summen könnten, würde dem Verräter auch Straffreiheit zugesichert, vielleicht sogar einen Terroristen schwach werden lassen. Unsere Kriminalisten sollten einmal in den USA in die Schule gehen."

Süddeutsche Zeitung in München: "Zwar hat nach dem Gautinger Attentat noch niemand den Vorwurf erhoben, die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik hätten zu wenig zum Schutz des Opfers unternommen. Aber unerschwinglich schwingen in den ersten Stellungnahmen der Politiker schon anklagende Töne mit. Da die Untersuchungen zur Aufklärung des Mordanschlags noch im Gange sind, sollte man sich vor vorschnellen Urteilen hüten. Dennoch ergeben sich allein aus dem äußeren Anschein einige Fragen. So läßt die offenkundig planlose Fahndung nach den Attentätern den Verdacht aufkommen, man habe mit einem tödlichen Anschlag auf ein prominentes Opfer nicht gerechnet."

Badische Zeitung, Freiburg: "Der Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge folgte dem Attentat auf Ernst Zimmermann auf dem Fuße. Welcher Zusammenhang dabei besteht, ist Gegenstand vieler Spekulationen. Unbestreitbar ist aber, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Hungerstreik und dem Attentat selbst gibt. Denn dieser Streik diene nicht so sehr der Erreichung des vorgegebenen Ziels der Verbesserung der Haftbedingungen, er war vielmehr der Tatbeitrag der Inhaftierten. Mit der erklärten Absicht, die Offensive gegen den 'Justiz-Knast-Apparat' zu eröffnen, Mobilisierung der RAF-Gruppen draußen und Solidarität im Sympathisantenfeld zu schaffen. Insofern war dieser Hungerstreik Teil einer Gesamtstrategie, in der der Begriff 'Isolationsfolter' die Funktion einer demagogischen Reizvokabel hat."

Dokumentiert

BEGRÜNDUNG DES GESETZ- ENTWURFS DER GRÜNEN

Durch den Hungerstreik von Gefangenen der RAF und des sog. "Widerstands" seit dem 04.12.1984 wird wieder verstärkt über die Sonderhaftbedingungen von Gefangenen, die wegen §§ 129, 129a Strafgesetzbuch beschuldigt, angeklagt oder verurteilt sind, in der Öffentlichkeit diskutiert.

Diese Sonderhaftbedingungen wurden und werden im In- und Ausland heftig kritisiert. Sie stellen nach Ansicht von Politikern, Juristen und Wissenschaftlern eine gegen die Würde des Menschen verstoßende unmenschliche Behandlung dar, die als Folter bezeichnet werden kann. In einem 24-Punkte-Haft-Statut wurden diese von den Ermittlungsrichtern des Bundesgerichtshofes präzise festgelegt (Bspl. Christian Klar, Beschluß vom 17.11.82 AZ 1 B Js 45/80 5, IB Gs 133/82, wortgleich z.B. Volker Staub, Beschluß vom 07.07.1984, AZ 1 B Js 126/84, IB 225/84).

Hier die lapidare Begründung für all diese angeordneten Haftmaßnahmen:

"Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen sind die vorstehenden Anordnungen geboten." Diese Haftbedingungen gelten im wesentlichen auch für die Gefangenen nach Erhebung der Anklage (z.B. Christian Klar, Verfügung vom 20.12.1983, OLG Stuttgart, AZ: 5-1 StE 1/83). Auch nach der Verurteilung werden diese Haftbedingungen in den Vollzugsplan der Gefangenen übernommen (z.B. Vollzugsplan Brigitte Asdonk vom 17.12.1980). Lediglich in den Vollzugsanstalten Lüneburg, Celle und Berlin werden Gefangene nach § 129a StGB in Kleingruppen von 3-7 Personen gehalten. Neben den genannten Bedingungen sind die Gefangenen einer Vielzahl weiterer Isolationsmaßnahmen unterworfen:

Post wird grundsätzlich überprüft und zensiert und oft angehalten, oft wird der Briefverkehr auch vom Umfang her beschränkt, z.B. Christian Klar, Verfügung vom 25.05.1983, AZ: 5-1 StE 1/83.

Während manche Gefangenen relativ viel Post erhalten können, was aber kein Ersatz für direkte soziale Kontakte ist, wurde speziell in Schleswig-Holstein unabhängig vom Inhalt der Briefe von Gefangenen ein generelles Brief-Kontakt-Verbot ausgesprochen. Selbst Verteidigerpost wird nicht weitergeleitet mit der Begründung, diese diene nicht der Verteidigung (so z.B. Christian Klar, Beschluß vom 20.07.1983, LG Regensburg, AZ: 1 S 74/83). Besuche von Freunden und Verteidigern werden durch eine Trennscheibe, die jeden körperlichen Kontakt unmöglich macht, behindert. Die Gespräche mit Besuchern werden von LKA-Beamten überwacht (Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Verfügung vom 16.01.1984, OLG Stuttgart, AZ: 5-1 StE 1/83— diese Protokolle werden dann an Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz weitergegeben, vgl. 22.01.1985).

Das Entstehen sozialer Kontakte mit Personen wird dadurch verhindert, abgesehen von Verwandten, deren Besuchs Antrag nach dem zweiten Besuch zumeist abgelehnt wird, Besuche werden oft nach kurzer Zeit abgebrochen, z.B. wenn das Wort Hungerstreik fällt.

Unzutreffend sind Darstellungen, wonach es Gefangenen nach § 129a StGB angeboten worden sei, ihre Haft unter Normalvollzugsbedingungen vollziehen zu können (so z.B. Justizminister von BaWü, Badische Zeitung vom 26./27.01.1985). Die Verbesserung der Haftbedingungen ist entweder mit zusätzlichen Schikanen verbunden oder wird davon abhängig gemacht, daß sich die Gefangenen von ihrem bisherigen politischen Ziel distanzieren. Die isolierenden Haftbedingungen werden damit begründet, daß die Gefangenen ihr Verhalten während des Vollzugs nicht ändern (vgl. BGH-Beschluß vom 22.10.1975, AZ: 1 StE/74). All diese Maßnahmen sind nicht damit zu rechtfertigen, daß

die Sicherheit in der Vollzugsanstalt oder "draußen" gefährdet sei. Zur Wahrung der Sicherheit ist die dargestellte totale Isolation völlig überflüssig. Der soziale Kontakt, auch verbunden mit einer eventuellen Koordination von Verhalten innerhalb des Vollzugs ist ungefährlich, da wegen der Bewachungssituation im Gefängnis von Gefangenen keine rechtswidrigen Handlungen zu befürchten sind. Die gemeinsame Durchführung eines Hungerstreiks ist zulässig und schädigt niemanden außer den Gefangenen selbst.

Die Propaganda der "Zellensteuerung" und Terroranschläge draußen ist nichts weiter als ein Rechtfertigungsversuch der Isolationshaft. Diese Zellensteuerung, d.h. die Planung von Gewaltaktionen aus dem Gefängnis, wurde auch bisher in keinem Fall nachgewiesen. Schon vor sieben Jahren, als die angebliche Zellensteuerung zur Rechtfertigung des Kontaktsperregesetzes diente, bestätigte der damalige Justizminister Vogel, daß es keine Bestätigung und keine Beweise für eine Planung und Steuerung von Gewaltaktionen aus der Zelle heraus gäbe (Interview mit Italien, Fernsehen 1978). Hieran hat sich bis heute nichts geändert.

So bestätigte Christian Lochte, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes:

"Es wäre falsch anzunehmen, daß die Gewaltaktionen der im Untergrund lebenden RAF-Terroristen vom Gefängnis aus geplant und bestimmt werden. Dies bestimmt alleine das Kommando draußen" (zit.n. Stern Nr. 5/85).

Ziel der Isolation ist es, die menschliche und politische Identität der Gefangenen zu brechen. Aus einer Studie des Innenministeriums aus dem Jahre 1983 ist zu entnehmen, daß die Isolationsbedingungen den "Zusammenbruch des Weltbildes" der Gefangenen zum Zwecke habe, wohinter die körperliche Integrität zurückzutreten habe.

Der bewußte Versuch, die politische Überzeugung eines Gefangenen durch Haftbedingungen zu ändern, stellt einen Verstoß gegen die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz dar. Eine Bedingung für den Bestand der Menschenwürde ist die Wahrung menschlicher Identität und Integrität. Zur menschlichen Identität gehören im Kern die moralischen, religiösen und politischen Überzeugungen des Einzelnen (Podlech, in: Alternativ-Kommentar zum GG 1984, Art. 1 Abs. 1, Rdnr. 34-37). Diese soll durch die Isolationshaft gebrochen werden. Die praktizierten Isolationsmaßnahmen haben medizinisch gravierende Folgen: Schon 1975 stellte Prof. Rasch, Direktor des Instituts für forensische Psychiatrie an der Freien Universität Berlin bei den isolierten Gefangenen fest, "daß die festzustellende Verschlechterung des Gesundheitszustandes unmittelbare Folge der besonderen Haftbedingungen ist, denen sie ausgesetzt sind" (Gutachten August 1975).

Neben der Totalisolation ist das vollständige Fernhalten und Verzerren von Sinneswahrnehmungen, das in den Hochsicherheitstrakten stattfindet, von größtem Schaden (sensorische und perzeptuelle Deprivation). Zellen in Hochsicherheitstrakten sind geräuschisoliert, künstlich beleuchtet und durch Sichtblenden u.ä. optisch abgeschottet und nur indirekt belüftet. Solche Bedingungen bewirken psychische Schäden: Konzentrationsstörungen, Unfähigkeit, klar zu denken, hochgradige Unruhe, Veränderungen des Körperschemas, emotionale Labilität, Reizbarkeit und halluzinatorische Phänomene (Rasch, in: Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 1976, S. 63, 64).

Neben diesen eher psychischen Folgen zeigen sich auch körperliche Schäden, die eng mit der seelischen Belastung zusammenhängen. Aus zahllosen Gutachten zum Gesundheitszustand von Personen, die monate- oder jahrelang Isolationshaftbedingungen ausgesetzt waren, geht hervor, daß ein psychophysischer Erschöpfungszustand der Grund für eine Vielzahl von Erkrankungen ist (Kopfschmerzen, Schwindelanfälle, Allergien, Verdauungsstörungen usw.). Ein Erschöpfungszustand entsteht, wenn sich der Körper nicht mehr an die Umweltsituation "Isolation" anpassen

kann. Der von der Isolation verursachte Streß führt außerdem zu einem besonders starken Stoffwechsel, der wiederum Untergewicht und Gewichtsabnahme zur Folge hat (Hansen, Heinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, Hamburg 1982, S. 40ff.).

Erst in einer neuen Schweizer Untersuchung wurden empirisch die psychopathologischen Effekte der Einzelhaft festgestellt und beschrieben (Volkert, Dittrich, Rothenflug und Paul, in: Schweizer Zeitschrift für Psychologie und Anwendung, Nr. 1/83, S. 25-46).

Die krankmachende Wirkung der Isolationshaft wurde sogar vom BGH im Verfahren gegen die Gefangenen Baader, Meinhoff, Ensslin und Raspe bestätigt, als dieses Gericht aufgrund ärztlicher Gutachten deren Verhandlungsunfähigkeit auf die Haftbedingungen zurückführte (zit.n. Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, 1976, S. 100ff.).

Wegen den seelischen und körperlichen Schäden durch Isolationshaft, die die politische Meinungsänderung der Gefangenen zum Ziel hat, kann diese als Folter bezeichnet werden. Der Begriff Folter wurde 1975 durch die Generalversammlung der UNO definiert; danach ist Folter die absichtliche Zufügung von schwerem Schmerz oder psychischem oder physischem Leid, vorgenommen oder veranlaßt von einem öffentlichen Bediensteten an einer Person, um von dieser oder einem Dritten Informationen oder Geständnisse zu erhalten, um sie für eine Tat zu bestrafen oder um sie und Dritte einzuschüchtern (zit.n. Weis, in: Vereinte Nationen, 1/76).

Nach bestehendem bundesdeutschen Recht ist die Folter in der Bundesrepublik geächtet. Nach Art. 59 Abs. 2 GG hat die Bundesrepublik der "Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten" zugestimmt (Bundesgesetzblatt 2/1952, S. 686, vgl. BGBl. 2/1970, S. 1315; 1972, S. 105). Dort heißt es in Art. 3: "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." Wortgleich Art. 7 des "Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte" (BGBl. 2/1973, S. 1534).

Am 16. Februar 1984 beendete eine von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingesetzte Arbeitsgruppe die Ausarbeitung einer "Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung". Die Regierungen von Bund und Ländern haben die Bereitschaft signalisiert, diesen Vertrag zu ratifizieren und zu unterzeichnen (z.B. Antwort der baden-württembergischen Landesregierung, Landtagsdrucksache 9/900 vom 04.01.1980).

Problematisch bei all diesen völkerrechtlichen Regelungen ist, daß sie keine Mechanismen zur Durchführung vorsehen. Dies ist anders bei der vom Europarat vorbereiteten "Europäischen Konvention zum Schutz von Häftlingen vor Folter und vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung". Eine fünfköpfige, von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählte Kommission erhält die Befugnis, zu jeder Zeit ohne Voranzeige alle Haftorte aufzusuchen und hierüber den zuständigen Stellen Mitteilung zu machen.

Am 28.09.1983 empfahl die Parlamentarische Versammlung des Europarats dem Ministerkomitee, dieser Konvention zuzustimmen. Der Strafvollzugausschuß der deutschen Bundesländer lehnte die Unterzeichnung dieser Konvention ab mit der Begründung, dies sei nicht erforderlich (vgl. baden-württembergische Landtagsdrucksache 9/900).

Hierüber besteht zwischen den Ländern und den politischen Parteien keine Einigkeit.

In Anbetracht der oben geschilderten, von den Gerichten mitgetragenen Situation ist es geboten, sich nicht auf völkerrechtliche Normen zu beziehen, sondern die Haftbedingungen in gesetzliche Normen zu fassen.

In Art. 3 wird das sogenannte Kontaktsperregesetz aufgehoben.

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen

A. Problem:

Aus Gründen der Sicherheit werden bei einigen Untersuchungs- und Strafgefangenen besondere Maßnahmen durchgeführt, die bei diesen zu körperlichen und psychischen Schäden führen. Dies ist mit den Grundrechten, insbesondere mit Art. 1 GG, Schutz der Menschenwürde, nicht zu vereinbaren.

B. Lösung:

In die Strafprozeßordnung und in das Strafvollzugsgesetz ist deshalb ein Verbot unmenschlicher Haftbedingungen aufzunehmen. Die im EGGVG gesetzlich verankerte Möglichkeit der Kontaktsperre ist aufzuheben, ebenso wie die Einzelhaftregelung im Strafvollzugsgesetz.

C. Alternativen:

keine.

D. Kosten:

Die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen wird zu erheblichen Kosteneinsparungen führen.

Entwurf eines Gesetzes zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Strafprozeßordnung

Die Strafprozeßordnung in der Fassung vom 07.01.75 (BGBl. I, S. 129), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.81 (BGBl. I S. 1329) wird wie folgt geändert:

Nach § 119 wird folgender § 119 a eingefügt:

§ 119 a Verbot unmenschlicher Haftbedingungen

- (1) Der Untersuchungsgefangene darf keiner unmenschlichen Behandlung unterworfen werden. Eine unmenschliche Behandlung ist insbesondere die Zufügung von physischen und psychischen

Schmerzen, soweit diese nicht aus der haftbedingten Einschränkung der körperlichen Bewegungsfreiheit selbst herrühren.

- (2) Verboten sind insbesondere: die Isolation des Untersuchungsgefangenen von anderen Gefangenen; das systematische Fernhalten und Behindern von Besuchen und Außenkontakten; Trennscheiben bei Besuchen; das systematische Fernhalten von akustischen und optischen Sinneswahrnehmungen von außen, wie z.B. schallisolierte Zellen; entwürdigende körperliche Durchsuchungen; ständige Kontrollen bei Tag und Nacht.

Artikel 2

Änderung des Strafvollzugsgesetzes

Das Strafvollzugsgesetz i.d.F.v. 16.03.1976 (BGBl. I, S. 581, 2088), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.08.1981 (BGBl. I, S. 1523) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 4 wird folgender § 4 a eingefügt:

§ 4 a Verbot unmenschlicher Haftbedingungen

- (1) Der Strafgefangene darf keiner unmenschlichen Behandlung unterworfen werden. Eine unmenschliche Behandlung ist insbesondere die Zufügung von physischen und psychischen Schmerzen, soweit diese nicht aus der haftbedingten Einschränkung der körperlichen Bewegungsfreiheit selbst herrühren.
- (2) Verboten sind insbesondere: die Isolation des Strafgefangenen von anderen Gefangenen; das systematische Fernhalten und Behindern von Besuchen und Außenkontakten; Trennscheiben bei Besuchen; das systematische Fernhalten von akustischen und optischen Sinneswahrnehmungen von außen, wie z.B. schallisolierte Zellen; entwürdigende körperliche Durchsuchungen; ständige Kontrollen bei Tag und Nacht.

2. § 89 wird gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz

Im EGGVG vom 27.01.1877 (RGBl. I, S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.1982 (BGBl. I, S. 2071), werden die §§ 31 bis 38 gestrichen.

Artikel 4

Das Gesetz gilt auch im Land Berlin.

Artikel 5

Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion
Bonn, den 30.01.1985



"Beschäftigungsförderung"

Noch vor Veröffentlichung der jetzigen Arbeitslosenzahlen und von der bürgerlichen Presse weitgehend unbeachtet hat im Januar im Bundestag eine Anhörung zu Blüms "Beschäftigungsförderungsgesetz" stattgefunden. Die Kapitalisten wollen das Gesetz noch schärfer gegen Schutzrechte der Lohnabhängigen einsetzbar ha-

ben. Die Geltungsdauer des Gesetzes, von Blüm bis Anfang der 90er Jahre geplant, soll unbefristet verlängert werden, befristete Arbeitsverträge bis zu drei Jahre lang möglich werden. Die Auspressung der Belegschaften je nach Auftragslage würde so noch leichter, der Kündigungsschutz noch weitgehender aufgehoben. Im Bundestag hat sich die FDP sofort diese Forderungen zu eigen gemacht.

Die Lage der indischen Bauern

Die indischen Bauern konnten bei den letzten beiden Ernten bislang nie dagewesene Überschüsse erwirtschaften. Hierin ist ein Grund für den Wahlsieg der Regierung Gandhi zu suchen. Trotzdem steigt der Anteil der landlosen Bauern und vergrößert sich stetig das Heer von Pächtern, Tagelöhnern und unter der offiziellen Einkommensgrenze Lebenden. Diese Entwicklung ist Folge eines langangelegten Agrarprogramms, das über die Fünfjahrespläne realisiert wird. Welche politischen Gruppierungen vertreten die Interessen der Bauern? Welche gewerkschaftlichen Organisationen gibt es für die Landarbeiter und welche Forderungen werden erhoben?



Burschenschaften

Die deutschnationale Elite: Gestern waren sie an den Hochschulen die ideologische Stütze des Faschismus. Heute sind sie der rechteste Flügel an den Universitäten für die Vorbereitung des von den westdeutschen Imperialisten geplanten neuen Ostlandrittes. Seit die Regierungsgewalt in den Händen von CDU/CSU und FDP

ist, fühlen sie sich angesprochen, stärker denn je in der hochschulpolitischen Landschaft hervorzutreten. So rühmt sich zum Beispiel die "Prager Burschenschaft Teutonia" im Geist der "ersten deutschen Universität zu Prag" zu wirken und propagiert die "Wiedervereinigung Deutschlands" in den Grenzen vom 1.9.1939. — Ein Bericht über eine Auseinandersetzung mit Burschenschaften in Regensburg.

Wirkungen der Religion in Nicaragua und Polen

Die katholische Kirche hat in Nicaragua und in Polen eine starke Wirkung auf die politische Entwicklung. Teile der Kirche führen eine religiöse Kritik an Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen. Die religiöse Ideologie wirkt dabei auf und hat feste Verbindungen zu fortschrittlichen und revolutionären Kräften. Welche Gründe bewirken dort den starken Einfluß der Religion? Wie geht diese religiöse Gesellschaftskritik vor? An welchen Punkten wendet sie sich gegen das Interesse der Arbeiterklasse an der Befreiung der Arbeit und an der gesellschaftlichen Machtausübung durch die Produzenten und hindert den gesellschaftlichen Fortschritt?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — **Nachrichten, Analysen, Protokolle** — Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichten-

heft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Bei Bestellungen von Politischen Berichten bitte angeben, ob diese mit oder ohne Lokalbeilage geliefert werden sollen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2—13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14—19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20—29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30—31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge (S. 32—35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36—39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.